

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Polen

Basil Kerski

WAS UNS TRENNT,
VERBINDET UNS

Klaus Bachmann

ZUR ENTWICKLUNG DER
POLNISCHEN DEMOKRATIE

Michał Sutowski

„GUTER WANDEL“ ZUM
„NEUEN AUTORITARISMUS“ –
UND WIE WEITER?

Marta Bucholc

ANACHRONISTISCHE
WAHRNEHMUNGEN.
ZUR ROLLE DER ERINNERUNG
IN DER POLNISCHEN POLITIK

Krzysztof Mazur

SOUVERÄNER SPIELER:
POLEN IN EUROPA

Piotr Buras

POLEN UND EUROPA:
NEUE EU-SKEPSIS

Kai-Olaf Lang

POLENS STRATEGISCHE
ROLLE IM INTERNATIONALEN
UMFELD

Wolfgang Templin

DIE ZWEITE POLNISCHE
REPUBLIK 1918–1939.
FAKTEN, MYTHEN
UND LEGENDEN

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Polen

APuZ 10–11/2018

BASIL KERSKI

WAS UNS TRENNT, VERBINDET UNS

Nicht nur in Polen, sondern in ganz Europa ist ein Rückzug ins Nationale zu beobachten. Doch das deutsch-polnische zivilgesellschaftliche Netz wird die derzeit schwierigen Zeiten überdauern. Wir sollten uns den Zukunftsthemen stellen, und zwar gemeinsam.

Seite 04–08

KLAUS BACHMANN

ZUR ENTWICKLUNG DER POLNISCHEN DEMOKRATIE

Unter Bruch der Verfassung macht sich die Regierungspartei PiS die Justiz gefügig. Doch wird dies nicht zur Errichtung einer Diktatur führen, sondern zur Entstehung eines weiteren „hybriden“ Systems in einer Grauzone zwischen Demokratie und Diktatur.

Seite 09–14

MICHAŁ SUTOWSKI

„GUTER WANDEL“ ZUM „NEUEN AUTORITARISMUS“ – UND WIE WEITER?

Die Wählerschaft der PiS besteht keineswegs nur aus „Transformationsverlierern“. Das programmatische Angebot der Partei – Abrechnung mit dem Establishment, nationale Gemeinschaft, Herrschaft über Schwächere – spricht Menschen aus allen Schichten an.

Seite 15–18

MARTA BUCHOLC

ANACHRONISTISCHE WAHRNEHMUNGEN. ZUR ROLLE DER ERINNERUNG IN DER POLNISCHEN POLITIK

Die derzeitige Regierung Polens strebt grundlegende Systemveränderungen an. Erinnerungspolitik gehört dabei zu ihren Prioritäten, damit die bestehende Verfassungsordnung als Relikt einer Vergangenheit dargestellt werden kann, die es endgültig zu überwinden gilt.

Seite 19–26

KRZYSZTOF MAZUR

SOUVERÄNER SPIELER: POLEN IN EUROPA

Polen stößt in Europa häufig auf Unverständnis, obwohl es ähnliche Probleme wie viele andere Länder hat. Die aktuelle Regierung beschreitet keinen Sonderweg, sondern ihre Politik entspricht einem weltweiten Trend. Dies lässt sich an den Themen Staat, Wirtschaft und Identität zeigen.

Seite 27–32

PIOTR BURAS

POLEN UND EUROPA: NEUE EU-SKEPSIS

Polen ist europapolitisch zu einem integrations-skeptischen Land geworden. Die Interessensgegensätze mit der Europäischen Union – unter anderem in der Verteidigungs- und in der Asylpolitik – stellen das Land vor Dilemmata. Ein „Polexit“ steht jedoch nicht bevor.

Seite 34–39

KAI-OLAF LANG

POLENS STRATEGISCHE ROLLE IM INTERNATIONALEN UMFELD

Während über wesentliche Komponenten der außen- und sicherheitspolitischen Ausrichtung lange Zeit ein parteiübergreifender Konsens bestand, haben sich seit 2015 beträchtliche Neuerungen ergeben. Ein Grundpfeiler bleibt jedoch die enge Partnerschaft mit den USA.

Seite 40–46

WOLFGANG TEMPLIN

DIE ZWEITE POLNISCHE REPUBLIK 1918–1939. FAKTEN, MYTHEN UND LEGENDEN

Die Geschichte und Vorgeschichte der 1918 begründeten Zweiten Polnischen Republik, die Gefährdungen und Konflikte, denen sie in ihrer zwanzigjährigen Geschichte ausgesetzt war, zählen zu den spannendsten Kapiteln europäischer Geschichte.

Seite 47–53

EDITORIAL

Polen befindet sich im Wandel, politisch wie kulturell. Mit der Wahl der national-konservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) in die alleinige Regierungsverantwortung Ende 2015 schlägt sich dieser auch auf höchster staatlicher Ebene nieder und wird von dort als „guter Wandel“ (*Dobra zmiana*) weiter forciert. Ausdruck findet er in einschneidenden Reformen wie der des Justizwesens, die Polen jüngst ein EU-Rechtsstaatlichkeitsverfahren eingebracht hat, aber auch in Gesten und symbolischer Politik, etwa zum Umgang mit Geschichte, Erinnerung und historischer Verantwortung.

In Deutschland und anderen EU-Ländern werden diese Entwicklungen meist mit Sorge beobachtet. Bei aller berechtigten Kritik wird dabei eines oft übersehen: „Für Polen ist 1989 das Jahr, in dem man nach dem Ende des Kommunismus die Souveränität zurückerkämpft hat. Es ist nicht das Jahr, in dem die europäische Integration begann.“ Dieser Hinweis des Politologen Ivan Krastev verdeutlicht die Prioritäten der gegenwärtigen polnischen Regierungspolitik, die einem weltweiten Trend entsprechen: dem verstärkten Rückbezug auf die eigene Nation als Rezept gegen die Unbilden der Globalisierung und anderer internationaler Herausforderungen.

Dass sich in Polen erheblicher zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen diese Politik regt, wird im Ausland weit weniger wahrgenommen als die PiS-Politik selbst. Aber auch für Europafreunde gibt es in Polen nach wie vor zahlreiche Ansprechpartner. Zum 100. Jahrestag seiner staatlichen Unabhängigkeit als Republik – die Zweite Polnische Republik wurde im November 1918 gegründet – ist die polnische Gesellschaft jedenfalls weit weniger einheitlich, als es von außen erscheint oder als teilweise behauptet wird.

Johannes Piepenbrink

ESSAY

POLNISCHE WIDERSPRÜCHE, EUROPÄISCHE WIDERSPIEGELUNGEN: WAS UNS TRENNT, VERBINDET UNS

Basil Kerski

Polen erlebe ich heute als ein Land voller Widersprüche, als eine Nation der Kontraste. Einerseits war das Land noch nie so frei, wohlhabend, souverän und modern wie heute. Andererseits besorgt mich die Erosion der politischen Kultur: Die antiwestliche und islamophobe Propaganda der Regierung heizt die politische Stimmung auf. Auch der Umgang mit der Opposition ist unter den üblichen demokratischen Standards, die politischen Gegner der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) werden als Feinde der polnischen Souveränität dämonisiert. Die Regierungspartei versucht, die totale Kontrolle über den Staat und staatseigene Institutionen zu erlangen; die Gewaltenteilung ist gefährdet.

Doch hat dies auch viele Bürgerinnen und Bürger geweckt: Die polnische Zivilgesellschaft ist so aktiv wie lange nicht mehr. Polinnen und Polen gehen auf die Straße, um die Unabhängigkeit der Gerichte zu verteidigen. Bürgermeister, Stadträte und Regionalpolitiker, die nicht der PiS angehören, unterstützen offen die Bürgerbewegung für den Erhalt der liberalen Demokratie. Noch ist Polen also nicht verloren, wie es so schön in der Nationalhymne heißt.

Sorgen macht aber auch das immer stärker in Deutschland und im westlichen Europa auftretende Vorurteil, es zeige sich in Polen, dass die Demokratie im postkommunistischen Europa keine tiefen Wurzeln geschlagen habe und dass nun die autoritären Traditionen des östlichen Europa an die Oberfläche kämen. Die westliche Wertegemeinschaft ende irgendwo zwischen Elbe und Oder. So einfach ist die Entwicklung in den neuen EU-Ländern nicht zu deuten.

Ich pflege zu ausländischen Besuchergruppen, die in Danzig in das von mir geleitete Europäische Solidarność-Zentrum kommen, zu

sagen, dass alle politischen und kulturellen Entwicklungen, die sie während ihres Aufenthaltes in Polen erkennen und die sie beunruhigen, nur zur Hälfte innerpolnisch zu erklären sind. Die anderen fünfzig Prozent spiegeln gesamteuropäische, gar universelle Herausforderungen wider. In den Augen meiner Besucherinnen und Besucher, vor allem aus dem westlichen Ausland, erkenne ich dann eine gewisse Unruhe. Es ist nicht angenehm, in den polnischen Entwicklungen politische Gefahren für die eigene Demokratie zu entdecken.

Ein spezifisch polnischer Faktor ist zum Beispiel die nationalistische Radikalisierung von Teilen der katholischen Kirche, insbesondere durch den wachsenden Einfluss des Redomteristenpaters und Medienunternehmers Tadeusz Rydzyk. Seine Medien haben einen enormen Einfluss auf viele Gläubige. Die katholische Kirche hat Rydzyks Position bislang nicht hinterfragt, die meisten Bischöfe unterstützen ihn.

Ein weiteres polnisches Spezifikum ist der Missbrauch des Gedenkens an die Flugzeugkatastrophe von Smolensk 2010 – bei der Staatspräsident Lech Kaczyński, aber auch viele seiner politischen Opponenten tödlich verunglückten – durch die PiS, um die eigene Politik moralisch zu legitimieren.

Prägend ist auch der Kampf um die Deutungshoheit über die jüngste Geschichte, die Bewertung der Rolle von Lech Wałęsa in der Solidarność und die Frage, ob der Runde Tisch von 1989, also die Politik des Kompromisses mit den kommunistischen Machthabern, der richtige Weg in die Demokratie war.

Die übrigen Herausforderungen sind keine polnischen Spezialitäten, wir kennen sie auch aus Deutschland und anderen europäischen Staaten: die Angst vor den Folgen der Globali-

sierung, die Kritik am Neoliberalismus, vor allem die gefährliche Abkopplung liberaler Politik von der Idee sozialer Gerechtigkeit, der Wandel der politischen Öffentlichkeit durch das Internet. Eine unterschätzte Gefahr ist auch die Erosion der Erinnerung: Für viele junge Menschen in Europa ist ein Kontinent ohne Grenzen und mit einem gemeinsamen Markt eine Selbstverständlichkeit; der Wert dieser Errungenschaft und des friedlichen Zusammenlebens ist längst nicht allen präsent.

RÜCKZUG INS NATIONALE

Entscheidend für den Erfolg populistischer Parteien in ganz Europa ist ein kultureller Wandel der vergangenen Jahre: Es gibt – in vielen Ländern – eine Sehnsucht nach klaren Identitätsmustern, besonders nach nationaler Identität, sowie nach einer einfachen Interpretation der globalen Veränderungen. Auch in Polen ist die Angst vor den Folgen der Globalisierung und der Internationalisierung des politischen, ökonomischen und kulturellen Lebens groß. Und auch hier werden Globalisierung und europäische Integration in einen Topf geworfen. Dabei gerät aus dem Blick, dass ein europäisches Zusammenrücken die geeignete Antwort sein könnte auf die negativen Folgen der Globalisierung. Der Rückzug ins Nationale fasziniert paradoxerweise viele – auch junge – Menschen, die vom Europa offener Grenzen und großer Bildungschancen profitieren.

Nationaler Egoismus ist zwar ein gesamteuropäisches Phänomen, doch in den postkommunistischen Gesellschaften Europas (Ostdeutschland eingeschlossen) wirkt diese Tendenz verstärkt – denn diese Gesellschaften erleben seit 1989 endlich so etwas wie Wohlstand, auch wenn die Sozialstandards vom westeuropäischen Niveau noch weit entfernt sind. Trotz zentraler geopolitischer Lage wollen sie wie die Schweiz sein und abgeschlossen an der Peripherie nun endlich den bescheidenen neuen Wohlstand genießen. Wir erleben eine Biedermeierzeit im Herzen Europas. Größere Herausforderungen stören da nur. Und die (West-)Deutschen stören da natürlich auch, wenn sie mit dem Finger auf die Probleme weisen und Engagement einfordern, eine erwachsene Politik des Gebens und nicht nur des Nehmens, europäische Solidarität in beide Richtungen.

Es gibt einen weiteren Aspekt, ein spezifisches Erbe des Kommunismus, der das Wieder-

erstarken des Nationalismus im postkommunistischen Europa erklärt. Die kommunistischen Machthaber haben sich in der Endphase des Sowjetimperiums nicht als Vertreter linker, emanzipatorischer Werte präsentiert, sondern ihre Macht als Anwälte nationaler Interessen legitimiert. Damit haben sie den Nationalismus in Sprache und Kultur stark verankert. Ihre Rhetorik war zudem durchzogen von antisemitischen wie antiwestlichen Feindbildern. Das neue Denken über Europa, über Multikulturalität, über das Funktionieren von demokratischen Staaten, offenen Gesellschaften und Pluralismus musste als Gegenmodell zum kommunistischen Erbe erst einmal Eingang in die breite Öffentlichkeit finden. Wir erleben heute, wie schwer dies ist; die anderen, abgrenzenden Muster sind noch allzu leicht abrufbar.

Dieses fremdenfeindliche Erbe des universalistischen Kommunismus haben wir in der Debatte über den Umgang mit Flüchtlingen erlebt. Die polnische Nation, die jahrhundertlang eine multiethnische war, ist infolge des Zweiten Weltkriegs zu einer weitgehend ethnisch homogenen, katholischen geworden. Sie hat in den zurückliegenden Jahrzehnten kaum Erfahrung mit Einwanderern sammeln können. So wurde die Flüchtlingsmigration im polnischen Parlamentswahlkampf im Herbst 2015 zu einem zentralen Thema der PiS. Dabei sind verschiedene Dinge miteinander vermischt worden: die Flüchtlingskrise mit Islamophobie, die Kritik an der Multikulturalität im Westen mit der Forderung, die eigene monoethnische Identität zu schützen.

Dabei gibt es keine polnische Kultur, keine polnische Geschichte ohne die Erfahrung von Migration und politischer Flucht. Die Nation konnte in den vergangenen zwei Jahrhunderten nur dank des Exils überleben und vor genau hundert Jahren als unabhängiger Staat wiedergegründet werden.⁰¹ Polnische Künstler im Exil, wie Adam Mickiewicz, Ignacy Jan Paderewski, Witold Gombrowicz oder Czesław Miłosz haben aus dem Ausland die polnische und europäische Kultur maßgeblich geprägt. Polens kollektive Identität ist ohne Migrationserfahrungen undenkbar. Vor diesem Hintergrund überraschen die Distanz vieler traditionsbewusster Polen zu den Flüchtlingen aus Syrien, dem Irak oder Af-

01 Zur Zweiten Polnischen Republik ab 1918 siehe den Beitrag von Wolfgang Templin in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

ghanistan, die Empathielosigkeit und das mangelnde politische Interesse an der Entwicklung im Nahen Osten (zumal Polen an militärischen Missionen im Irak und Afghanistan prominent beteiligt war).

Was in vielen deutschen und europäischen Medien jedoch oft übersehen wird, ist, dass die fremdenfeindliche Rhetorik der polnischen Regierung erheblichen politischen Widerstand in Polen mobilisiert hat, am sichtbarsten in den Städten. Viele Oberbürgermeister und Regionalpräsidenten widersetzen sich der Politik der Zentralregierung, kämpfen um das Ansehen der polnischen Demokratie.

Modellcharakter hat das Engagement der Stadt Danzig, die auf Zusammenarbeit mit Migrantinnen und Migranten setzt und in politische Bildungsarbeit investiert. Danzig ist eine ökonomisch erfolgreiche Metropole, sie beherbergt viele aus der EU zugezogene Bürger und vor allem viele ukrainische Gastarbeiter. Unter den Migranten sind auch einige Muslime: polnische Tataren, die nach 1945 aus den östlichen Provinzen geflohen sind, Tschetschenen, aber auch immer mehr Menschen aus dem Nahen Osten und Asien. Die Propaganda gegen die Flüchtlinge hat die Stadt und ihre Einrichtungen, so auch das Europäische Solidarność-Zentrum, dazu gebracht, zu diesem Thema positiv Stellung zu beziehen und ein Integrationsprogramm zu entwickeln. Danzig ist so zu einem Symbol für eine andere, offener polnische Haltung in Migrationsfragen geworden. Die Dimension der Kommunal- und Regionalpolitik wird im Ausland häufig kaum wahrgenommen. Doch der Ausgang der Kommunal- und Regionalwahlen im Oktober 2018 wird für die Entwicklung der Demokratie in Polen schicksalhaft sein.

NEUE GESCHICHTE?

Während der politische Pluralismus Polens im Ausland unterschätzt wird, wird die Homogenität der Regierungspartei PiS und ihrer Wähler eher überschätzt.⁰² Insofern ist vor Generalisierungen, wie sie in westeuropäischen Kommentarspalten oft zu lesen sind, zu warnen. Die Regierungspolitik ist zwar häufig populistisch, aber es ist auch Pragmatismus erkennbar. So unter-

stützt die Regierung trotz anfänglicher Kritik das deutsch-polnische Schulbuch, weil sie das universelle Potenzial dieses Projekts offenbar erkannt hat.

Was aber zu Recht kritisch kommentiert wird, ist die Öffnung hin zu rechtsextremen Kreisen. Nationalistische Stimmen werden in der PiS immer deutlicher hörbar, viel stärker als vor etwa zehn Jahren, als Staatspräsident Lech Kaczyński darauf achtete, dass die von seinem Bruder geführte Partei Distanz zur rechten Peripherie der politischen Landschaft hielt. Der Ruf nach Reparationsforderungen gegenüber Deutschland und der Beschluss gesetzlicher Regelungen, die das historische Ansehen des Landes in der Welt durch Strafmaßnahmen schützen sollen, sind Beispiele für die Radikalisierung.

Dadurch gerät auch die in den vergangenen zwanzig Jahren für die Entwicklung der polnischen Demokratie so wichtige staatliche Förderung der kritischen Auseinandersetzung mit der polnischen Zeitgeschichte in Gefahr. Belastet ist auch der historische Dialog mit den Nachbarn, ein Fundament, auf dem die Versöhnung mit Deutschland, der Ukraine oder Israel gedeihen konnte. Die Einschränkung der selbstkritischen polnischen Erinnerungskultur beschädigt nicht nur das Vertrauen in zwischenstaatlichen Beziehungen, eine solche Politik gefährdet gar die politische Stabilität in Mitteleuropa. Denn vergessen wir nicht, wie sehr der offene Dialog zwischen Staaten und Zivilgesellschaften über schwierige Fragen der Geschichte nach 1989 zum Frieden in dem Teil Europas geführt hat, der im 20. Jahrhundert durch Völkermord, Vertreibungen und willkürliche Grenzziehungen belastet war. Die Kultur des offenen Dialogs, der kritischen historischen Reflexion und des Vergebens hat Mitteleuropa vor den postkommunistischen Katastrophen des Balkans bewahrt.

Nicht minder beunruhigend ist die grundsätzliche Infragestellung der polnischen Geschichte nach 1989, vor allem die Negation der friedlichen, gewaltfreien Revolution, deren Symbol der Runde Tisch vom Frühjahr 1989 ist. Der historische Kompromiss mit den alten Machthabern, so der Vorwurf der PiS, habe eine tiefer gehende Demokratisierung verhindert, denn „kommunistische Altkader“ hätten die neue Republik geprägt. Dabei wird auch die Integrität und Autorität der Ikonen der Solidarność-Bewegung wie Lech Wałęsa, Władysław Fras-

⁰² Zur Wählerschaft der PiS siehe den Beitrag von Michał Sutowski in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

niuk, Tadeusz Mazowiecki, Jacek Kuroń oder Adam Michnik in Zweifel gezogen. Der internationale zeithistorische Kontext wird einfach ausgeblendet, etwa die Tatsache, dass Polen 1989 durch die unmittelbare Präsenz von 200 000 Soldaten der Sowjetarmee kontrolliert war und nur eine Politik des Ausgleichs – im Inneren wie im Äußeren – einen friedvollen Systemwechsel ermöglichen konnte. Auch die Außenpolitik der polnischen Demokratie nach 1989 wird als zu weich, zu naiv und zu kompromissbereit kritisiert. Dies alles sind populistische Slogans, die entweder von mangelnder Kenntnis der europäischen Zeitgeschichte zeugen oder mit denen bewusst eine Geschichtsverfälschung durch Verschweigen oder Verfremdung des Kontextes betrieben wird.⁰³

Das Hauptziel der PiS-Kulturpolitik ist es, die Geschichte des 20. Jahrhunderts neu zu schreiben, um den grundlegenden Wandel des polnischen Staates und den Kampf gegen die liberale Demokratie zu legitimieren. Viele polnische Politiker, Historiker, Publizisten, Künstler und Museumsleute wehren sich dagegen. Wir sehen das zum Beispiel daran, dass die meisten Museen weiterhin ein differenziertes Geschichtsbild vermitteln. Die deutsche Öffentlichkeit hat sich, was die Entwicklung der polnischen Museums- und Kulturlandschaft betrifft, bislang allerdings hauptsächlich für die Negativbeispiele interessiert. Die Normalität oder das Engagement vieler, auch staatlicher Akteure für ein ausgewogenes, antinationalistisches Narrativ wird wenig dokumentiert, denn dies ist weniger spektakulär.

Auf deutscher Seite sollte man sich in dieser schwierigen Zeit fragen, von welchen Defiziten der deutschen Erinnerungskultur beflissene Geschichtsvereinfacher im In- und Ausland profitieren. Mein Eindruck ist, dass man in Deutschland zwar viel von Europa und Aussöhnung redet, aber viele geschichtspolitische Initiativen rein national realisiert werden, sodass die europäische Verpflichtung häufig nur eine Phrase und keine gelebte Praxis ist.

Deutschland und Polen sind beides relativ junge Demokratien, sie tendieren daher zur Nabelschau, zur permanenten Selbstvergewisserung. Die nationale Perspektive dominiert daher

in beiden Ländern. Diese Tendenz wird verstärkt von einer neuen Europamüdigkeit. Es gibt aber auch Beispiele wie das Museum der Geschichte der polnischen Juden (POLIN) in Warschau oder das Europäische Solidarność-Zentrum in Danzig, in denen öffentliche Räume entstanden sind, die polnische und europäische Narrative zusammenbringen.⁰⁴ Doch werden die Gesten des Kompromisses und die Kultur des Dialogs von der gegenwärtigen Regierung untergraben, basiert ihre Politik doch auf der Betonung der Unterschiede.

LICHTBLICKE

Was Hoffnung macht, ist das folgende Phänomen: Die meisten Polinnen und Polen sind Individualisten, sie lassen sich ungern von Parteien vereinnahmen. Viele wenden sich von dem polarisierenden Politikdiskurs ab, sind sowohl der Regierung als auch der Opposition gegenüber kritisch. Sie bleiben still, weil es ihnen materiell gut geht. Das Land erlebt seit Jahren eine beeindruckende Wirtschaftsentwicklung, von der viele Bürgerinnen und Bürger profitieren. Aber auch die deutsch-polnischen Beziehungen profitieren davon: Deutschland ist Polens wichtigster Absatzmarkt, das wird die wenigsten Deutschen überraschen; weniger bekannt ist in Deutschland, dass auch der polnische Markt für den Wohlstand in der Bundesrepublik enorme Bedeutung hat. Dieser ist für deutsche Firmen heute wichtiger als der russische, spanische oder japanische. Ein Viertel des deutschen Osthandels, also der Wert aller Handelsgeschäfte deutscher Unternehmen mit den Ländern des östlichen Mitteleuropas, Südosteuropas, der Kaukasusregion, Mittelasiens sowie der Eurasischen Wirtschaftsunion, läuft mit Polen. Der östliche Nachbar wird nicht nur bei deutschen Großkonzernen, sondern auch als Standort für mittelständische Unternehmen zunehmend beliebter.

Es ist interessant, dass diese materielle Dimension der Beziehungen, die über zwei Jahrzehnte gewachsen ist, im Bewusstsein der deutschen politischen Eliten kaum bekannt ist. In den deutschen Handelsträumen dominiert immer

03 Zur Geschichtspolitik der PiS siehe den Beitrag von Marta Bucholc in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

04 Im Solidarność-Zentrum beispielsweise dokumentieren wir in unserer Dauerausstellung nicht nur das Jahrzehnt der Solidarność-Revolution von 1980 bis 1989, sondern alle demokratischen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa nach 1989.

noch die Partnerschaft mit Russland. Die großen Hoffnungen haben sich in den vergangenen Jahren jedoch als wenig realistisch erwiesen. Diese Diskrepanz in der Wahrnehmung der Bedeutung des polnischen und des russischen Marktes in Deutschland wird in Polen genau registriert und ist eine stete Quelle des Misstrauens. Die für Polen unverständliche Faszination der Deutschen für den russischen Markt und die daraus resultierende Nichtwahrnehmung der deutsch-polnischen Potenziale wecken Unbehagen. Sogar alte Ängste vor einer engen deutsch-russischen Allianz über die polnischen Köpfe hinweg werden dadurch geweckt.

Eine Besonderheit der deutsch-polnischen Nachbarschaft, die ebenfalls Hoffnung macht, ist das breite zivilgesellschaftliche Netz zwischen beiden Ländern, das diese schwierigen Zeiten überdauern wird. Die Zusammenarbeit leidet aber immer noch an den alten Problemen, vor allem am vergleichsweise schwächeren Engagement der polnischen Bürger. Diese Diskrepanz ist durchaus nachvollziehbar, denn viele Polen waren in der schwierigen Transformationsrealität der jüngeren Vergangenheit vor allem darum bemüht, ihre Existenz zu sichern. Nun wacht zwar die Zivilgesellschaft in Polen auf, doch ihre Energie richtet sich primär nach innen, auf die Verteidigung der eigenen Demokratie. Die neue Qualität des zivilgesellschaftlichen Engagements könnte sich aber schon in wenigen Jahren auch auf die deutsch-polnische Dimension positiv auswirken.

Viele deutsch-polnische Akteure leiden zurzeit sehr unter dem nationalistischen Populismus von Teilen der PiS, vor allem darunter, dass Polen zuletzt viel an Sympathie in Deutschland verloren hat und alte Stereotype wieder reaktiviert wurden. Eine schwere Prüfung für die deutsch-polnischen Beziehungen sind etwa die jüngst von Vertretern der PiS-Regierung erhobenen Forderungen nach deutschen Reparationszahlungen als Kompensation für Leid und Schäden aus dem Zweiten Weltkrieg. Zur Überraschung vieler politischer Beobachter kritisierten dies jedoch nicht nur Akteure aus der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft, sondern vor allem auch Vertreter der katholischen Kirche. So formulierten die polnischen Bischöfe, unter ihnen der Warschauer Kardinal Kazimierz Nycz und der ehemalige Erzbischof von Gniezno, Henryk Józef Muszyński, Anfang September 2017 in einem sehr klugen

Dokument, dass wir uns 70 Jahre nach Kriegsende auf die Versöhnungsarbeit konzentrieren sollten, statt zu spalten.

Ich stimme diesem Gedanken vollkommen zu. Wir sollten uns den Zukunftshemen stellen, und zwar gemeinsam. Das heißt natürlich nicht, dass wir uns von der Geschichte abwenden sollten. Die Erinnerung sollten wir pflegen, denn unsere negativen Erfahrungen können uns vor Rückfällen schützen. Sie sind auch das verbindende Fundament für das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und Polen, die sich heute für die Verteidigung des europäischen Friedens in Zeiten neuer nationalistischer Töne einsetzen.

Und eines sollten wir nicht vergessen: Die deutsch-polnischen Beziehungen bestehen nicht nur aus einer Konfliktgeschichte. Ein wichtiger Bestandteil und gemeinsames Erbe ist auch die Versöhnungskultur. Auch dieses Kapitel unserer gemeinsamen Geschichte ist von universeller Bedeutung.

BASIL KERSKI

ist Direktor des Europäischen Solidarność-Zentrums in Danzig und Chefredakteur des deutsch-polnischen Magazins „Dialog“ in Berlin. Er lebt in beiden Städten.

ecs@ecs.gda.pl

ZUR ENTWICKLUNG DER POLNISCHEN DEMOKRATIE

Klaus Bachmann

2015 war auch für polnische Verhältnisse ein ungewöhnliches Wahljahr. Während man in den Jahren zuvor im Vorfeld von Wahlen häufig den Eindruck gewinnen konnte, dass es um einen Endkampf zwischen Gut und Böse gehe, um eine Entscheidung zwischen dem Untergang und der Rettung des Landes, war 2015 alles ganz anders. Da gab es einen müden, einfallslosen Wahlkampf, in dessen Verlauf fast alle Parteien ihrer Stammwählerschaft signalisierten, sie könne eigentlich auch zu Hause bleiben, denn das Wahlergebnis stehe ohnehin fest. Die einzigen, die wirklich bei der Sache waren, waren die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) und der kleinen, neugegründeten Partei Polen Zusammen (Polska Razem). Die Apathie der Gegner war umso erstaunlicher, als es 2015 um mehr Macht ging als je zuvor: Im Mai stand die Präsidentschaftswahl an, Ende Oktober die Parlamentswahl.

Wegen innerparteilicher Reibereien und einer übertrieben zur Schau gestellten Siegesgewissheit verlor der Kandidat der damals regierenden liberal-konservativen Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO), Bronisław Komorowski, die Präsidentschaftswahl gegen einen fast unbekannten Außenseiter, den Europaabgeordneten Andrzej Duda, den PiS-Parteichef Jarosław Kaczyński ins Rennen geschickt hatte, um nicht selbst kandidieren zu müssen. Als Duda aufs Schild gehoben worden war, galt Komorowskis Wahlsieg noch als sicher, und Kaczyński hatte vermeiden wollen, sein Ansehen in einem aussichtslosen Wahlkampf riskieren zu müssen. Nach Dudas Erfolg stiegen die Umfragewerte für die PiS, und so hatte sie erstmals seit 2005 die Aussicht, auch die Parlamentswahl zu gewinnen und den Premierminister zu stellen.

Diese Perspektive mobilisierte offenbar allein die PiS-Anhänger. Die PO war innerlich zerstritten und konnte sich auf keine kohärente Wahlkampfstrategie einigen. Die Linke war noch

zerstrittener und trat in der Folge mit drei rivalisierenden Wahlkomitees an. Ein Teil des bürgerlichen Establishments hatte aus Enttäuschung über die PO eine neue liberale Partei gegründet (Nowoczesna), die das konservativ-liberale Lager zusätzlich schwächte. Wie in Deutschland werden in Polen die Wählerstimmen nach dem sogenannten D'Hondt-Verfahren in Abgeordnetenmandate umgerechnet, das große Parteien überproportional begünstigt. So wurde die PiS im Herbst 2015 bei einer Wahlbeteiligung von gerade einmal 50,9 Prozent und einem Ergebnis von 37,6 Prozent der gültigen Stimmen nicht nur größte Partei, sondern erreichte in beiden Häusern des Parlaments – dem Unterhaus (Sejm) und dem Senat – auch eine satte absolute Mehrheit der Mandate. Die PiS konnte jetzt durchregieren, wollte aber noch mehr. Die Partei geht seither mit geradezu revolutionärem Eifer daran, das politische System Polens umzubauen. Um zu verstehen, wie das abläuft, ist ein kurzer Rückblick auf die bis dahin geltende Verfassungsordnung notwendig.⁰¹

POLNISCHE „CHECKS AND BALANCES“

Nach 1989 hatte sich Polen zunächst mit einigen Novellierungen der alten, noch aus den 1950er Jahren stammenden Verfassung beholfen. 1997 arbeitete ein überparteilicher Verfassungsausschuss des Parlaments dann eine neue Verfassung aus, die per Referendum von einer bescheidenen relativen Mehrheit der Wahlberechtigten angenommen wurde. Zur Zeit ihrer Erarbeitung war die konservativ-nationale Rechte ähnlich zersplittert wie heute die Linke und im Parlament gar nicht vertreten. Dennoch akzeptierten alle politischen Kräfte die neue Verfassung als Geschäftsgrundlage. Sie wurde seitdem mehrfach geringfügig verändert, doch das Institutionengefüge blieb unangetastet.

Nach der Verfassung von 1997 ist Polen ein Zentralstaat mit Elementen von Selbstverwaltung auf den Ebenen der Städte, Gemeinden, Kreise und Regionen. Diese haben zwar eigene Haushalte und ein eigenes Steueraufkommen, aber keinen Einfluss auf die Verabschiedung von Gesetzen. Regiert wird das Land seither von einer Regierung unter einem Ministerpräsidenten, der mit seinen Ministerinnen und Ministern vom direkt (und nach absolutem Mehrheitswahlrecht nach französischem Vorbild) gewählten Staatspräsidenten vereidigt wird und dem Parlament verantwortlich ist. Die Regierung kann durch ein konstruktives Misstrauensvotum abgelöst werden, selbst aber nicht das Parlament auflösen. Dies kann nur der Präsident, wenn sich das Parlament als unfähig erweist, einen Haushalt zu verabschieden, oder keine Regierung gebildet werden kann. Der Präsident hat zudem ein Vetorecht gegen ordentliche Gesetze, mit dem er das Parlament zwingen kann, ein Gesetzesvorhaben entweder aufzugeben oder es mit Dreifünftelmehrheit statt der üblichen absoluten Mehrheit zu verabschieden. Ein solches Veto zwingt eine Regierungsmehrheit dann zu einem Kompromiss – entweder mit dem Präsidenten oder mit der parlamentarischen Opposition. Der Präsident kann vom Parlament verabschiedete Gesetze auch an den Verfassungsgerichtshof (Trybunał Konstytucyjny) zur Prüfung überweisen, der sie ganz oder teilweise kassieren kann. Bis 1999 konnte ein solches Verdikt noch vom Parlament überstimmt werden; seitdem sind die Urteile des Gerichtshofes „endgültig und allgemein verbindlich“. Der Verfassungsgerichtshof, dessen 15 Richterinnen und Richter vom Sejm gewählt werden, ist somit zur wichtigsten Kontrollinstanz von Parlament und Regierung geworden. Dies gilt umso mehr, wenn der Präsident, die Parlamentsmehrheit und die Regierung demselben politischen Lager entstammen.

KALTSTELLEN DES VERFASSUNGSGERICHTSHOFES

Kaum hatte die PiS die Parlamentswahl 2015 gewonnen und ein Kabinett um Beata Szydło gebil-

det, ging die Partei daran, die bestehende Verfassungsordnung aus den Angeln zu heben. Sie war angetreten, eine Vierte Republik zu schaffen. Bereits 2010 hatte sie einen entsprechenden Verfassungsentwurf vorgestellt, der, wäre er umgesetzt worden, das Land in eine autoritäre Präsidialdemokratie verwandelt hätte.⁰² Weil auch nach der Wahl 2015 eine Verfassungsänderung nicht ohne Weiteres möglich war – dazu braucht es im Parlament eine Zweidrittelmehrheit – richtete sich das Augenmerk der Regierung und der Parlamentsmehrheit zunächst auf den Verfassungsgerichtshof. Dort gaben noch Richterinnen und Richter den Ton an, die von den Vorgängerregierungen eingesetzt worden waren. PiS-Parteichef Jarosław Kaczyński pflegt das Gericht gerne als dritte, demokratisch nicht gewählte Parlamentskammer zu bezeichnen. Entsprechend war der PiS nun daran gelegen, die Autorität des Verfassungsgerichtshofes anzufechten und ihn gleichzeitig mit möglichst vielen „eigenen“ Juristinnen und Juristen zu besetzen.

Einen Vorwand lieferte das Vorgehen der gerade abgewählten Koalition aus PO und Polnischer Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL), mit deren Stimmen der Sejm Anfang Oktober 2015 fünf Verfassungsrichter gewählt hatte, obwohl zwei der fünf Richterstellen erst im Dezember, also nach der Parlamentswahl, frei wurden. Ermöglicht hatte dies eine entsprechende Gesetzesänderung im Juni. Die PiS hatte beim Verfassungsgerichtshof dagegen geklagt. Nach der Parlamentswahl zog die PiS die Klage zurück, worauf die PO, ahnend, was kommen würde, sie in eigenem Namen wieder einreichte. Erwartungsgemäß erklärte der Gerichtshof die Wahl von zwei Richtern für verfassungswidrig. Doch Präsident Duda weigerte sich, auch die drei übrigen Richter zu vereidigen. Fast gleichzeitig erklärte die Parlamentsmehrheit die gesamte Wahl der fünf Richter durch das Vorgängerparlament für ungültig und entsandte am 2. Dezember ihre eigenen fünf Richterinnen und Richter, die noch in der Nacht zum 3. Dezember im Präsidenten-

01 Siehe hierzu auch Klaus Bachmann, *Der Bruch. Ursachen und Folgen des Umsturzes der Verfassungsordnung Polens 2015–2016*, Frankfurt/M. 2016, sowie die Themenausgaben „Gegen die Wand. Konservative Revolution in Polen“, Osteuropa 1–2/2016, und „Rückkehr der illiberalen Demokratie?“, Transit. Europäische Revue 48/2016.

02 Der Verfassungsentwurf von 2010 zielte darauf, dem damaligen Präsidenten Lech Kaczyński (PiS) mehr Macht zu verleihen – insbesondere gegenüber dem damaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk (PO). Nach der Parlamentswahl 2015 war die PiS nicht mehr daran interessiert, den auch für sie überraschend gewählten Präsidenten Duda zu stärken und distanzierte sich daher vom alten Verfassungsentwurf.

palast vereidigt wurden. Doch Gerichtspräsident Andrzej Rzepliński teilte den betreffenden Richtern keine Fälle zu. Damit gab es im Gericht nun kein Quorum mehr für Urteile über Kompetenzstreitigkeiten zwischen Staatsorganen. Die Verfassungsmäßigkeit von geplanten Gesetzen, mit denen die Parlamentsmehrheit der PiS den Gerichtshof entmachten wollte, konnte so nur noch von einer Kammer oder einem unterbesetzten Plenum entschieden werden. Die Regierung um Szydło wiederum erkannte daraufhin mehrere Urteile nicht an und weigerte sich, sie zu veröffentlichen oder umzusetzen.

Dies wurde von den juristischen Fakultäten der großen polnischen Universitäten, von der Venedig-Kommission des Europarates, die EU-Staaten verfassungsrechtlich berät, von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament scharf kritisiert, was allerdings nicht zu einem Einlenken der PiS führte. Als Gerichtspräsident Rzepliński ein Jahr später, im Dezember 2016, planmäßig aus dem Amt schied, ernannte Präsident Duda die Posener Sozialrichterin Julia Przyłębska zu seiner Nachfolgerin. Faktischer Chef des Gerichts wurde jedoch schon bald der Juraprofessor Mariusz Muszyński; Przyłębska stattete ihn mit einer Generalvollmacht aus, nachdem ihr Mann zum Botschafter in Berlin ernannt worden war.

Bis 2015 hatte der Sejm bei der Wahl von Verfassungsrichtern darauf geachtet, unabhängige und möglichst überparteiliche Verfassungsjuristen zu entsenden, die meist auch von einer breiten Mehrheit unterstützt wurden. Die Richterswahl im Dezember 2015 zeugte vom Drang der PiS, von diesem Pfad abzuweichen und von der Regierung möglichst abhängige, in Juristenkreisen eher isolierte Kandidaten auszusuchen. Einer von ihnen, Lech Morawski, erklärte denn auch im Mai 2017 auf einer Podiumsdiskussion der Universität Oxford einem erstaunten Publikum, er vertrete nicht nur das Verfassungsgericht, sondern auch die Regierung.⁰³

Tatsächlich wäre es gar nicht notwendig gewesen, den Gerichtshof mit solchen Methoden zu entmachten, um die der neuen Regierung tendenziell kritisch gegenüberstehende Richtermehrheit loszuwerden. Als die PiS die Par-

lamentswahl gewann, saßen im Verfassungsgerichtshof drei Richter und eine Richterin, die zwischen 2004 und 2015 mit Unterstützung der PiS-Parlamentsfraktion gewählt worden waren. Zwei weitere Posten konnte die Partei Ende 2015 mit eigenen Kandidaten besetzen, ohne gegen die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes zu verstoßen. Darüber hinaus würden bis Ende 2016 zwei Richter in Rente gehen, darunter Gerichtspräsident Rzepliński. Die PiS hätte also spätestens 2016 auch ohne Verfassungsbruch eine Mehrheit von acht zu sieben Richtern gehabt und ab Anfang 2017 den Gerichtspräsidenten stellen können. Doch darum ging es längst nicht mehr.

ZENTRALISIERUNG

Bei der Begründung ihrer Politik bediente sich die PiS-Regierung um Premierministerin Szydło häufig einer zweigleisigen Strategie. Als das Europaparlament 2016 zum ersten Mal über die Gefahren für die Rechtsstaatlichkeit in Polen debattierte, verkündete Szydło, dem Verfassungsgericht sei nichts geschehen, es arbeite ungestört, und die Maßnahmen ihrer Regierung dienten nur dazu, die Verfassungsverstöße der Vorgängerregierung zu korrigieren. In Reden vor Parteimitgliedern und Anhängern erklärte sie dagegen, man habe das Gericht kaltstellen müssen, da es sonst die Sozialreformen – gemeint waren vor allem die Einführung des Kindergeldes und eines flächendeckenden Mindestlohns – blockiert hätte. Das war eine recht kühne Behauptung, weil bisher niemand verfassungsrechtliche Bedenken gegen diese Reformen vorgebracht hatte.

Allerdings ging die Regierung Szydło, zunächst in enger Abstimmung mit Präsident Duda, vom ersten Tag ihrer Amtszeit an mit geradezu revolutionärem Eifer daran, den polnischen Staat, der unter der konservativ-liberalen Regierung von Jerzy Buzek (1997–2001) dezentralisiert worden war, zu rezentralisieren. Viele der dabei beschlossenen Maßnahmen lösten tatsächlich verfassungsrechtliche Bedenken aus und hätten von einem unabhängigen Verfassungsgericht zumindest teilweise blockiert werden können. Das gilt auch für weitere Beschlüsse, die dem Geist der Verfassung und internationalen Verpflichtungen widersprechen. So wurde ein neues Polizeigesetz durchgesetzt, das es ermög-

⁰³ Vgl. Komitee zur Verteidigung der Demokratie (KOD) Deutschland, Polen-Newsletter 20/2017, <https://kodgrupaberlin.wordpress.com/kod-pressespiegel-202017-vom-18-05-2017>.

licht, Ausländer – ohne Unterscheidung in EU- und Nicht-EU-Ausländer – länger ohne richterlichen Haftbefehl festzuhalten als Inländer; Stadtbewohnern ist es inzwischen verboten, auf dem Land Ackerland zu erwerben; und nach einer Novellierung des Versammlungsrechts wird sogenannten zyklischen, also regelmäßig stattfindenden Demonstrationen bei der Genehmigung von öffentlichen Kundgebungen Vorrang vor anderen gegeben. Die letztgenannte Maßnahme begünstigte offensichtlich die bis 2018 monatlich im Zentrum Warschaus stattfinden und von der PiS organisierten Gedenkveranstaltungen für die Opfer der Flugzeugkatastrophe von Smolensk vom 10. April 2010, bei der auch der damalige Präsident Lech Kaczyński, der Zwilling Bruder des PiS-Parteichefs Jarosław Kaczyński, zu Tode gekommen war: Seit der Regierungsübernahme durch die PiS hatte es immer häufiger Gegendemonstrationen gegeben; die Gesetzesänderung zielte darauf, sie zu erschweren oder gar zu verhindern.

Eine weitere frühe und einschneidende Maßnahme der PiS-Regierung war die Zentralisierung aller zivilen Geheimdienste in der Hand eines Geheimdienstkoordinators. Zugleich erhielten die Geheimdienste und die Polizei umfangreiche zusätzliche Befugnisse zur Online- und Telefonüberwachung, die mit der Notwendigkeit der Terrorabwehr begründet wurden. Die Opposition kritisierte dies als überzogen und warnte vor der Errichtung eines Überwachungsstaats. Im Januar 2016 demonstrierten Zehntausende in mehreren polnischen Städten gegen die Reformen der PiS.

Es lässt sich nur darüber spekulieren, welches Schicksal die Gesetzesänderungen vor einem unabhängigen Verfassungsgericht ereilt hätte. Der real existierende Verfassungsgerichtshof unter der Leitung von Przyłębska und Muszyński hat jedenfalls kein Urteil erlassen, das für die Regierung unangenehm gewesen wäre. Es segnete sogar das neue Versammlungsrecht ab, das Präsident Duda zur Prüfung übersandt hatte. Hatten Verfassungsrichter und Juristenvereinigungen aus ganz Europa den polnischen Verfassungsgerichtshof lange noch durch Proteste, Stellungnahmen und die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen unterstützt, kappten sie nach der Übernahme der Gerichtspräsidentschaft durch das Duo Przyłębska/Muszyński Ende 2016 alle Kontakte.

JUSTIZREFORM

Mit der Einhegung des Verfassungsgerichtshofes war der Weg frei für weitere, noch tiefer greifende Reformen. Mit drei Gesetzentwürfen ging die PiS-Mehrheit im Parlament nun daran, auch das verbleibende ordentliche Gerichtswesen, das Oberste Gericht (Sąd Najwyższy) und das System der Richterernennungen zu reformieren. Begründet wurde dies unter anderem mit der Notwendigkeit, die Richterschaft zu „entkommunizieren“. Dabei stellten PiS-Politiker auch des Öfteren Analogien mit Deutschland nach 1945, mit der Säuberung des DDR-Justizapparates nach 1990 und mit der (weitgehend ausgebliebenen) Aufarbeitung der Franco-Diktatur in Spanien her und behaupteten recht pauschal, polnische Richter seien korrupt und kriminell. Das bestehende System der Richterernennungen und die Disziplinargerichtsbarkeit führten dazu, dass Richter sich gegenseitig schützten, nach dem Motto: „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.“

Diese Behauptungen, von regierungsnahen Medien mit wenigen, aber häufig wiederholten Einzelfällen illustriert, stehen in klarem Widerspruch zu Berichten und Analysen, die von den zuständigen Regierungsagenturen und Forschungsinstituten erstellt worden waren, bevor die Regierung zum Angriff auf die Richterschaft blies. Demnach befinden sich polnische Gerichte in Bezug auf die Bearbeitungs- und Prozessdauer im EU-Mittelfeld, und die Wahrscheinlichkeit, dass ein Richter auch nur ein Disziplinarvergehen begeht, ist sechs bis sieben Mal geringer als die Wahrscheinlichkeit, dass ein Durchschnittsbürger ein Vergehen oder Verbrechen begeht. Auch der Vorwurf, die Richterschaft sei nach 1989 nie politisch gesäubert worden und deshalb eine Bastion totalitärer Ideologie, geht fehl. Zwar hat die polnische Richterschaft den Systemwechsel 1989 ohne groß angelegte Durchleuchtungen und Säuberungen überstanden, doch führte der anschließende Generationswechsel unter den Richtern dazu, dass deren Durchschnittsalter inzwischen deutlich unter 40 Jahren liegt. Das bedeutet, dass die meisten Richter erst nach 1989 in ihrem Beruf tätig wurden und viele selbst ihr Jurastudium erst nach der Wende absolviert haben.

Die Reformvorhaben der Regierung Szydło zielten auch gar nicht darauf, das Justizwesen effektiver zu machen, sondern es der Regierung

und dem Parlament unterzuordnen. Das Paket aus drei Gesetzentwürfen, das im Juli 2017 im Sejm beraten und verabschiedet wurde, sah vor, den Justizminister nicht nur zum obersten Dienstherrn der Staatsanwälte, sondern auch zum obersten Dienstherrn der Richterschaft zu machen. Zugleich sollte der Minister Einfluss auf den Landesjustizrat gewinnen, der in Polen für die Ernennung von Richtern zuständig ist, sowie auf die Besetzung des Obersten Gerichts, dessen Mitglieder er dann fast beliebig durch eigene Kandidaten ersetzen könnte. Schon zuvor hatte die Regierung Szydło die Funktionen des Justizministers und des Generalstaatsanwalts verschmolzen und dem Generalstaatsanwalt die Kompetenz verliehen, Staatsanwälte beliebig zu versetzen, ihnen direkte Anweisungen zu geben und in laufenden Verfahren einzugreifen.

Nach Massenprotesten in allen größeren polnischen Städten, Protesten des Europarates, der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und zahlreicher in- und ausländischer Juristenvereinigungen und einzelner Politiker entschied sich Präsident Duda, zwei der drei Gesetze – zum Obersten Gericht und zum Landesjustizrat – per Veto zu blockieren. Auch er hatte offensichtlich das Vertrauen in den Verfassungsgerichtshof verloren, denn er verzichtete darauf, dem Gericht die offensichtlich verfassungswidrigen Gesetzentwürfe zur Prüfung vorzulegen. Das Gesetz über die ordentlichen Gerichte jedoch trat in Kraft, und Justizminister Zbigniew Ziobro begann sogleich damit, Gerichtspräsidenten im ganzen Land auszutauschen.

Im Herbst 2017 verhandelten Regierung und Präsident dann, zumeist hinter verschlossenen Türen, über eine neue Reform der Justiz. Im Dezember legte Duda zwei Gesetzentwürfe vor, die in den Parlamentsausschüssen von der PiS-Mehrheit stark verändert und anschließend verabschiedet wurden. Nach der dritten Lesung wurde klar, dass die Regierungsmehrheit im Parlament und der Präsident sich offenbar darauf geeinigt hatten, die Justiz unter sich aufzuteilen: Das Parlament kann nun über die Zusammensetzung des Landesjustizrates und damit indirekt über Richternennungen bestimmen – eine Kompetenz, die bisher in den Händen der Gerichtshöfe und Landesorganisationen der Richter lag; das Oberste Gericht wird jetzt vom Staatspräsidenten kontrolliert, der es fortan so behandeln kann, wie die Regierung den Verfassungsgerichtshof behandelt

hat, entscheidet er doch über die Ernennung der Richter sowie des Gerichtspräsidenten und bestimmt die Struktur der Kammern.

Eine direkte Einflussnahme auf richterliche Urteile ist damit zwar nicht verbunden, aber dass in Zukunft noch ein Jurist, der sich bei der PiS unbeliebt gemacht hat, Richter wird, ist praktisch ausgeschlossen. Wie in Prozessen entschieden wird, ist nach wie vor Sache der Richter. Doch wer welche Richterposition einnimmt und wer über welche Angelegenheit richtet, bestimmen die jeweiligen Mitglieder der Exekutive und der Legislative. Der Entscheidungsspielraum von Richtern und Kammern ist damit deutlich geringer geworden, zudem haben die Möglichkeiten, Richter zu maßregeln, durch eine neu geschaffene Disziplinarkammer des Obersten Gerichts stark zugenommen. Über die Gerichtspräsidentenschaften in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und die mehrheitliche Besetzung der Stellen im Landesjustizrat sowie am Obersten Gericht entscheidet nicht mehr die Richterschaft selbst, sondern es entscheiden die Parlamentsmehrheit, der Justizminister und der Präsident – jene Instanzen also, die eine unabhängige Justiz gemäß der Verfassung eigentlich kontrollieren sollte.

Die Justizreform war noch nicht in Kraft getreten, da brachte die Regierung bereits den nächsten demokratiepolitisch und verfassungsrechtlich bedenklichen Gesetzentwurf ein – eine Reform der Wahlordnung, die darauf abzielt, die staatliche Wahlkommission, deren Amtszeit noch sieben Jahre dauern würde, vorzeitig entlassen zu können. Ihre Mitglieder sollen durch vom Parlament gewählte Vertreter ersetzt werden, nach einem Wahlmodus, der die PiS begünstigen und ihr in der Kommission eine Mehrheit verschaffen würde. Auch das Wahlbüro, das für die praktische Organisation von Wahlen verantwortlich ist, könnte dann mit PiS-Getreuen besetzt werden. Im Januar 2018 unterzeichnete Präsident Duda das entsprechende Gesetz zur Neuordnung der Wahlordnung. Ebenfalls im Januar trat die Novelle über den Landesjustizrat Kraft; das Gesetz über das Oberste Gericht gilt ab April 2018.

IN DER GRAUZONE

Werden all diese Reformen wie geplant umgesetzt, könnten sie Polen in einen Staat verwandeln, in dem mehrere in westlichen Demokratien institutionell verankerte Mechanismen auf den Kopf

gestellt sind: Die Justiz kontrolliert dann nicht mehr die Exekutive und die Legislative, sondern wird von diesen kontrolliert; der Justizminister kann dann über seinen Einfluss auf Staatsanwaltschaften, die bei Ermittlungsverfahren gegenüber der Polizei weisungsbefugt sind, und Gerichte die Unschuldsvermutung de facto außer Kraft setzen. Wahlen werden dann von einem von der PiS neu besetzten Verwaltungsapparat organisiert, dessen Kommissare auch Wahlkreisgrenzen verändern können. Über Wahlbeschwerden und die Gültigkeit von Wahlen entscheiden dann anschließend das Oberste Gericht und gegebenenfalls der Verfassungsgerichtshof, deren politische Unabhängigkeit nicht mehr gewährleistet ist.

Auch wenn Oppositionspolitikerinnen und -politiker behaupten, damit entstehe eine Situation, in der das Wahlergebnis von der Regierung fast beliebig bestimmt werden kann, wäre die Annahme falsch, Polen verwandele sich in eine Diktatur. Mit Russland unter Wladimir Putin, Belarus unter Alexander Lukaschenko, der Türkei unter Recep Tayyip Erdoğan und Ungarn unter Viktor Orbán gibt es bereits vergleichbare Regime in Europa, die sich in einer ähnlichen Grauzone befinden und als „Vorbilder“ dienen können.⁰⁴ In all diesen Ländern wurde die unabhängige Justiz durch eine dominante Exekutive entmachtet. Dies geschah meist durch Volksabstimmungen über Verfassungsänderungen. Polen ist da nur insofern ein Sonderfall, als die PiS sowohl innerhalb als auch außerhalb des Parlaments nie eine verfassungsändernde Mehrheit erreicht hat und deshalb die Verfassung durch ordentliche Gesetze brach, die anschließend von einem zur Loyalität gezwungenen Verfassungsgerichtshof abgesegnet wurden.

Der Vergleich mit Russland, Belarus, der Türkei und Ungarn zeigt, dass sich derartige politische Ordnungen wie in Belarus in Diktaturen verwandeln können, dies aber nicht zwangsläufig tun. Das liegt daran, dass ihre Regierungschefs ihre Legitimität ausschließlich aus Wahlen beziehen, im Gegensatz zu „klassischen“ Diktatoren und Monarchen, die sich auf Gottes Wil-

len, ihr Charisma oder darauf beriefen, per se die einzigen zu sein, die berechtigt und fähig seien, das Land zu regieren. Sie alle halten regelmäßig Wahlen ab.

Dem ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch und dem jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević wurde das zum Verhängnis: Sie verloren Wahlen, die sie zu ihrem Machterhalt selbst anberaumat hatten. Diktatoren wie Francisco Franco, António de Oliveira Salazar und das griechische Obristenregime verzichteten darauf, sich auf diese Weise Legitimität zu verschaffen. Damit die Legitimierung durch Wahlen funktioniert, braucht es aber auch eine Opposition, die sich daran beteiligen kann. Freilich ist es im Interesse der Machthaber, diese zu schwächen und daran zu hindern, Wahlen zu gewinnen; doch ist es nicht in ihrem Interesse, jegliche Opposition abzuschaffen.

Mit anderen Worten auf Polen übertragen: Die Reformen seit der Regierungsübernahme durch die PiS haben es zwar wesentlich weniger wahrscheinlich gemacht, dass die Partei bei künftigen Wahlen ihre Mehrheit verliert, unmöglich ist es aber nicht. In der Politikwissenschaft werden solche Systeme, in denen die *checks and balances* durch die Exekutive ausmanövriert wurden, deshalb auch als „hybrid“ bezeichnet, als eine Mischung aus Demokratie und Diktatur, oder auf Englisch als *competitive* oder *electoral authoritarianism*. Polen wird durch die Politik der PiS zwar immer mehr zu einem Obrigkeitsstaat ohne rechtsstaatliche Mechanismen, aber keineswegs zu einer Diktatur wie früher Spanien, Griechenland und Portugal.

⁰⁴ Natürlich sind die innenpolitischen Verhältnisse in diesen Ländern – abgesehen von der Vereinnahmung der Justiz durch die Exekutive – kaum miteinander vergleichbar. PiS-Parteichef Jarosław Kaczyński hat in der Vergangenheit häufig seine Bewunderung für die Politik Orbáns und Erdoğan (bis zum Putschversuch 2016) geäußert. Vergleiche mit Belarus und Russland weisen PiS-Vertreter dagegen empört von sich.

KLAUS BACHMANN

ist Professor für Sozialwissenschaften an der Universität für Sozial- und Geisteswissenschaften Warschau. Er beschäftigt sich mit Transitional Justice, EU-Integration und Internationalem Strafrecht.

„GUTER WANDEL“ ZUM „NEUEN AUTORITARISMUS“ – UND WIE WEITER?

Michał Sutowski

Zwei Jahre nach ihrer Wahl ist die Unterstützung der Polinnen und Polen für die Regierung der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) gleichbleibend hoch. Umfragen ergeben sogar regelmäßig, dass mittlerweile noch mehr Wählerinnen und Wähler für Jarosław Kaczyńskis politisches Lager stimmen würden als 2015 – und das, obwohl es inzwischen mehrere Protestwellen gegen die „Politik des guten Wandels“ gegeben hat, etwa die Märsche des Komitees für die Verteidigung der Demokratie (KOD) gegen den Verfassungsbruch, den „schwarzen Protest“ gegen die geplante Verschärfung der Abtreibungsgesetze oder die Demonstrationen gegen die Justizreform. Scharfe Kritik ist auch vonseiten einflussreicher liberaler Medien laut geworden, ebenso wie besorgte Stimmen aus der internationalen Gemeinschaft sowie aus verschiedenen EU-Institutionen zu vernehmen sind. Ist Polen derzeit also eine Demokratie der „schweigenden Mehrheit“ gegen „Straße und Ausland“? Triumphiert die Stimme des „einfachen Menschen“ über Ängste und Arroganz des Establishments?

Einer Umfrage des liberalen Nachrichtenmagazins „Polityka“ vom Dezember 2017 zufolge würden zwar zahlreiche Befragte die PiS wählen, die Zustimmung ist jedoch deutlich geringer, wenn es um das Programm und bestimmte Maßnahmen der Regierung geht. Das betrifft unter anderem Fragen wie die Unabhängigkeit der Justiz, die Gültigkeit der Verfassung, das Recht zum Schwangerschaftsabbruch, die Rolle der katholischen Kirche im öffentlichen Leben oder die Verteilung von Kompetenzen zwischen der Zentralgewalt und den regionalen Selbstverwaltungen, außerdem Polens Verhältnis zur EU. Die sozialpolitischen Maßnahmen hingegen finden eindeutige Zustimmung.⁰¹

Sind es also die großzügige Familienpolitik, die Senkung des Renteneintrittsalters oder die An-

hebung des Mindestlohns, die der PiS die hohen Zustimmungswerte sichern? So jedenfalls lautet häufig die Diagnose regierungskritischer liberaler Kommentatoren: Die Menschen in Polen hätten sich für „500 Złoty pro Kind“ (rund 120 Euro) kaufen lassen und ihre Freiheit gegen soziale Sicherheit eingetauscht. Interessanterweise sehen die Befürworter der Linken ganz ähnliche Gründe für die Unterstützung der PiS: Die Rechte habe die Stimmen der Ausgeschlossenen, der „Verlierer der Transformationszeit“, deren persönliches Erleben im neoliberal dominierten öffentlichen Diskurs kaum beachtet worden sei, für sich eingeheimst.

Doch derlei Diagnosen greifen bestenfalls zu kurz, wenn sie nicht gar verfehlt sind. Mittlerweile weisen Untersuchungen die Sache als weitaus komplizierter aus. Zu den eingehendsten Analysen zählt die Studie „Guter Wandel in Miastko. Neoautoritarismus in der polnischen Politik aus Sicht einer Kleinstadt“, die 2017 von einem Forschungsteam unter der Leitung des Soziologen Maciej Gdula erstellt wurde und deren Ergebnisse ich im Folgenden darlegen werde.⁰²

PARTEI FÜR ALLE?

Die Verfasser der Studie haben anhand von biografischen und qualitativen Interviews die Wählerschaft einer kleinen, aber prosperierenden Provinzstadt in Masowien untersucht, in der die PiS bei den Wahlen 2015 fast 50 Prozent der Stimmen erlangte. Die Forscher sprachen dafür mit Vertretern der „Mittelklasse“ (Personen, die im privaten oder öffentlichen Sektor geistige Arbeiten verrichten) und der „Volksklasse“ (Personen, die körperliche Arbeiten und einfache Dienstleistungen erbringen).⁰³ Beide Gruppen spielen eine wesentliche Rolle, ist doch die PiS nicht einfach eine Partei der ärmeren oder weniger gebildeten Menschen. So heißt es in der Studie: „Kaczyńskis Par-

tei hatte in der Tat bei den Landwirten und Arbeitern die meisten Unterstützer, 53,3 Prozent beziehungsweise 46,8 Prozent. Man muss jedoch bedenken, dass in diesen Gruppen die Wahlbeteiligung gewöhnlich geringer ist als in anderen Bevölkerungsgruppen (...). Ohne die Unterstützung der Mittelklasse, also der Beschäftigten in Verwaltung und Dienstleistung, hätte die PiS niemals ein so hohes Ergebnis erzielt. Hier war ihr Vorsprung zwar nicht so überwältigend, dennoch erzielte sie mit 34,5 Prozent die meisten Stimmen. Die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO, bis 2015 Regierungspartei, *Anm. d. Red.*) gewann nur bei einer der Gruppen, die in der Umfrage unterschieden werden: bei den Direktoren und leitenden Angestellten (...). Auch bei Firmenbesitzern lag die PiS mit einem Ergebnis von 29,1 Prozent ganz vorn, ebenso bei Wählern mit höherem Bildungsniveau – dort kam sie auf 30,4 Prozent.“⁰⁴

Wie vielfältig die Wählerschaft der PiS ist, beweisen demnach die Daten vom Wahltag selbst; die Untersuchung des Teams um Gdula zeigt jedoch, was die Wähler wirklich zu Kaczyńskis Partei hinzieht. Die verschiedenen Gesellschaftsgruppen scheinen die PiS aus unterschiedlichen Gründen zu unterstützen, und hinter ihrer politischen Identifikation stehen ebenso unterschiedliche, nicht zwangsläufig mit persönlicher Lebenserfahrung oder greifbaren materiellen Interessen zusammenhängende Argumente. Die Verfasser der Studie zeigen nämlich auf, dass die Unterstützung für die PiS wesentlich „aus der Befriedigung resultiert, Teil des politischen Dramas zu sein, das vom Parteiführer inszeniert wird“.⁰⁵ Der Regisseur jenes Dramas – Jarosław Kaczyński als unbestrittener Kopf des Regierungslagers – sieht sich und seine Anhänger dabei in verschiedenen Rollen: als „Opfer“ der Dritten Polnischen Republik, als stolze Mitglieder einer nach innen solidari-

schen nationalen Gemeinschaft sowie als Menschen, die nach Macht und Kontrolle streben. Die Rollen in diesem Schauspiel entsprechen den drei Grundpfeilern des politischen Programms der PiS, die den verschiedenen Wählergruppen eine Identifikation mit Kaczyńskis Projekt erlauben: *erstens* das Versprechen einer „Abrechnung mit den Eliten“, die mit dem kulturellen und politischen Establishment der Dritten Republik gleichgesetzt werden, *zweitens* die Perspektive einer Einbindung in eine nationale Gemeinschaft, die andere Ambitionen und eine andere Ästhetik als die der „Mittelklasse“ berücksichtigt, und *drittens* schließlich die Aussicht auf eine moralisch legitimierte Herrschaft über Schwächere.

Der Glaube, die neue Regierung werde mit den entfremdeten Eliten abrechnen, entspricht gewissermaßen dem Stereotyp des PiS-Wählers als Revanchisten, der sich für eingebildetes oder tatsächlich widerfahrenes Unrecht rächen will. Hier gilt es jedoch zu bedenken, dass sehr viele Polinnen und Polen – auch solche, die nicht die PiS gewählt haben – das bisherige Establishment äußerst negativ beurteilen und den Angriff auf die etablierten Eliten als Wiederherstellung der moralischen Ordnung und der Gerechtigkeit im Staat ansehen. Daher kommt es auch, dass ein Teil der Wählerschaft die Einhegung des Verfassungsgerichts und die Kontrolle der Gerichte durch die Exekutive befürwortet. Es ist jedoch wichtig, hierbei gewisse Unterschiede zu beachten: Während in der „Volksklasse“ die Wahrnehmung dominiert, die Eliten der Dritten Republik, insbesondere die ehemaligen Regierungsmitglieder, hätten nichts mit dem Durchschnittsbürger gemeinsam und ihre Versprechen nicht gehalten, so zielen die Vorwürfe aus der „Mittelklasse“ hauptsächlich auf die korrupten und unmoralischen Praktiken dieser Eliten.

Das zweite Element des politischen Programms der PiS ist die – auf ihre Art inklusive – Vision einer nationalen polnischen Gemeinschaft, die gerade den Angehörigen der „Volksklasse“ das Gefühl gibt, zur Gruppe der „normalen Menschen“ zu gehören. Man braucht kein Studium mehr abzuschließen, keinen Wohnungskredit mehr aufzunehmen und sich nicht mehr „den europäischen Werten“ verbunden zu erklären, um vollwertiges Mitglied des polnischen Gemeinwesens zu sein – genau so nämlich empfanden viele Polen die von der Vorgängerregierung vorgebrachte Definition ihres Volkes. Über alle Schichten hinweg sollen nun nationale Symbole, Glaube und Stolz auf die

⁰¹ Vgl. Mariusz Janicki, Jakiej Polski chcą Polacy, in: *Polityka*, 6. 12. 2017, S. 24.

⁰² Vgl. Maciej Gdula/Katarzyna Dębska/Kamil Trepka, *Dobra zmiana w Miastku. Neoautorytaryzm w polskiej polityce z perspektywy małego miasta*, Warszawa 2017. Die Studie wurde mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung realisiert und auf der Website von „Krytyka Polityczna“ veröffentlicht: <http://krytykapolityczna.pl/files/sites/4/2017/10/Dobra-zmiana-w-Miastku.pdf>.

⁰³ Angelehnt an die Klasseneinteilung des französischen Soziologen Pierre Bourdieu, der drei soziale Klassen unterschied: „herrschende Klasse“, „Mittelklasse“ (Kleinbürgertum) und „Volksklasse“ (Beherrschte) (*Anm. d. Red.*).

⁰⁴ Gdula/Dębska/Trepka (*Anm. 2*), S. 30.

⁰⁵ Ebd., S. 38.

eigene Geschichte die Menschen in Polen verbinden – und sie zugleich von „den Eliten“, „der Pathologie“ und „den Fremden“ abgrenzen. In der Erzählung der PiS und ihrer Wähler ist „das Volk“ eine Solidargemeinschaft, in der Eltern, die die Last der Kindererziehung tragen, besonders zu unterstützen sind. Daher rührt auch die überwältigende Unterstützung für das viel diskutierte Programm „Rodzina 500+“ („Familie 500+“), einer Entsprechung des deutschen Kindergeldes. Nach Ansicht der „Mittelklasse“ ist dieses Programm „zivilisatorischer Standard“ – für die „Volksklasse“ dagegen ist es Ausdruck sozialer Gerechtigkeit.

In dieser Erzählung von einer exklusiven, auf die nationale Gemeinschaft beschränkten Solidarität gehören die früheren Eliten nicht mehr dazu; sie seien entfremdet und hätten häufig fremden Interessen gedient. Gleiches gilt für die sogenannte Pathologie der Gesellschaft – Menschen, die sich nicht an soziale Normen halten, wie etwa Straftäter oder Familien mit Alkoholproblemen – sowie für alle Fremden, zum Beispiel Flüchtlinge.

Mit dem Thema „Flüchtlinge“, das 2015 ein wichtiges Wahlkampfthema war, sind wir beim dritten Element des politischen Programms der PiS angelangt: Es geht um ein Machtgefühl, das in den Wählern hervorgerufen wird und sich gegen schwächere Gruppen richtet, die zugleich als moralisch minderwertig betrachtet werden. Hinsichtlich der Aufnahme von Flüchtlingen herrscht beim Großteil der polnischen Gesellschaft Skepsis vor. Von Angehörigen der „Volksklasse“ werden diesbezüglich vor allem „praktische“ Argumente angeführt – etwa die Kosten für die Hilfsleistungen und befürchtete Gefahren, zum Beispiel durch Terrorismus. Gleichzeitig wird die schwierige Situation der Kriegsflüchtlinge anerkannt, denen aber besser „vor Ort“ Hilfe zu leisten sei. Die von Gdula und seinem Team befragten PiS-Anhänger aus der „Mittelklasse“ hingegen nehmen Flüchtlinge häufig als „faule Wirtschaftsmigranten“ wahr. Auch empfinden sie vielfach Verachtung gegenüber den Männern aus Nahost und werfen ihnen vor, ihre Familien aus Feigheit in Not zurückgelassen zu haben, statt sie aktiv im bewaffneten Kampf im eigenen Land zu verteidigen. Auf diese Art werden Flüchtlinge nicht nur aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen, sondern auch als moralisch minderwertige Gruppe markiert, womit sie der „Pathologie der Gesellschaft“ sowie den „vom Futtertrog verdrängten“ Eliten des Ancien Régime der Dritten Republik zugeordnet werden.

PERSPEKTIVEN

Wie soll das Projekt bezeichnet werden, das sich aus Kaczyńskis Drama herauskristallisiert? Gdula nennt es „neuen Autoritarismus“ – neu, weil es sich, anders als traditionelle Diktaturen, auf die demokratische Praxis, also den Wahlwettbewerb, und auf eine demokratische Imagination beruft: Die Stimme des Volkes als Souverän verleiht der Regierung das Mandat, uneingeschränkt über die Verfassung zu herrschen. „Gerechtigkeit“ als Ausdruck des Volkswillens steht somit über dem Recht. Zugleich, und deshalb handelt es sich eben um Autoritarismus, liegt die Essenz dieses Projekts in einer strikt auf die eigene nationale Gemeinschaft verengte Solidarität und in der Dominanz gegenüber Schwächeren, Minderheiten und Fremden.

Gibt es eine Partei, die es bei den nächsten Wahlen mit der PiS aufnehmen könnte? Die Erfahrungen der vergangenen zwei Jahre – die Form der gelungenen Proteste und die Umfrageergebnisse – zeigen, dass die Polen keine Restaurierung der früheren Dritten Republik wollen, da die mit ihr verbundenen Parteien die Hegemonie der PiS nicht bedrohen können. Ebenso wenig Perspektive bietet die Vision einer „soften Version“ der PiS, also einer konservativen und wirtschaftlich „pragmatischen“ Partei, die der europäischen Politik weniger konfrontativ gegenübersteht – wird diese Rolle doch von mancher Fraktion innerhalb der PiS selbst gespielt, manchmal auch von Präsident Andrzej Duda. Eine systembezogene Kritik an der PiS („Verteidigung der Demokratie“) vonseiten der alten meinungsbildenden Milieus überzeugt neue Wählergruppen nicht. Und schließlich ist eine gelungene Mobilisierung der Gesellschaft auf der Straße kein Ersatz dafür, dass eine Alternative in Form einer Partei oder einer Wahlbewegung geschaffen werden müsste.

Kaczyńskis Partei hat auch eher gemäßigte Wähler angezogen, da sie sich weniger an „Transformationsverlierer“ oder Ausgeschlossene wandte, als dass sie auf die generell gestiegenen Ambitionen der Bevölkerung reagierte. Das Jahrzehnt nach Polens EU-Beitritt war eine Zeit der Modernisierung, in deren Zuge der allgemeine Lebensstandard, aber auch die Erwartungen und Hoffnungen wuchsen. Entsprechend begannen die Menschen in Polen, mehr Leistungen von ihrem Staat zu erwarten, der mit dieser Entwicklung allerdings nicht Schritt halten konnte. Genau daran knüpft Kaczyńskis polnisches „Yes, we can!“ an.

Der Staat soll wirkende Kraft beweisen und seinen Bürgern nicht immer nur erklären, warum etwas nicht geht, was Polen sich nicht leisten und aus welchen Gründen die Regierung ihre Versprechen nicht halten kann. Radikaler Ausdruck davon ist der Glaube an ein uneingeschränktes Mandat der parlamentarischen Mehrheit, das durch keinerlei Verfassungsnorm begrenzt sein sollte. Diesen Glauben allerdings teilen die wenigsten Polen.

Die Untersuchung von Gdula und seinem Team enthält kein Rezept für eine Veränderung der politischen Situation. Der Autor stellt sich der Herausforderung aber in seinem jüngst erschienenen Buch „Der neue Autoritarismus“.⁰⁶ Als notwendige Bedingung für eine neue Öffnung in der Politik nennt er, dass die Opposition einen Kandidaten aufstellt, der fähig ist, den Polen ein alternatives „politisches Drama“ zu dem von Kaczyński anzubieten. Dieses müsse sich auf eine neue Vision vom „guten Leben“ beziehen, eine andere Antwort auf die wachsenden Ambitionen der Polen bieten, um auch diejenigen Wähler zu mobilisieren, die der gesamten poli-

tischen Klasse ablehnend gegenüberstehen. Weiter nennt Gdula mehrere thematische Felder, auf denen sich das politische Gefecht um die Zukunft Polens abspielen wird: den Platz der Polen im zukünftigen Europa, den Wert von Pluralismus in der Gemeinschaft, die Grenzen der Solidarität (auch im Kontext der Flüchtlingspolitik) sowie schließlich die Frage der Frauenrechte und die Frage nach einer Gesellschaftsethik, in der sich Gleichberechtigung mit sozialer Sicherheit verbindet. Die thematische Auswahl legt es zwar nahe, doch eine politische Alternative zur PiS muss nicht zwangsläufig linksorientiert sein. Die Diagnose liegt auf der Straße, die Rezepte kristallisieren sich heraus. Die Therapie jedoch ist nicht Sache der Soziologen, sondern der politischen Entscheidungsträger.

Übersetzung aus dem Polnischen: Lisa Palmes, Berlin.

MICHAŁ SUTOWSKI

ist Politikwissenschaftler und Publizist sowie Autor und Redakteur der Zeitschrift „Krytyka Polityczna“ in Warschau.

michal.sutowski@krytykapolityczna.pl

⁰⁶ Vgl. Maciej Gdula, *Nowy Autorytaryzm*, Warszawa 2018.

Politisch, aktuell und digital

APuZ – auch im ePub-Format
für Ihren E-Reader. Kostenfrei auf
www.bpb.de/apuz



ESSAY

ANACHRONISTISCHE WAHRNEHMUNGEN

Zur Rolle der Erinnerung in der polnischen Politik

Marta Bucholc

Nach dem Jahr 2015, als die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) sowohl bei den Präsidentschaftswahlen als auch bei den Parlamentswahlen siegte und damit die Regierungszeit der Liberalen von der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO) beendete, hat die polnische Erinnerungspolitik an Fahrt aufgenommen. Die Ansichten der Politikerinnen und Politiker über die Vergangenheit – die weiter zurückliegende und die neueste – sind mitentscheidend dafür, was ihrer Meinung nach in der Gegenwart verändert werden muss und wie die Zukunft gestaltet werden sollte.

Es gibt keine Politik, die sich nicht auf eine Vision der Vergangenheit stützen würde: Die revolutionärsten Konstruktionen einer schönen neuen Welt können nicht ohne heuristische Staffage aus Erinnerungen auskommen. Wenn es jedoch so weit kommt, dass fast das gesamte Regierungsprogramm den Eindruck macht, als würde die Vergangenheit in die Gegenwart projiziert, ohne die verstrichene Zeit zu berücksichtigen, so kann man zu Recht befürchten, dass das Gleichgewicht der zeitlichen Dimensionen im politischen Handeln auf riskante Weise zerrüttet wird.

Stellen wir uns einen Menschen vor, der durch die Straßen einer Stadt geht und eine Brille trägt, die ihm seine Umgebung so zeigt, wie sie vor hundert oder vielleicht auch nur vor fünfzig Jahren aussah. Dieser anachronistische Blick müsste nicht zwangsläufig sofort in eine Katastrophe münden, obschon kaum vorstellbar ist, für wieviel Verwirrung ein solches Opfer des anachronistischen Erkennens sorgen würde. Dieses Opfer würde jedoch früher oder später unweigerlich über eine rote Ampel auf die Fahrbahn laufen, um in der Überzeugung zu sterben, dass es unter eine Pferdekutsche geraten ist.

Die PiS ist bestrebt, die polnische Gesellschaft einem Experiment auf dem Gebiet des anachronistischen Sehens zu unterziehen. Seit 2015 hat die polnische Regierung in einer komplizierten globalen und europäischen Lage Maßnahmen eingeleitet, die offensichtlich nicht zur heutigen Realität passen. Somit stellt sich die Frage, aufgrund welcher Sicht der Vergangenheit und welchen Verständnisses von kollektiver Erinnerung sich diese unbegreiflichen Manöver erklären lassen.

RENAISSANCE DER ERINNERUNG UND DER HERRSCHAFT DES RECHTS

Ostmitteleuropa ist eine jener Regionen, in denen der vor einigen Jahrzehnten eingesetzte Erinnerungsboom weiterhin anhält,⁰¹ zumal die Systemtransformation und die europäische Integration eine Renaissance der Erinnerung unterstützt haben – sowohl in öffentlichen Debatten als auch in wissenschaftlichen Forschungen. Die europäische Geschichte wird zwar weiterhin aus der Perspektive des Westens geschrieben, und das wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Nachdenken über Erinnerung orientiert sich vor allem an Vorbildern aus dem deutsch-französischen Kontext.⁰² Doch nach 1989 haben die postkommunistischen Gesellschaften des östlichen Europas begonnen, über die europäische Vergangenheit mitzudiskutieren und ihre Stimmen in den Debatten um Erinnerung und Vergessen zu erheben.⁰³

Die seit 2015 in Polen zu beobachtende Intensivierung verschiedener Erinnerungspraktiken kann als ein weiteres, vielleicht sogar spektakuläres Beispiel für die allgemeine Renaissance der Erinnerung gesehen werden. Von neuer Qualität ist allerdings die Anzahl der Fälle, die die Sozio-

logen Joachim Savelsberg und Ryan D. King als „angewandtes Gedenken“ (*applied commemorations*) bezeichnet haben, also als „implizites oder explizites Gedenken im Kontext von Entscheidungssituationen wie Parlamentssitzungen oder Gerichtsverfahren“.⁰⁴

Dieser Charakter der PiS-Erinnerungspolitik ist im gesamten Verlauf der seit 2015 anhaltenden Verfassungskrise deutlich zum Ausdruck gekommen. Der breit kommentierte Konflikt zwischen Regierung und Präsident auf der einen und dem Verfassungsgerichtshof auf der anderen Seite⁰⁵ und dann die Verwendung des Begriffs „Justizreform“ für Maßnahmen, die darauf abzielen, Kontrolle über das Gerichtswesen zu erlangen, sind eindeutig auch Teile einer Geschichtspolitik: Die Regierenden präsentieren ihr Vorgehen als Kampf gegen Relikte der Vergangenheit im Bemühen um historische Gerechtigkeit. Es ließen sich noch weitere Beispiele für die Indienstnahme des Rechts zugunsten einer bestimmten Erinnerung finden, so wie es auch zahlreiche Beispiele dafür gibt, dass öffentliche Mittel und der Staatsapparat eingesetzt werden, um immerfort neue kollektive Gedenkanlässe zu organisieren.

Für die PiS hatte die Erinnerungspolitik von Beginn an Priorität. Dabei ist unklar, wie es ihr gelingen konnte, auf diesem Gebiet so erfolgreich zu sein.⁰⁶ Eine These lautet, dass die kollektive Erinnerung in Polen unter den Regierungen von

Liberalen und postkommunistischen Sozialdemokraten ein brachliegendes Niemandsland gewesen sei,⁰⁷ das von den Nationalkonservativen in Besitz genommen werden konnte, da nur sie ein politisches Konzept hierfür hatten.⁰⁸ Demnach sei die polnische Erinnerung zunächst im Dienste des real existierenden Sozialismus und dann der Modernisierung erloschen und erst unter der PiS-Regierung wiederentstanden, die sie als einzige habe an sich ziehen wollen – mit dem Resultat, dass ihre Geschichtsinterpretation nun aufgezwungen wird.

Diese These ist nur zum Teil überzeugend. Zweifellos richtig ist jedoch, dass die PiS im Gegensatz zur inkonsequenten und undeutlichen Erinnerungspolitik der Vorgängerregierungen eine Vision entworfen hat, die gut geeignet ist, öffentlichkeitswirksam kommuniziert zu werden. Die geschichtspolitische Botschaft der PiS ist – auch für Rezipienten, die nicht mit ihr übereinstimmen – klar umrissen, sie ist konsequent und einfach.

Der enge Zusammenhang dieser Botschaft mit den verfassungspolitischen Aktivitäten der PiS wird allerdings selten erkannt. Das positive Recht ist ein historisches und paradoxes Gebilde. Die positivistische Fiktion, dass man keine außerhalb des Rechts stehenden Argumente verwenden dürfe, um über geltendes Recht zu entscheiden, hat – dem Soziologen Niklas Luhmann zufolge – zur Geburt des modernen Konstitutionalismus geführt, in dem die politische Genese des Rechts keinerlei Bedeutung für seine Gültigkeit besitzt.⁰⁹ Die Fiktion bleibt aber eine Fiktion, die unter bestimmten Bedingungen eine geringere Überzeugungskraft hat.

Polen kann sich keines Rechtsdenkmals rühmen, das eine Tradition besitzt, die mit dem deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch oder dem Grundgesetz vergleichbar wäre. Die polnische Verfassung von 1997, die den demokratischen Rechtsstaat als prinzipielles Staatssystem festlegte, ist vergleichsweise jung, auch wenn ihr Alter kaum von den neuen, postkommunistischen Verfassungen in anderen Ländern des ehemaligen

01 Vgl. Georges Mink, *La Pologne au cœur de l'Europe. De 1914 à aujourd'hui, histoire politique et conflits de mémoire*, Paris 2015; Malgorzata Pakier/Joanna Wawrzyniak (Hrsg.), *Memory and Change in Europe. Eastern Perspectives*, New York–Oxford 2015.

02 Vgl. Maria Mäklsoo, *The Memory Politics of Becoming European: The East European Subalterns and the Collective Memory of Europe*, in: *European Journal of International Relations* 4/2009, S. 653–680, hier S. 653; Jeffrey Olick, *Foreword*, in: Pakier/Wawrzyniak (Anm. 1), S. ix–xii, hier S. x.

03 Vgl. zum Beispiel die monumentale fünfbändige Veröffentlichung *Deutsch-Polnische Erinnerungsorte*, hrsg. von Hans Henning Hahn, Robert Traba und Peter Oliver Loew, die zwischen 2012 und 2015 im Verlag Ferdinand Schöningh erschienen ist.

04 Joachim Savelsberg/Ryan D. King, *Law and Collective Memory*, in: *Annual Review of Law in Social Sciences* 3/2007, S. 189–211, hier S. 191.

05 Vgl. Marta Bucholc/Maciej Komornik, *Die PiS und das Recht. Verfassungskrise und polnische Rechtskultur*, in: *Osteuropa* 1–2/2016, S. 79–93. Siehe hierzu auch den Beitrag von Klaus Bachmann in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

06 Vgl. Katrin Stoll/Sabine Stach/Magdalena Saryusz-Wolska, *Verordnete Geschichte? Zur Dominanz nationalistischer Narrative in Polen*, Eine Einführung, 1.7.2016, www.zeitgeschichte-online.de/thema/verordnete-geschichte-zur-dominanz-nationalistischer-narrative-polen.

07 Vgl. Michael H. Bernhard/Jan Kubik (Hrsg.), *Twenty Years After Communism: The Politics of Memory and Commemoration*, Oxford 2014.

08 Vgl. Michał Łuczewski, *Kontrrewolucyjne pojęcie „Polityka historyczna” w Polsce*, in: *Stan Rzeczy* 10/2017, S. 221–257.

09 Vgl. Niklas Luhmann, *Verfassung als evolutionäre Errungenschaft*, in: *Rechtshistorisches Journal* 9/1990, S. 177–220.

Ostblocks abweicht (mit Ausnahme Ungarns mit seiner Verfassung von 2011). Sie ist daher nicht von Altherwürdigkeit geschützt; ihre Entstehung spricht nicht für, sondern eher gegen sie. Sitten und Bräuche, die ihre Autorität sichern könnten, sind zwangsläufig erst später als sie selbst entstanden. Es handelt sich somit um eine Verfassung, die in der kollektiven Erinnerung der polnischen Gesellschaft nur kläglich präsent ist und keinerlei kohärente Vision einer nationalen Identität vermittelt.¹⁰

Die Genese der polnischen Verfassung in Verbindung mit ihrer kurzen Geschichte ist somit eine Schwäche, die leicht auszunutzen ist, indem man eine Vision der polnischen Geschichte bietet, die diese Verfassung delegitimiert. Dies bedeutet zugleich eine Delegitimierung der verfassungsmäßigen Grundlagen des Staatssystems, ganz zuoberst des Rechtsstaates. Die PiS, die auf politischer Ebene eine Systemveränderung anstrebt, kann also nicht nur über die Verfassung, sondern muss auch über die Vergangenheit sprechen, und zwar in einer Weise, dass die Verfassung zu einem Teil der abgelehnten und zu revidierenden Vergangenheit wird. Die Partei benötigt die Erinnerung als einen Motor, also beschleunigte sie die Produktion von Erinnerung in ungewöhnlichen Ausmaßen, wobei sie ein Repertoire an Mitteln verwendet, in dem Bricolage, Stilisierung und Retusche die wichtigsten Rollen spielen.

BRICOLAGE, STILISIERUNG, RETUSCHE

Der Begriff „Bricolage“ (französisch für „Bastellei“) ist von dem französischen Anthropologen Claude Lévi-Strauss zur Bezeichnung einer kognitiven Strategie eingeführt worden, die darauf beruht, vorübergehend etwas zu verwenden, das man gerade zur Hand hat, um ein Problem auf eine Weise zu lösen, die inkohärent ist, also nicht aus einer geschlossenen Sammlung allgemeiner und fester Grundsätze und Annahmen herrührt. Bricolage bewährt sich, wenn man sich nicht von vornherein zu Grundsätzen verpflichten will und

Effektivität über Vorhersehbarkeit stellt. Der Bricoleur ist definitionsgemäß ein Amateur-Opportunist: Er verbindet Dinge miteinander, die bislang keine Beziehung zueinander hatten, weil ihm dies zupass kommt, und der alle Beschränkungen vermeidet, indem er stets ad hoc agiert.

Die PiS verwendet die Bricolage auf dem Gebiet der Erinnerung, indem sie aus dem Fundus der verfügbaren Inhalte diejenigen Elemente auswählt, die sich relativ leicht in neue Kontexte einfügen lassen. Ein gutes Beispiel ist die von ihr vorangetriebene Arbeit an der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg. Der weithin kommentierte Fall der Kriegsreparationen, die die polnische Regierung 2017 von Deutschland einforderte, ist nur ein Beispiel für die Aktualisierung von Erinnerungen und Emotionen, was schon vorher als „Wecken der Dämonen der Vergangenheit“ bezeichnet wurde.¹¹ Diese Metapher trifft ihrem Wesen nach zu, ist aber zu pathetisch, um den Surrealismus der PiS-Ideen in Gänze widerzuspiegeln.

Die Reparationsfrage ist jedoch nicht das einzige Beispiel für die Sicht der PiS auf den Zweiten Weltkrieg. Die Umdeutung des Warschauer Aufstands von 1944 und auch die Erneuerung der Erinnerung an die „verstoßenen Soldaten“ – also an jene polnischen Partisanen, die nach Kriegsende die Waffen nicht niederlegten und sich gegen die kommunistische Macht erhoben, weshalb sie in der Volksrepublik aus der offiziellen Geschichtsschreibung getilgt wurden¹² – sind weitere Beispiele dafür, dass man sich aus diesem unerschöpflichen Reservoir bedient.

Bricolage erfordert, dass die zusammengeführten Elemente zu einer Neuinterpretation der Vergangenheit führen, was auch „Rahmung“ oder auf Englisch *framing* genannt wird. Um die Erinnerung neu zu rahmen, greift die PiS häufig zum Mittel der Stilisierung. Ein gutes Beispiel dafür war das Bestreben, dem Andenken an die Opfer der Flugzeugkatastrophe von Smolensk, bei der im April 2010 neben dem damaligen Präsidenten Lech Kaczyński weitere 95 Menschen ums Leben kamen, den Charakter eines Erinnerungssappells zu verleihen, also eines regelmäßig stattfindenden

¹⁰ Vgl. Elżbieta Hałas, *Constructing the Identity of a Nation-State. Symbolic Conflict over the Preamble to the Constitution of the Third Republic of Poland*, in: *Polish Sociological Review* 1/2005, S. 49–67; Daniel Witte/Marta Bucholc, *Verfassungssoziologie als Rechtskulturvergleich. Zur Theorie und Empirie der Analyse von Verfassungskulturen am Beispiel der USA und Polens*, in: *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 2/2017, S. 266–312.

¹¹ Karolina Wigura, *Dämonologie. Polen vor vier verlorenen Jahren*, in: *Osteuropa* 1–2/2016, S. 109–118.

¹² Vgl. Maria Kobielska, *Die „Verstoßenen Soldaten“*. Embleme eines Erinnerungsbooms, 19.7.2016, www.zeitgeschichte-online.de/thema/die-verstossenen-soldaten.

den, feierlichen militärischen Ritus zu Ehren der Verstorbenen.¹³ Die Ritualisierung und die Sakralisierung, die von der PiS betrieben werden, dienen in solchen Fällen der Stilisierung: Von den religiösen Riten gewinnen sie ihren Ernst; außerdem übertragen sie die Dinge, die religiös stilisiert werden, in die Domäne des Sacrum, der weder durch kritische Haltung noch durch rationales Verstehen erreichbar ist.

Ein wichtiger Aspekt der Stilisierung ist die von der PiS verwendete Sprache. Natürlich ist diese in der öffentlichen Wahrnehmung davon geprägt, wie der Vorsitzende der PiS, Jarosław Kaczyński – der Zwillingbruder des 2010 verunglückten Lech Kaczyński –, kommuniziert und sich ausdrückt. Seine Gabe, Dinge so zu formulieren, dass sie von den Zuhörerinnen und Zuhörern erinnert werden, ist tatsächlich unerreicht. Kaczyński mischt hohe Sprachregister – etwa das für die rechten Parteien emblematische Wort „Schande“ oder das poetische Zitat des Dichters Kornel Ujejski „andere Satane waren dort am Werk“ – mit kräftigen Ausdrücken wie den berühmt gewordenen „verräterischen Fratzen“, als die er im Juli 2017 Abgeordnete der Opposition bezeichnete.¹⁴ Diese sehr eindeutige Sprache geht einher mit Vernebelungen, mit der Überstrapazierung bedeutungsmäßig unbestimmter Ausdrücke wie „gewisse“, „einige“, „irgendwelche“, sowie mit einem übermäßigen Gebrauch von Anspielungen und Unterstellungen – mit einem Kommunikationsstil also, an den sich viele Polinnen und Polen noch aus der Zeit vor 1989 erinnern. Diese sprachliche Bricolage korrespondiert auf natürliche Weise mit dem Eklektizismus der PiS-Ideologie, deren zahlreiche Ursprünge, vor allem diejenigen in der antiliberalen katholischen Soziallehre und in der soziologisierenden Rechtsphilosophie, wissenschaftlich bislang nicht untersucht worden sind.

Die Retusche, das letzte der hier erörterten von der PiS verwendeten Mittel, betrifft zwar nicht nur historische Ereignisse und Personen, in diesem Fall aber lässt sich am besten beobachten, worauf sie beruht. Ihre einfachste Form ist

es, Personen aufzuwerten, indem ihnen Bedeutung beigemessen wird – am besten so, dass dies als Kompensation für die Jahre des Vergessens aufgefasst werden kann. Die Akzentverlagerung und Retusche einzelner Personen wirkt manchmal fast operettenhaft. Ein gutes Beispiel dafür ist die Verehrung des Rittmeisters Witold Pilecki, der freiwillig ins Konzentrationslager Auschwitz gegangen war und dort die Widerstandsbewegung organisierte; 1948 wurde er von den kommunistischen Behörden in einem Schauprozess zum Tode verurteilt. Pilecki ist eine derjenigen historischen Persönlichkeiten, die von der PiS besonders intensiv propagiert werden. Der Nachstellung von Pileckis Hochzeit 2016 verlieh die Regierung den Charakter eines Ereignisses von nahezu staatlichem Gewicht, wobei die Unterschiede zwischen Simulacrum und Original verwischt wurden.

Unheilvoller ist das Retuschieren des Gedankens dann, wenn es Gruppen und Gemeinschaften betrifft. Dies lässt sich am Beispiel eines kleinen Museums verdeutlichen, in dem an das Schicksal der Familie Ulma aus dem Dorf Markowa erinnert wird. Diese wurde 1944 von Deutschen ermordet, weil sie die jüdische Familie Goldman versteckt hatte.¹⁵ Das Museum steht inzwischen in einer Reihe mit zahlreichen anderen historischen Museen, um die heute in Polen verbissen gekämpft wird (zuoberst um das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig). Die Erinnerung an die Tragödie in Markowa verwendeten regierungsfreundliche Medien dazu, ein Theorem zu unterstützen, das sich wie folgt zusammenfassen lässt: Da Polen Juden gerettet haben, kann es nicht sein, dass Polen Juden ermordet oder an die Deutschen ausgeliefert haben. Das damalige Polen der Kriegszeit ist – wie es in aktuellen Medien, Filmproduktionen sowie vielgelesenen historischen und biografischen Büchern dargestellt wird – tatsächlich eine „Republik der Gerechten“.¹⁶

Ethnischer Essenzialismus und Holismus kehren hier als Begründung für die moralische Hö-

¹³ Ich danke Mateusz Mazzini für den Hinweis darauf.

¹⁴ Kaczyński tat dies in einer, wie er es nannte, „außerhalb der Geschäftsordnung“ gehaltenen Rede im Parlament, als er seinen politischen Gegnern vorwarf, seinen Zwillingbruder auf dem Gewissen zu haben.

¹⁵ Vgl. Florian Peters, Lokales Holocaust-Museum oder nationalistische Geschichtsfälschung? Das Museum für die Familie Ulma im südostpolnischen Markowa, 22.3.2017, www.zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/lokales-holocaust-museum-oder-nationalistische-geschichtsfaelschung.

¹⁶ Piotr Forecki, Die Republik der Gerechten. Filme über Polen, die Juden retteten, 19.7.2016, www.zeitgeschichte-online.de/thema/die-republik-der-gerechten.

herwertigkeit der Polen als Nation wieder – aus einer Gruppe wird eine große Einheit geschaffen, die sich schließlich nicht anders verhalten kann, als es ihrer heldenhaften Natur entspricht. Diese Denkweise „beschränkt sich nicht mehr auf die ‚Opferrivalität‘ zwischen Polen und Juden“:¹⁷ Ähnlich essenzialistisch werden auch andere Gruppen gesehen.

Dies betrifft etwa die Ukrainer im Zusammenhang mit dem Umgang mit dem Gedenken an das „Massaker von Wolhynien“ 1943/44. Bei diesem verloren Tausende Polen, die in den Ostgebieten Vorkriegspolens lebten, durch die Hände von Ukrainern ihr Leben. Heute ist es einer der Teile der kollektiven polnischen Erinnerung, der intensiv retuschiert wird. Eine Retusche erfährt etwa der politische Hintergrund dieser Ereignisse, unter anderem die ethnischen Beziehungen innerhalb Polens zwischen den Kriegen.

Die Opferrivalität beschreibt immer weitere Kreise, wobei nicht vergessen werden darf, dass das Ethos des unschuldigen Opfers auch in dem Diskurs über die Reparationen bereits eine Rolle gespielt hat: Die Ansprüche eines Opfers, das nicht ganz unschuldig ist, wären natürlich viel geringer. Deshalb steht die PiS (und andere Kreise darüber hinaus) wissenschaftlichen Arbeiten und publizistischen Texten, aus denen ein differenzierteres Bild der Vergangenheit hervorgeht, sehr ablehnend gegenüber. Aus ihrer Sicht darf die Erinnerung an nationales Heldentum nicht befleckt werden, indem Ereignisse hervorgekramt werden wie die von Jan Tomasz Gross beschriebenen Judenmorde oder die von Andrzej Leder analysierte Aneignung von jüdischem Besitz und jüdischem Lebensraum.¹⁸ Auch eine Anfang 2018 verabschiedete Gesetzesnovelle, durch die die Behauptung einer polnischen Beteiligung am von Deutschland organisierten Holocaust unter Strafe gestellt wird, weist deutlich in diese Richtung.

Für eine deutsche Leserschaft dürfte noch wichtig zu wissen sein, dass die polnische Gesellschaft – wenn man eine solche Verallgemeinerung riskieren möchte – das Bewusstsein eigener Schuld viel schwerer erträgt als die deutsche und eine sol-

che Schuld am liebsten von vornherein abstreitet. Die Handvoll Intellektueller und Gelehrter, deren Forschungen zur polnischen Schuld breitere Schichten der Bevölkerung erreicht haben, wird als Verräter, Lügner und Heuchler verleumdet, im besten Fall als Exhibitionisten und Speichel-lecker, die dem Westen gefallen wollen. „Die Verleumdung Polens im Ausland“, wie PiS-Politiker es bezeichnen, wird als eine sträfliche Verletzung der familiär-staatlichen Intimität gesehen, da das Ausland in Angelegenheiten der polnischen Vergangenheit kein Stimmrecht haben dürfe.

Diese Denkweise und ihre Konsequenz traten Anfang Dezember 2017 auch in den Worten des Präsidenten Andrzej Duda deutlich zutage, als er im Parlament sagte: „Wir brauchen (...) einen gesunden Geist, der uns als Gemeinschaft vereint, der bewirkt, dass wir tatsächlich als eine Nation überdauern wollen. Dieser Geist, das sind unsere Tradition, unsere Geschichte, unsere Sprache und unsere Kultur, die wir als gemeinsame und wichtigste Werte betrachten.“ Und er erläuterte, was die Gefahren für den gesunden Geist der Nation sein könnten: „Der Geist der Nation kann leicht mit einer falschen Ideologie vergiftet werden. Kommunismus, Nazismus, Kosmopolitismus oder nihilistische Negierung des christlichen Wertesystems zerstören die uns verbindenden, sensiblen kulturellen Bande. Eine Vernebelung, eine Verfälschung von Begriffen bringt Chaos in unseren kulturellen Code. Sie erschwert unsere interne Kommunikation. Ideologien bringen Feindschaft zwischen Gemeinschaften mit sich, sie verursachen den Zerfall von Gemeinschaften. Sie wollen sich an die Spitze der Wertehierarchie stellen und schieben die natürlichen, seit ewigen Zeiten bestehenden Bestrebungen und Sehnsüchte des Menschen in den Hintergrund. Damit wir als reife Gemeinschaft überleben, die einen eigenen, unabhängigen Staat verdient, müssen wir das verstehen – und entschlossen dagegen handeln.“¹⁹

Dieses Zitat ist ein hervorragendes Beispiel für eine begriffliche Bricolage: Der Präsident verbindet hier sozialwissenschaftliche Ausdrücke mit der Vision einer unveränderlichen menschlichen Natur und einer politischen Philosophie, indem

¹⁷ Karol Franczak/Magdalena Nowicka, *Des Kaisers neue Kleider. Eine Analyse des aktuellen rechtskonservativen Geschichtsdis-kurses in Polen*, 19.7.2016, www.zeitgeschichte-online.de/thema/des-kaisers-neue-kleider.

¹⁸ Vgl. Jan Tomasz Gross, *Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne*, München 2001; Andrzej Leder, *Prześlona rewolucja*, Warszawa 2014.

¹⁹ Die gesamte Rede ist auf der Website des Staatspräsidenten dokumentiert: www.prezydent.pl/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta-rp/wystapienia/art.331,oredzie-prezydenta-rp-przed-zgromadzeniem-narodowym.html.

er den Staat mit einer von inneren Konflikten freien Wertegemeinschaft gleichsetzt. Zugleich wird der Kosmopolitismus als Bedrohung für diese Gemeinschaft, aber auch für die Erinnerung an die Geschichte, für die Nation und den Staat dargestellt, weshalb man ihn offenbar getrost mit Nazismus und Kommunismus gleichsetzen kann.

NEUE ERINNERUNG FÜR POLEN

Neben Bricolage, Stilisierung und Retusche werden auch altbewährte Propagandamittel eingesetzt, etwa die ständige Wiederholung und Weitergabe derselben Mitteilung über verschiedene Kanäle. Das Ergebnis ist eine Erinnerung, die einige Merkwürdigkeiten aufweist.

Zunächst ist festzuhalten, dass es sich nicht um die Erinnerung einer bestimmten Gruppe handelt, da es keine Gruppe gibt – oder zumindest bis vor Kurzem nicht gegeben hat –, die sich so an die Vergangenheit erinnert, wie die PiS sie zeichnet. Es ist nichts Neues, dass Traditionen Erfindungen sind, die Menschen, die von deren Ewigkeit überzeugt sind, eifrig ihrer kollektiven Identität einverleiben.²⁰ In Polen haben wir es aber nicht mit einer Erfindung von Traditionen in dem Sinne zu tun, dass sich eine bestimmte Gruppe den gesamten Bereich der kollektiven Erinnerung angeeignet hätte. In medialen Diskussionen ist oft von der bildungsbürgerlichen Warschauer Herkunft Jarosław Kaczyńskis zu hören, die als Ursprung der PiS-Vision von der Geschichte anzusehen sei. Selbst wenn aber Kaczyński die Vergangenheit so sieht, so sieht nur er sie so und niemand sonst. Alle anderen benötigen hierfür die Brille des Anachronismus.

Der Anachronismus zeigt sich nicht nur daran, dass man eine unzeitgemäße Realität sieht, sondern auch daran, dass man die Folgen des Zeitverlaufs zwischen Vergangenheit und Gegenwart nicht erkennt. Die anachronistische Erinnerung wird auf der Grundlage von Rückforderungen, Restauration, Reparationen und vielen anderen „Re-“s konstruiert, sie ist reaktionär, retrospektiv und retroaktiv. Ein solches Denken, das ich mit dem Soziologen Karl Mannheim „konservative Utopie“ nennen möchte,²¹ richtet sich in

die Vergangenheit und sucht in ihr Anregungen für seine irrealen Projekte eines Umbaus der heutigen Gesellschaft. Das Problem ist, dass eine so konstruierte Erinnerung keine Reaktion darauf ist, was ist, sondern darauf, was war, aber nach wie vor als aktuell angesehen wird. Sie pulsiert somit vor lebendigen Emotionen, aus denen politische Propaganda und Populärkultur je nach Bedarf das Erinnerungsreservoir aufladen.

Freilich hat die PiS insofern einfaches Spiel, als es im Bewusstsein der polnischen Gesellschaft, vor allem in ihrer Erinnerung, an vielen Elementen fehlt, die in einer Demokratie von Vorteil wären und als Gegengewicht fungieren könnten. Ein gutes Beispiel ist der Konstitutionalismus: Ich nehme an, selbst nach der Krise von 2015 denkt der Durchschnittspole beim Stichwort „Verfassung“ nicht instinktiv an die Verfassung von 1997, sondern eher an die Verfassung vom 3. Mai 1791. Diese wiederum ist ein hervorragendes Beispiel für ein konservativ-utopisches Phantasma: Sie soll modern und mustergültig gewesen sein, „die erste in Europa und die zweite der Welt“, geschaffen durch die geistige Anstrengung der intellektuellen und politischen Elite eines Landes, in dem die Politik seit gut hundert Jahren hauptsächlich von Russen, Preußen und Österreichern gemacht wurde. Und dabei entfaltete sie noch nicht einmal Wirkung, da der polnische Staat dummerweise kurz darauf von der Landkarte verschwand. Diese ruhmvolle Tradition des historischen Konstitutionalismus stärkt also den gegenwärtigen Konstitutionalismus nicht, sondern schwächt ihn im Grunde, da er zeigt, dass eine Verfassung etwas ist, was man hat, aber nicht anwendet.

Von den Folgen der anachronistischen Wahrnehmung à la PiS, sollte diese in Polen weiterhin währen und sich verwurzeln, erscheinen mir drei besonders wichtig: Die Auslöschung eines Pluralismus der Erinnerung, die Negierung der gegenseitigen Abhängigkeit von Gruppen und Gesellschaften, deren Erinnerung unterschiedlich ist, sowie die sich daraus gewissermaßen ergebende Ablehnung eines europäischen Rahmens kollektiver Erinnerung.

Das soziale Gedächtnis sollte der PiS zufolge weder kompliziert noch in sich differenziert sein, da es im Grunde die einzige Grundlage für die Zugehörigkeit zur nationalen Gemeinschaft ist, die auf einer eindeutig ethnisierten, essenziellen kollektiven Identität beruht. Ein Pole ist, wer sich

²⁰ Vgl. Eric Hobsbawm/Terence Ranger (Hrsg.), *The Invention of Tradition*, Cambridge 1983.

²¹ Vgl. Bucholz/Komornik (Anm. 5), S. 85.

daran erinnert, woran man sich erinnern sollte – und wer bereit ist, zu vergessen, was dem Polentum und Polen schadet.

Die internationalen Abhängigkeiten hingegen sind ein Problem, auf das die PiS mit Verdrängung reagiert. Selbstbestimmung und Eigenständigkeit sind Ideale, die zweifellos entstanden sind als Reaktion auf die liberale Pädagogik, mit der die polnische Gesellschaft in den zwei Jahrzehnten der Systemtransformation auf Europa ausgerichtet wurde. Im öffentlichen Diskurs wurde dieser Prozess routinemäßig in Kategorien vermittelt, die aus dem Bildungsbereich stammen: „eine Eins schreiben“, „Hausaufgaben machen“, „in der ersten“ oder „auf der letzten Bank sitzen“ und so weiter. Polen hat seine Hausaufgaben eifrig gemacht und wurde im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, wie es zeitweise schien, europäischer als Europa selbst: dynamischer, motivierter, kapitalistischer.

Die Metapher von der „zweiten grünen Insel Europas“, die der ehemalige polnische Ministerpräsident Donald Tusk einst gebraucht hat, um Irland zum Vorbild Polens zu küren, wurde auf eine geradezu hinterhältige Weise Realität: Polen steht wirtschaftlich nach wie vor gut da, ist aber politisch inzwischen zu einer Insel in Europa geworden. Die regierungskritische Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ kehrte in einem Kommentar zur Entscheidung der Europäischen Kommission, gegen Polen ein Sanktionsverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags einzuleiten, zur Schulmetaphorik zurück, als sie unter dem Titel „Vom Primus zum Paria“ von einem „Tag der Schande“ schrieb.²²

Einen Schüler, der einmal ein Primus war, kann man zwar beschämen, wenn man ihn an seine verflochtenen Erfolge erinnert, jedoch nur unter der Bedingung, dass er weiterhin auf der Schule bleibt und seinen Erfolg in schulischen Kategorien definiert. Die PiS aber lehnt genau diese Kategorien ab: Mit ihr wird der polnische Exzeptionalismus zur Staatsräson. Sie schämt sich deshalb nicht, dass sie Polen den Rang des Primus genommen und zum Paria gemacht hat. Ohne Bedauern weist sie auch den europäischen Erinnerungsrahmen zurück, der nach dem Zweiten Weltkrieg mit großer Anstrengung geschaffen wurde, um im Namen des Friedens eine neue, inklusive europäische kollektive Identität zu schaffen. Die PiS will

geradezu das Gegenteil erreichen: aus der Zuspitzung der Vergangenheit politisches Kapital schlagen und die nationale Identität auf Kosten der europäischen stärken, in der sie ohnehin keinen Nutzen für sich sieht.

QUERSCHLÄGER DER TRANSFORMATION

Nach der Transformation zu einem europäischen Land zu werden, bedeutete für Polen (und für andere postkommunistische Staaten), einen Kampf gegen das Syndrom der „unvollständigen Mitgliedschaft“ zu führen. Dies war, wie die Politikwissenschaftlerin Marie Mälksoo schreibt, ein „Streben danach, ein Teil des ‚wahren Europas‘ zu werden, statt ‚Europa, aber doch nicht richtig Europa‘ zu bleiben – eine Position, die ihnen von Westeuropäern seit der Aufklärung zugewiesen wurde“. Und weiter: „Wenn wir [nach Adorno] Vergangenheitsbewältigung als Stärkung des eigenen Selbstbewusstseins auffassen, erscheinen die Rufe aus Polen und dem Baltikum nach gleichberechtigter Erinnerung ihrer Vergangenheiten als wesentlicher Bestandteil ihres Selbstwerdungsprozesses als Europäer beziehungsweise als *europäische Bürger*.“²³

Doch Polen hat heute einen Umgang mit der Vergangenheit gewählt, der zwar zur Erklärung der Gleichheit führt, aber nicht zu gleicher Teilhabe. Er führt vielmehr zu deren Ablehnung, und zwar häufig aus einer Position der Überheblichkeit heraus. Polen wird auch dadurch antieuropäisch, dass es sich zum Verteidiger des „wahren Europa“ stilisiert: eines historisch rekonstruierten, homogenen und katholischen Europas. Das polnische Parlament konnte sich zum Beispiel nicht zu einer Erklärung zum 500. Jahrestag der Reformation durchringen. Auch die aktuellen Diskussionen um die Flüchtlingspolitik zeigen dies, wie die Kulturwissenschaftlerin Magdalena Saryusz-Wolska hervorhebt: „Der rechtskonservative Diskurs setzt in jüngster Zeit die Europäisierung und die europäische Integration mit Islamisierung und Fremdbestimmung gleich. (...) Auch diese Rhetorik wird durch historische Vergleiche unterstützt, wie die Darstellungen Hitlers oder Friedrich II. verdeutlichen. Der Widerstand gegen Europa, personifiziert durch Angela Merkel und führende EU-Politiker wie

²² Gazeta Wyborcza, 21. 12. 2017.

²³ Mälksoo (Anm. 2), S. 655.

Martin Schulz, wird zugleich als Konfrontation mit Deutschland und als Kampf um die nationalen, katholischen Werte inszeniert, die angeblich bedroht sind.“²⁴

Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich Anfang Oktober 2017 Zehntausende Menschen an sämtlichen Landesgrenzen zu einem Rosenkranzgebet für Polen und Europa versammelten.²⁵ Der romantische Topos von Polen als Christus der Nationen hat damit neue Anwendung gefunden, und zwar sehr konkret politisch: Polen, als Trägerin europäischer moralischer Werte und authentischer europäischer Erinnerung, erinnert damit Europa daran, was es war und was es sein sollte; und man kann nicht erwarten, dass es sich in Erfüllung dieser Mission leiten ließe von den Entscheidungen der Europäischen Kommission, den Beschlüssen des Europäischen Parlaments oder seiner eigenen, historisch verdächtigen Verfassung.

Die liberale Pädagogik, das Werben für Teilhabe und Zugehörigkeit, hat also insofern versagt, als sich das Bewusstsein, das der polnischen Gesellschaft in den 1990er Jahren nahegebracht werden sollte,²⁶ als falsch herausstellte. Der Prozess der Transformation und der europäischen Integration basiert in Polen im Grunde auf einer Form von Behaviorismus: Da die Polen immer neue transformatorische Erschütterungen aushalten, kommen sie auf dem freien Markt gut zurecht; sie fahren ins Ausland und arbeiten, das Bruttosozialprodukt ist hoch, die Arbeitslosenrate sinkt – also ist doch alles in Ordnung, oder? So als hätte man erwartet, dass die kulturellen und mentalen Prozesse dem wirtschaftlichen, systemischen und institutionellen Wandel folgen würden. Sie sind ihm nicht gefolgt.

Die „Erinnerungskrieger“²⁷ der PiS sind, wie der Philosoph Andrzej Leder sagt, zugleich auch Erinnerungsnarzissten:²⁸ Ihre Vision von der

Vergangenheit schmeichelt ihnen selbst und denen, die diese Vision als die ihre erkennen wollen. Gegen verinnerlichte Schmeicheleien lässt sich nur schwer ankämpfen, es ist sehr schwierig, die Wirklichkeit ohne die Brille des Anachronismus zu betrachten. Dies würde harte und schmerzhaft Arbeit an der kollektiven Erinnerung bedeuten, und es ist kaum vorstellbar, wer diese Arbeit auf sich nehmen sollte und welche Mittel er verwenden könnte, um eine alternative Vision mit ähnlicher Wirkkraft zu erzeugen, aber auch mit größerer Parallelität zur Gegenwart.

So irrt also die PiS mit einem Großteil der polnischen Gesellschaft durch eine virtuelle Welt, die aus Dingen besteht, die von Grund auf neu erinnert und für die Wirklichkeit gehalten werden. Es bleibt abzuwarten, wer an der roten Ampel mit wem zusammenstößt.

Ich danke Joanna Wawrzyniak für wertvolle Hinweise sowie dem Nationalen Wissenschaftszentrum (Narodowe Centrum Nauki) für die Unterstützung meines Projekts „Max Weber in der postkolonialen Theorie: Der Fall Polen“, auf das einige der hier vertretenen Thesen zurückgehen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Peter Oliver Loew, Darmstadt.

²⁴ Magdalena Saryusz-Wolska, Kampfbilder. Der visuelle Diskurs der rechtskonservativen Presse in Polen, 19.7.2016, www.zeitgeschichte-online.de/thema/kampfbilder.

²⁵ Weitere Informationen dazu auf der Website der Organisatoren: www.rozaniecdogranic.pl.

²⁶ Vgl. Jerzy Szacki, Der Liberalismus nach dem Ende des Kommunismus, Frankfurt/M. 2003.

²⁷ Der Begriff wurde von Bernhard/Kubik geprägt (Anm. 7).

²⁸ Vgl. Magdalena Saryusz-Wolska/Katrin Stoll, Politisches Bewusstsein und politische Gemeinschaft in Polen. Ein Interview mit dem polnischen Philosophen Andrzej Leder, 1.9.2016, www.zeitgeschichte-online.de/interview/politisches-bewusstsein-und-politische-gemeinschaft-polen.

MARTA BUCHOLC

ist Professorin für Soziologie am Käte Hamburger Kolleg „Recht als Kultur“ der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

mbucholc@uni-bonn.de

ESSAY

SOUVERÄNER SPIELER: POLEN IN EUROPA

Krzysztof Mazur

Am schwersten ist es, sich mit den Augen anderer zu sehen. Nach der berühmten Maxime Ludwig Wittgensteins bedeuten schließlich „die Grenzen meiner Sprache (...) die Grenzen meiner Welt.“ An diese Phrase musste ich denken, als die Redaktion von „Aus Politik und Zeitgeschichte“ mich bat, deutschen Leserinnen und Lesern den „polnischen Standpunkt“ zu erklären. Dabei habe ich häufig den Eindruck, dass die Herausforderungen in Polen lediglich lokale Entsprechungen von Problemen sind, die andere Länder in ähnlicher Weise haben. Das ist recht logisch: In einer globalisierten Welt sind auch viele Probleme global. Es ist dieses Spannungsfeld, in dem sich über die Situation Polens reflektieren lässt – als ein Land, das aufgrund seiner spezifischen Geschichte häufig auf Unverständnis stößt, obgleich es mit denselben Problemen zu kämpfen hat wie alle anderen ringsumher. Im Folgenden werde ich versuchen, die Schizophrenie dieser Beurteilung durch eine Annäherung an die Themen Staat, Wirtschaft und Identität offenzulegen.

STAAT

Die Einschätzung, dass Polen ein schwacher Staat sei, ist ein zentrales Element der öffentlichen Debatte in unserem Land. Auch wenn es in Polen bei vielen Dingen zu ernsthaften Auseinandersetzungen kommt – in dieser Frage herrscht erstaunliche Einigkeit. Als der Politikwissenschaftler Artur Wólek vor einigen Jahren ein Buch mit dem bezeichnenden Titel „Der schwache Staat“ veröffentlichte,⁰¹ wurde sein Inhalt als wenig innovativ bewertet – streiten doch Parteien, Publizisten und Bürger bis heute verbissen über die Gründe dieses Zustands und die Möglichkeiten, die Situation zu verbessern. Die Diagnose an sich wird jedoch allgemein anerkannt.

Ich persönlich gehöre dem Teil unserer Gesellschaft an, der die Gründe für die institutionellen Schwächen des polnischen Staates vor allem in

der schlecht bewerkstelligten Systemtransformation seit 1989 sieht. In der Folge waren wir nicht in der Lage, uns erfolgreich vom Kommunismus zu lösen. Dieses Thema ist bereits ausführlich in der Literatur bearbeitet worden. Eine der herausragenden Publikationen dazu stammt von dem Historiker und Politiker Paweł Kowal. In seinem Buch „Das Ende eines Herrschaftssystems“ beschreibt er die Strategie der Kommunistischen Partei Polens in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, die sich auf drei Pfeiler stützte:⁰²

Erstens: Das Ziel der KP-Nomenklatura war es zunächst, sich ein möglichst großes Stück vom „staatlichen Kuchen“ zu sichern. Indem sie Fabriken, Immobilien, Zeitungen und Banken in Besitz nahm, festigte die postkommunistische Oligarchie im Zuge der Gestaltung einer neuen kapitalistischen Ordnung ihre privilegierte Stellung.

Zweitens ging es den Kommunisten um eine privilegierte politische Stellung, die sie sich durch das riesige KP-Vermögen und die Einschränkung der Solidarność bei der ersten Parlamentswahl 1989 verschafften. Bei dieser wurden nur 35 Prozent der Mandate frei gewählt, die Wahlordnung sicherte den Kommunisten beziehungsweise der Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) also 65 Prozent der Mandate!

Und *drittens* schützten die Kommunisten ihre alten Privilegien durch institutionelle und rechtliche Kontinuitäten zwischen Volksrepublik und Dritter Republik. Der Sejm – ebenjener, in dem die Kommunisten fast eine Zweidrittelmehrheit hatten – legte mit einem einzigen Gesetz fest, dass Polen ab sofort ein „demokratischer Rechtsstaat“ sein sollte. Bevor die Solidarność das Ruder übernahm, bevor überhaupt an irgendeine Entkommunistierung oder an die Aufdeckung von Geheimdienstmitarbeitern gedacht, bevor den Funktionären des Repressionsapparates ihre sozialen Privilegien genommen, die Verantwortlichen für die kommunistischen Verbrechen verurteilt, das Vermögen der

PZPR konfisziert oder der Nomenklatura das geraubte Staatsvermögen entwendet werden konnte, wurden solcherart Systemregelungen eingeführt, als sei Polen bereits seit Jahren jener „demokratische Rechtsstaat“. Die Kommunisten erhielten auf diese Weise den vollen rechtlichen Schutz, den die westliche Welt ausgearbeitet hatte, um ehrliche Bürger vor den Versuchungen der Macht zu bewahren. In unserem Fall wurden diese hehren Ideale genau zum gegenteiligen Zweck genutzt: Sie legalisierten die unberechtigte Inbesitznahme des Staatsvermögens durch Personen, die 45 Jahre lang ein verbrecherisches System aufrechterhalten hatten.

Dieser Teil der polnischen Geschichte ist im Westen kaum bekannt. Ausländische Beobachter und die Öffentlichkeiten ihrer Länder sehen daher im Konflikt zwischen der polnischen Regierung und dem Verfassungsgerichtshof die ersten Keime eines Autoritarismus. Für viele Menschen in Polen, die kritisch auf den Transformationsprozess ihres Landes zurückblicken, stellt sich die Situation ein wenig anders dar. Der Verfassungsgerichtshof, den die Kommunisten 1982 zur Umsetzung der oben beschriebenen Strategie ins Leben riefen, wurde zu deren „Hüter“ und Garanten. Bis zu dem Moment, als 1997 die Verfassung der Dritten Polnischen Republik verabschiedet wurde, garantierte der Verfassungsgerichtshof den Schutz der alten Nomenklatura – also über acht entscheidende Jahre der Systemtransformation. Deswegen sehen viele Polen im Streit um das Verfassungsgericht keinen Angriff auf die Demokratie, wie ein derartiges Geschehen in den alten Demokratien der Europäischen Union aufgefasst werden würde, sondern einen Konflikt mit einer Institution, die den Prozess, in dessen Zuge die ungerechten Fundamente der jungen polnischen Demokratie gelegt wurden, zusätzlich negativ beeinflusst hat. Gerade in Deutschland, wo man eigene Erfahrungen mit den langwierigen gesellschaftlichen und ökonomischen Folgen des Kommunismus in der ehemaligen DDR gemacht hat, sollte man diese Zusammenhänge nachvollziehen können.

Die Schwäche des polnischen Staates ist jedoch nicht ausschließlich aus der jüngeren Geschichte zu erklären. Am Anfang der Dritten Republik war das Land tatsächlich nicht in der Lage, starke Institutionen aufzubauen, die ein Gegengewicht zur Globalisierung gebildet hätten. Heute aber ist seine

Schwäche durch einen weltweiten Trend bedingt, den man die „Verwässerung staatlicher Souveränität“ nennen könnte. Es ist offensichtlich, dass globale Kapitalgesellschaften, internationale Regulierungen und supranationale Institutionen zunehmend Einfluss auf Fragestellungen nehmen, die ehemals ausschließlich der Gerichtsbarkeit der einzelnen Staaten unterlagen.

Dies ist auch in Deutschland der Fall. Das Bundesverfassungsgericht fällte 2009 ein wegweisendes Urteil zur Ratifizierung des Vertrages von Lissabon, in dem es nach mehreren Verfassungsbeschwerden feststellte, dass der EU-Vertrag grundsätzlich mit dem Grundgesetz vereinbar sei – und damit auch die Übertragung bestimmter Hoheitsrechte an die Union, sofern die Beteiligungsrechte des Bundestages und des Bundesrates in der Union gestärkt würden.⁰³ Die Verwässerung von Souveränität in der gesamten EU ist eine Tatsache, die sich in den Mitgliedsstaaten jedoch unterschiedlich auswirkt. Die Schlussfolgerung, die das Bundesverfassungsgericht im Falle Deutschlands gezogen hat, ist nämlich für Länder wie Polen zweifelhaft, deren institutionelles oder wirtschaftliches Potenzial geringer ist. Denn letztlich hängt alles von der Stärke der nationalen Institutionen ab, ob diese im europäischen Kontext in der Lage sind, erfolgreich für die Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger zu kämpfen.

Indessen analysiert Wolek in seinem Buch Fallbeispiele, in denen Polen nicht in der Lage war, seine Belange auf EU-Ebene zu vertreten. Darunter findet sich beispielsweise der Streitfall zwischen der Europäischen Kommission und dem polnischen Staat über unerlaubte öffentliche Hilfe für die polnische Werftindustrie von 2005 bis 2010. Aufgrund der Verhandlungsschwäche auf polnischer Seite siegte Brüssel auf ganzer Linie. Infolgedessen blieb den heimischen Werften – der Wiege der Solidarność-Bewegung – die Hilfe durch den polnischen Staat versagt, was dazu führte, dass sie auf dem europäischen Schiffbaumarkt nicht mehr konkurrenzfähig waren.⁰⁴ Heute wird dieser Industriezweig überall konsequent abgewickelt; dennoch zeigte der Streit mit der EU-Kommission, dass die alten Mitgliedsstaaten mit ihrem ungleich höheren institutionellen Potenzial die europäischen Institutionen besser für

⁰¹ Vgl. Artur Wolek, *Slabe państwo*, Kraków 2012.

⁰² Vgl. Paweł Kowal, *Koniec systemu władzy*, Warszawa 2016.

⁰³ Vgl. Bundesverfassungsgericht, Urteil des Zweiten Senats vom 30.6.2009, www.bverfg.de/e/es20090630_2bve000208.html.

⁰⁴ Vgl. Wolek (Anm. 1), S. 297.

sich zu nutzen wissen. Polen mit seiner geringeren Erfahrung in solchen Angelegenheiten erwies sich in diesem Prozess eindeutig als unterlegen.

Analoge Situationen, in denen Staaten mit schwächerem institutionellen Potenzial den Kampf um ihre eigenen Interessen verlieren, lassen sich in Europa zuhauf finden – von Irland bis Griechenland. In solchen Fällen ist die Frage nach der Bilanz von Gewinnen und Verlusten, die die Abtretung eines Teils der eigenen Souveränität an die EU oder andere supranationale Institutionen mit sich bringt, etwas ganz Natürliches.

Und mehr noch: Die Rückkehr zu einem Denken in Kategorien der nationalen Souveränität – auch „strategische Autonomie“ genannt – lässt sich selbst bei den stärksten Staaten der Welt beobachten. In deren Fall rührt sie vom Gefühl einer zunehmenden Schwäche der Nationalstaaten gegenüber den immer mächtigeren globalen Konzernen her, besonders Technologiekonzernen. Wenn ein Privatunternehmen in der Lage ist, Informationen über das Alltagsleben von Milliarden Bürgern aus aller Welt zusammenzutragen, aber kein Nationalstaat es zustande bringt, dieses Unternehmen zu kontrollieren, dann verliert der Staat seine natürliche Funktion. Genau diese Situation liegt beispielsweise vor, wenn es – wie kürzlich in Europa – um das Recht auf die Löschung persönlicher Daten geht. Solange alles gut ist und keine besonderen Probleme auftreten, akzeptieren alle den gegebenen Zustand. Wenn es jedoch zu einer Krise kommt, wenden sich die Bürger nicht an das internationale Unternehmen, sondern an den Staat, damit der „etwas dagegen tut“. Heute erwarten Bürger auf der ganzen Welt – von den Vereinigten Staaten bis Australien – mehr Aktivität vom Staat, erzeugt die Globalisierung doch immer größere Spannungen. Die in Polen beobachtete Renaissance eines Denkens in nationalstaatlichen Kategorien ist daher nichts Außergewöhnliches.

WIRTSCHAFT

Polens größter Schatz sind die dort lebenden Menschen. Die Geschichte der polnischen Transformation ist vor allem eine Geschichte gesellschaftlicher Aktivität und eines sich explosionsartig entwickelnden Unternehmertums. Zum Symbol für die beginnenden 1990er Jahre ist daher der Kleinhandel geworden, blühten damals doch die Marktplätze und -hallen, in denen die Leute Klappbetten aufstellten, auf denen

sie buchstäblich alles feilboten – von Butter bis zu chinesischen Ferngläsern. Die nächste Etappe war die große Lehre von der westlichen Arbeitskultur; sie ging einher mit ausländischen Investitionen. Die größten Weltmarken eröffneten nun Produktionsstandorte und Zentren für BPO-Services (*Business Process Outsourcing*) in Polen.

Mit dem EU-Beitritt 2004 begannen die Menschen jedoch, scharenweise den besseren Arbeitsplätzen in Westeuropa hinterherzuziehen, daher arbeiten heute fast drei Millionen Polinnen und Polen im Ausland. Seit einigen Jahren schließlich kann Polen eine der prosperierendsten Start-up-Szenen Europas vorweisen, in der junge Menschen sich in neuen Technologien ausprobieren. Angesichts der Barrieren, die traditionelle Branchen wie die Auto- oder die Pharmaindustrie vor neuen Wettbewerbern schützen, setzen polnische Unternehmer derzeit auf die IT-Branche, wo das Wettrennen um den Status des ersten polnischen „Einhorns“ im Gange ist, wie junge Unternehmen mit einem Marktwert ab einer Milliarde US-Dollar genannt werden. Betrachtet man all diese Aktivitäten, dann nimmt es nicht wunder, dass Polen laut OECD weltweit zu den arbeitsamsten Nationen zählt.⁰⁵

Zugleich bildet unser Land das Schlusslicht, was den Anteil der Löhne und Gehälter am Bruttoinlandsprodukt (BIP) angeht. Laut einem Bericht der Europäischen Kommission beträgt der Prozentsatz für Polen 48 Prozent, wohingegen der EU-weite Durchschnitt bei 55,4 Prozent liegt.⁰⁶ Dies zeigt, dass die Menschen in Polen im Verhältnis zu allen auf polnischem Gebiet erzeugten Gütern und Werten proportional um einiges weniger verdienen als die Menschen in anderen Ländern. Wie ist das möglich?

Letztlich ist es das Resultat der Position, die unsere Firmen in der „globalen Lieferkette“ innehaben: Polens Wirtschaft wird von den hierzulande ansässigen Fabriken internationaler Konzerne dominiert, in denen einfache körperliche Arbeiten verrichtet werden, sowie von heimischen Firmen, die einfache Bauteile an die globalen Spieler liefern. An polnischen *global champions*, die

⁰⁵ Zuletzt Platz 7 von 38 Staaten. Vgl. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Average Annual Hours Actually Worked Per Worker, 5.2.2018, <https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=ANHRS>.

⁰⁶ Vgl. Damian Szymański, Naga prawda o pensjach Polaków. Właśnie lądujemy na szarym końcu UE, 13.11.2017, <https://businessinsider.com.pl/twoje-pieniadze/praca/udzial-plac-w-pkb-w-polsce-w-2017-r-pensje-polakow-najnizsze-w-ue/grsr901>.

Endprodukte – am besten mit hoher Marge – in großem Umfang international produzieren und vertreiben, fehlt es hingegen. Polen entwickelte sich jahrelang mit Hilfe ausländischer Investitionen, verfügt es doch über ausgezeichnet qualifizierte und fleißige, zugleich aber niedrig bezahlte Arbeitskräfte. Gleichzeitig ist es kaum gelungen, selbst globale Marken hervorzubringen.

Auch hier sind die Gründe im Transformationsprozess zu suchen. Aufgrund der institutionellen Schwäche der Dritten Republik konnte der polnische Staat seinen Unternehmen keinen Schutz bieten, der sie bei der Umwandlung in moderne und global agierende Firmen unterstützt hätte. Der Ökonom Witold Kieżun beschrieb dies in seinem Buch „Die Pathologie der Transformation“.⁰⁷ Der ursprüngliche Grund für unsere Schwierigkeiten liegt ihm zufolge in den Prinzipien des sogenannten Washingtoner Konsenses, die Anfang der 1990er Jahre auch den Ländern Mitteleuropas vom Internationalen Währungsfonds und von der Weltbank aufgezwungen wurden. Die damit verbundenen Maßnahmen und ihre Folgen erwiesen sich in den Jahren der Transformation für die polnische Wirtschaft als tödlich: Durch Einhaltung einer strikten finanziellen Disziplin hatten die Staaten kaum Möglichkeiten, negative Folgen der Reformen auszugleichen; die Liberalisierung der Finanzmärkte ermöglichte den unbeschränkten Zufluss von Fremdkapital; die Beibehaltung eines einheitlichen Währungskurses zementierte die Dominanz stärkerer Währungen; die Liberalisierung des Handels und der Abbau von Beschränkungen für ausländische Investoren öffnete den polnischen Markt für starke Player aus dem Ausland; die Privatisierung staatlicher Unternehmen führte zu ihrem Aufkauf durch ausländisches Kapital; und durch die garantierten Eigentumsrechte gab es keinerlei Möglichkeit, staatliches Eigentum zu übernehmen, das die Partei-Nomenklatura sich bereits angeeignet hatte.

Man braucht sich bloß die Zahlen aus dem Jahr 1990 anzusehen: Die Inflationsrate betrug 600 Prozent (erst 1999 lag sie unter zehn Prozent); die Durchschnittspreise stiegen um das Sechs- bis Siebenfache an; die Durchschnittslöhne fielen dagegen um 24 Prozent; der reale Wert der durchschnittlichen Renten und Pensionen fiel um 19 Prozent. Für die ersten vier Jahre der wirtschaftlichen Transformation von 1989 bis 1994

weist Kieżun ferner darauf hin, dass der Anteil der Menschen, die in Polen unter dem Existenzminimum lebten, von 16 auf 40 Prozent stieg.⁰⁸ Es ist heute wahrhaftig kaum vorstellbar, wie die polnische Gesellschaft jene Zeit durchstand.

Auf lange Sicht hatten jedoch die Entwicklungen in der Spitzentechnologiebranche die größte Bedeutung. Entgegen der landläufigen Meinung besaß Polen während der Zeit der Volksrepublik nämlich wichtige Stützpfeiler in Form technologisch hochentwickelter Unternehmen. Für den sogenannten Ostblock war Polen ein wichtiger Produzent von Elektronik und optischen Geräten. Den technologischen Vorsprung büßte es infolge der schlecht umgesetzten Transformation jedoch größtenteils ein. Auch hierzu nennt Kieżun erstaunliche Fakten: Durch Insolvenzen und Schließungen staatlicher Firmen brach das polnische Produktionspotenzial zwischen 1989 und 1994 massiv ein – bei Informationstechnik um 26 Prozent, bei optischen Apparaturen um 37 Prozent, bei Energieanlagen um 45 Prozent und bei elektronischen und teletechnischen Geräten um 67 Prozent.⁰⁹ Davon zeugen auch Firmengeschichten wie etwa die der Breslauer Computerfirma Elwro, in der seit den 1960er Jahren einige der weltweit modernsten Computermodelle hergestellt worden waren. 1993 kaufte Siemens die Betriebe auf, „worauf fast die gesamte Belegschaft entlassen und sämtliche Gebäude abgerissen wurden, bis auf eines, in dem eine marginale Produktion von Kabelbündeln für die in Deutschland hergestellten Computer verblieb“.¹⁰ Eben zu jener Zeit verlor Polen für die folgenden zwei Jahrzehnte die Chance, mehr zu sein als eine „Montagehalle“ oder ein Reservoir an billigen Arbeitskräften für ausländische Konzerne.

Deswegen hat die polnische Regierung 2016 den nach dem heutigen Ministerpräsidenten und damaligen Wirtschafts- und Finanzminister benannten „Morawiecki-Plan“ verabschiedet, dessen oberstes Ziel die Unterstützung heimischer Firmen ist, damit auch diese zu *global champions* werden können. Es geht schlicht darum, in der „globalen Lieferkette“ nach oben zu rücken. Die von westlichen Medien als „xenophob“ und „nationalistisch“ bezeichnete polnische Regierung verleiht einfach nur den zunehmend globalen Bestrebungen der heimischen Unternehmen Ausdruck.

⁰⁸ Vgl. ebd., S. 131.

⁰⁹ Vgl. ebd., S. 138.

¹⁰ Ebd., S. 137.

⁰⁷ Vgl. Witold Kieżun, *Patologia Transformacji*, Warszawa 2012.

Ihre programmatischen Prinzipien sind dabei von aktuellen wirtschaftlichen Debatten inspiriert. Mateusz Morawiecki bezieht sich etwa auf den französischen Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty, der in seinem Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ die Gründe darlegt, warum der Anteil der Gehälter am BIP nicht nur in Polen, sondern auf der ganzen Welt sinkt:¹¹ Dies rührt von der immer schwächeren Stellung der Arbeitnehmer gegenüber den international agierenden Konzernen her, ist doch Kapital weitaus mobiler als Arbeitskraft. Morawiecki berücksichtigt auch die Erkenntnisse des US-amerikanischen Ökonomen Michael E. Porter, der anhand des Konzepts der sogenannten Wertschöpfungskette gezeigt hat, dass manche Elemente der heutigen Produktionsprozesse um ein Vielfaches lohnender sind als andere.¹² Wenn Polen also den Anteil der Löhne und Gehälter am BIP erhöhen will, dann sollte es sich nicht mehr als Zentrum des Outsourcings positionieren, sondern mit der Herstellung technisch ausgefeilterer Produkte beginnen. Und schließlich stützt sich Morawiecki auf die italienische Wirtschaftswissenschaftlerin Mariana Mazzucato, die in ihrem Buch „Das Kapital des Staates“ aufzeigt, dass ein solcher Prozess niemals ohne die aktive und bewusste Industriepolitik eines Staates eintritt.¹³ Nur der Staat ist nämlich in der Lage, das Risiko zu tragen, das mit der Investition in bahnbrechende Innovationen einhergeht. Das heutige Polen weicht somit von den weltweiten Trends nicht ab. Im Gegenteil: Wir folgen den Pfaden derzeit populärer ökonomischer Theorien.

IDENTITÄT

Die Menschen in Polen kennzeichnet eine eigenständige Mischung aus imperialem Stolz und Komplexen der Randständigkeit. Der imperiale Stolz speist sich aus der Erinnerung an die Größe vergangener Jahrhunderte, als die Erste Polnische Republik (*Rzeczpospolita Obojga Narodów*), die polnisch-litauische Adelsrepublik vom 14. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, zu den europäischen Großmächten gehörte. Des Weiteren speist er sich aus der Erinnerung an den ungebrochenen

patriotischen Geist einer Nation, die das gesamte 19. Jahrhundert hindurch keinen eigenen Staat besaß und dennoch in der Lage war, ein außergewöhnliches kulturelles und gesellschaftliches Gut zu schaffen. Verstärkend wirkt auf diesen Mythos auch das 20. Jahrhundert, in dem die *Solidarność*-Bewegung und das Pontifikat Johannes Pauls II. eine große Rolle spielten und in dem Polen sich gegen zwei Totalitarismen zur Wehr setzte.

Zugleich haben die Polen einen deutlich erkennbaren Komplex, weist doch jede dieser Epochen auch Schattenseiten auf. Die Erste Republik war schließlich ein Staat, den die Kurzsichtigkeit und der Egoismus seiner Eliten zu Fall brachten. Bis heute charakterisiert die polnische Bevölkerung ein Widerwille gegen das Establishment, ein leises Misstrauen ihren Eliten gegenüber – ein tief im kollektiven Gedächtnis bewahrtes Trauma des Niedergangs. Das 19. Jahrhundert hat in uns Polen das Gefühl hinterlassen, dass wir, auf das Abstellgleis der Geschichte geschoben, nicht ausreichend von den Früchten der Moderne zehren konnten. Seitdem hegen wir die Überzeugung, ein wirtschaftlicher Dualismus habe uns den Platz auf der schlechteren Seite der Elbe zugewiesen. Und deswegen versprechen uns die Politiker in den Wahlkämpfen der heutigen Zeit immer wieder, diesen Fatalismus durchbrechen und Polen endlich zu einem „neuen Japan“ (Lech Wałęsa) oder „neuen Irland“ (Donald Tusk) machen zu wollen. Doch irgendwo tief drinnen, seit den Zeiten der Arbeitsmigration der 1980er Jahre und der Pakete aus „dem Reich“, die nach Milka-Schokolade und Jacobs-Kaffee dufteten, wollen wir in Wirklichkeit „zweite Deutsche“ sein, auch wenn wir das nicht gerne zugeben. Letztendlich ist das 20. Jahrhundert auch die Epoche, die uns den Stempel von 45 Jahren Kommunismus aufgedrückt hat, mit all der ästhetischen Hässlichkeit und dem moralischen Verfall jener Zeit.

Viele Jahre lang dachte ich, wir Polen könnten gar nicht verstanden werden in unserer imperial-peripheren Komplexität. Es schien mir, als müsste es für unsere ausländischen Freunde verwunderlich sein, wenn wir von großer Offenheit und wortreichem Geschichtsstolz nahtlos zu Verletztheit und beleidigtem Rückzug übergehen, wegen irgendeiner „Taktlosigkeit“, die unseren Stolz getroffen hat. Solche abrupten „Stimmungswechsel“ habe ich sowohl in zahlreichen zwischenmenschlichen Situationen als auch bei internationalen Begegnungen auf höchster politischer Ebene beobachten können. Im Laufe der Zeit habe ich jedoch begriffen, dass

¹¹ Vgl. Thomas Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München 2014.

¹² Vgl. Michael E. Porter, *Wettbewerbsvorteile*, Frankfurt/M. 1986.

¹³ Vgl. Mariana Mazzucato, *Das Kapital des Staates*, München 2014.

jene imperial-periphere Komplexität eine Eigenschaft ist, die sämtlichen Nationen im heutigen Europa gemein ist. Die Spanier haben ihre „Generation 1898“, also die Generation der Denker, deren einschneidendste Erfahrung das Trauma der spanischen Niederlage im Krieg gegen die USA und des Verlustes der spanischen Kolonien war. Der Verlust des Status eines imperialen Hegemonen betrifft auch die Portugiesen, die Holländer und vor allem die Briten, in deren Diskussionen um den „Brexit“ noch immer die Nostalgie im Gedenken an die ehemalige Großmachtstellung mitschwang. Ähnlich war es bei der Entstehung des französischen Front National, über dessen derzeitige Popularität ich nur den Kopf schütteln kann und dessen Gründung eine Reaktion auf den verlorenen Algerienkrieg und den Verlust der letzten Kolonien gewesen ist. Seitdem ich in Thomas Manns „Doktor Faustus“ die Geschichte Adrian Leverkühns gelesen habe, bin ich auch besser imstande, die Traurigkeit meiner deutschen Freunde bei unseren Diskussionen über die Vergangenheit nachzuvollziehen.

Das polnische Volk weist somit eine für das gesamte heutige Europa charakteristische Mischung von imperialem Stolz und Peripherie-Komplexen auf. Im von der Europäischen Kommission herausgegebenen „Weißbuch zur Zukunft Europas“ von 2017 ist gleich auf den ersten Seiten eine Grafik zu sehen, aus der hervorgeht, dass im Jahr 1900 noch 25 Prozent der Weltbevölkerung in Europa lebten und es 2060 voraussichtlich nur noch vier Prozent sein werden.¹⁴ Auch wenn Demografie nicht alles ist, so ist diese Grafik doch ein Symbol für die abnehmende Bedeutung unseres Kontinents in der neuen Welt. Europa war einmal das Zentrum der Welt – heute muss es einen realen Kampf ausfechten, um darin überhaupt noch eine nennenswerte Rolle zu spielen.

ZUSAMMENFASSUNG

Ich hoffe, dass es mir mit der Überschreitung der „Grenzen meiner Sprache“ gelungen ist, auch die „Grenzen meiner Welt“ hinter mir zu lassen – einer überaus komplexen Welt, in der es nicht leicht ist, einfache Antworten zu finden. In solchen Situationen ist es angezeigt, sich so eng wie möglich an die Fakten zu halten. Und diese besagen, dass der wirtschaftliche Austausch zwischen Deutsch-

land und Polen pro Jahr bereits 100 Milliarden Euro überschreitet. Nimmt man die anderen Länder der Visegrád-Gruppe hinzu, also die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn, so zeigt sich, dass 2016 die Umsätze aus dem Handel zwischen Deutschland und Mitteleuropa 257 Milliarden Euro betrugen, die Umsätze aus dem Handel zwischen Deutschland und Frankreich hingegen nur 167 Milliarden Euro.

Und mehr noch, es gibt deutliche Übereinstimmungen bei den wirtschaftlichen Interessen unserer Länder. Im Vergleich zur globalen Konkurrenz haben deutsche Konzerne Probleme in Sachen Innovationskraft, außerdem mangelt es an qualifizierten Arbeitskräften. Indessen sind die Polen nach wie vor hungrig nach Erfolg, darüber hinaus haben wir eine hervorragende Generation von Managern und Ingenieuren, die sich in den vergangenen 25 Jahren die westliche Arbeitskultur angeeignet haben. Und wir haben eine stabile Regierung, die sich der internationalen Zusammenarbeit nicht verschließen will, aber dennoch für unsere heimische Wirtschaft einen höheren Rang in der „globalen Lieferkette“ anstrebt. Um das zu erreichen, soll die institutionelle Handlungsfähigkeit des polnischen Staates gesteigert werden.

Auch werden wir nicht von zahlreichen inneren Spannungen verzehrt, wie sie die Situation in den Ländern der alten EU zunehmend destabilisieren. Alle Puzzleteilchen scheinen zusammenzupassen. Eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern ist für beide Seiten ein Gewinn. Der polnischen Seite ist jedoch daran gelegen, dass diese Zusammenarbeit auf Regeln basiert, die eine gerechte Verteilung von Risiken und Nutzen garantieren. Wir Polen wollen – sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik – nicht mehr nur Zuarbeiter sein, sondern echte Partner. Ist ein solches Angebot für die Deutschen annehmbar? Oder überlassen wir das Feld weiterhin unseren imperial-peripheren Dämonen aus der Vergangenheit?

Übersetzung aus dem Polnischen: Lisa Palmes, Berlin.

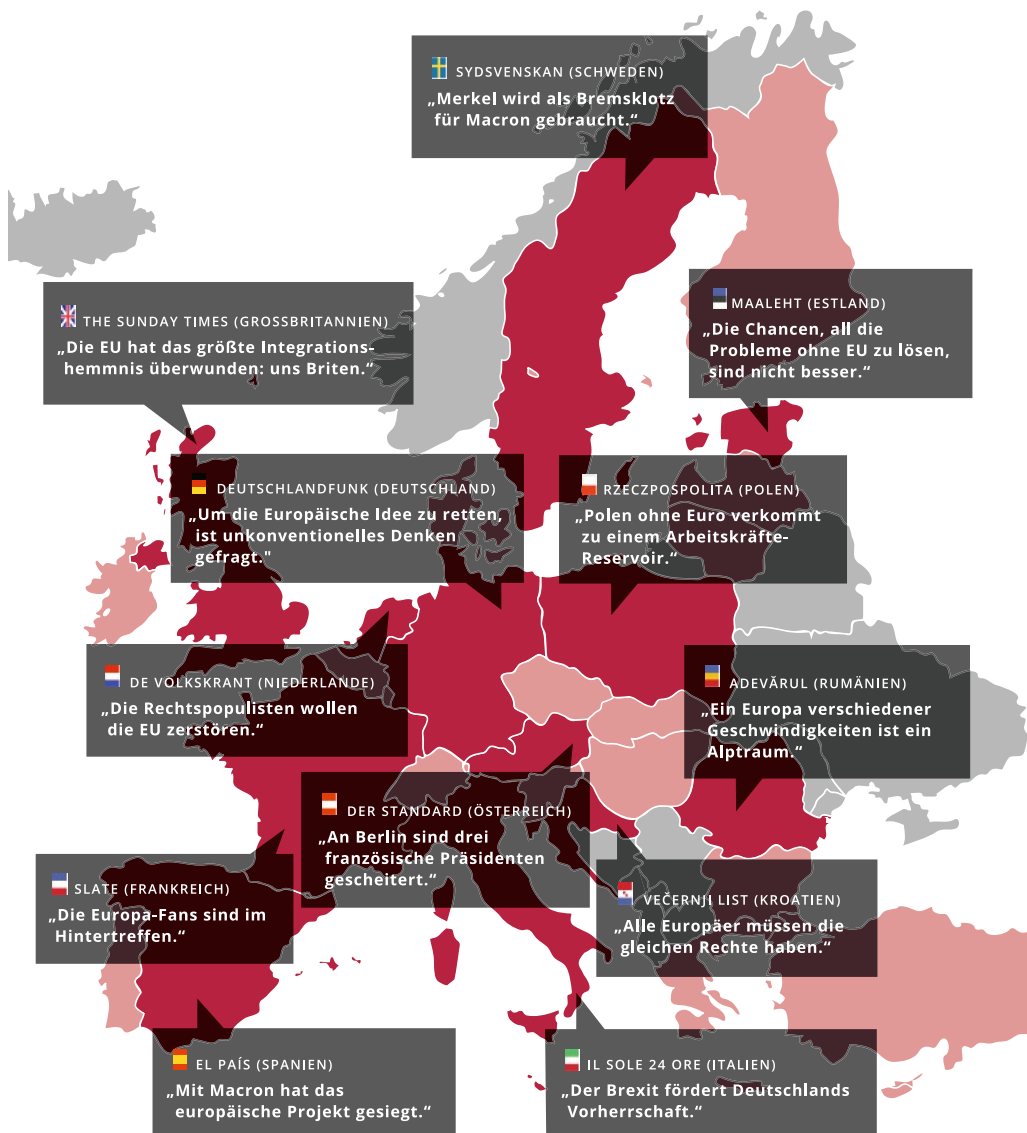
KRZYSZTOF MAZUR

ist promovierter Politikwissenschaftler und Präsident des Thinktanks Klub Jagielloński in Krakau. Er ist zudem Mitglied des Nationalen Entwicklungsrates des polnischen Staatspräsidenten.
kmazur@kj.org.pl

¹⁴ Vgl. Europäische Kommission, Weißbuch zur Zukunft Europas, Brüssel 2017, S. 8.

euro|topics

Europas Presse kommentiert



POLEN UND EUROPA: NEUE EU-SKEPSIS

Piotr Buras

Kurz vor Weihnachten 2017 leitete die EU-Kommission das im Artikel 7 des EU-Vertrags vorgesehene Verfahren gegen Polen ein. Der Antrag der Unionsbehörde an den Europäischen Rat, das schwerwiegende Risiko der Verletzung von fundamentalen Werten der Union in Polen festzustellen, markierte den vorläufigen Höhepunkt in der fast zwei Jahre dauernden Auseinandersetzung um die Rechtsstaatlichkeit in Polen, die durch verfassungswidrige Handlungen der im Oktober 2015 gewählten nationalpopulistischen Regierung der Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość*, PiS) provoziert wurden. Diese richteten sich gegen die Unabhängigkeit der Verfassungsgerichtsbarkeit, der öffentlichen Medien und der Justiz und verletzten damit die Prinzipien der Gewaltenteilung, die sowohl in der polnischen Verfassung verankert sind als auch das Fundament des EU-Rechtssystems bilden.⁰¹ Bereits im Januar 2016 eröffnete die Kommission den sogenannten Rechtsstaatlichkeitsdialog mit Warschau und versuchte in den darauffolgenden Monaten, die PiS-Regierung zum Einlenken zu bewegen. Nachdem diese Bemühungen keinen Erfolg zeigten, entschied sich die Kommission für den ersten – und in der Geschichte der EU präzedenzlosen – Schritt hin zum als „Nukleareption“ apostrophierten Artikel 7, der im Endeffekt den Stimmrechtsentzug für das betreffende Land nach sich ziehen kann.

Das Aufrufen des Artikels 7 ist zweifellos symbolträchtig und einschneidend. In der verfassungspolitischen Dimension des Konflikts, so entscheidend die Abkehr von liberal-demokratischen Prinzipien für Polen auch sein mag, erschöpft sich die neue Weichenstellung der polnischen Europapolitik und des Europadiskurses in Polen allerdings nicht. Der antiliberale Schwenk unter der PiS, der auf relativ wenig Widerstand in der Gesellschaft stieß,⁰² ist im weitesten Sinne als Reaktion auf die postkommunistische Systemtransformation zu deuten⁰³ und damit von einem Wandel der Einstellung zu Europa nicht zu trennen. Die „Europäisierung“ war nämlich das Motto und das Versprechen des polnischen Weges nach 1989 – die Nachahmung des westlichen Gesellschafts-

und Wirtschaftsmodells sowie die Angleichung der Lebensverhältnisse waren die Kernelemente dieser Strategie. Nach über 25 Jahren scheint sie nicht mehr die gleiche Mobilisierungskraft zu entfalten. Und ein Backlash gegen das Modell der polnischen Republik nach 1989 zieht notwendigerweise auch das „Vorbild Europa“ in Mitleidenschaft. Die nach wie vor hohe Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft in der Gesellschaft kann über diese Tatsache nicht hinwegtäuschen.⁰⁴ Europa und Europäisierung fungieren nicht mehr als selbstverständliche und eindeutig positive Bezugspunkte im politischen Diskurs, sondern sie rücken vielmehr ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung. Ein „Polexit“ steht nicht wirklich zur Debatte, aber das Modell und die Funktionsweise der Europäischen Union sowie die Vorteile der europäischen Integration für Polen werden offen hinterfragt und immer kontroverser diskutiert.

Die Gründe für diesen Wandel, seine politischen Folgen und die daraus entstehenden Perspektiven sind Gegenstand dieses Artikels. Ich argumentiere, dass der Einschnitt in der polnischen Europapolitik, der zu einer größeren Integrationsskepsis und womöglich auch schärferen Interessenkonflikten mit EU-Partnern führt, von Dauer sein wird. Zum einen hat dies mit dem Charakter des neuen Kapitels der polnischen Transformation zu tun, in dem die Europäisierung nicht mehr unumstritten als anzustrebendes Ziel gilt. Zum anderen ist das wachsende Konfrontationspotenzial zwischen Polen und EU-Partnern auf die derzeitige Richtung der EU-Integration zurückzuführen. Anders als in der Vergangenheit, als Polen mit der Integrationsdynamik generell zufrieden war und eindeutig von ihr profitierte, werden die heutigen Entwicklungen in Polen zunehmend kritisch beäugt.

Die meisten der derzeit diskutierten Integrationsprojekte und Änderungen in der Funktionsweise der EU gelten als problematisch für die polnischen Interessen. Das gilt übrigens nicht nur für die Regierungspartei PiS. Ob die weitere Vertiefung der Währungsunion, die Veränderungen auf dem Gemeinsamen EU-Markt, die Fortschritte in der Verteidigungskooperation oder die Weiterent-

wicklung der EU-Asylpolitik – in all diesen Bereichen, die eine zentrale Bedeutung für die künftige Gestalt der EU haben, scheint Polen grundsätzliche Vorbehalte zu haben. Die Wahrnehmung der EU als Quelle von Risiken – statt, wie bisher, als Quelle von Möglichkeiten –, die im Diskurs der PiS verbreitet ist,⁰⁵ wird zusätzliche Munition bekommen und zur Vertiefung der EU-kritischen Positionen in Politik und Gesellschaft beitragen.

AUF DEM WEG ZUR ENTEUPÖÄISIERUNG?

Für die Beziehungskrise zwischen der PiS-Regierung und der EU gibt es zahlreiche Gründe: das Primat der Innenpolitik, dem die europa-beziehungsweise außenpolitischen Ziele untergeordnet werden, die bewusste Instrumentalisierung der EU-Kritik und der Migrationskrise für die Zwecke der Mobilisierung der rechtskonservativen Wählerinnen und Wähler sowie die ideologische Distanz zur supranationalen Kooperation. Letztere gewinnt erst dadurch an Bedeutung, dass sich der Kontext der polnischen EU-Mitgliedschaft seit dem Beitritt 2004 grundlegend verändert hat.

Polen trat der EU als ein Transformationsland bei, das sich von der Teilnahme am Integrationsprozess Sicherheit, Stabilität, Wohlstand und finanzielle Unterstützung erhoffte. Die Rückständigkeit des postkommunistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells ließ den Westen und die EU als die einzige Chance auf eine Modernisierung erscheinen. Europa definierte den Horizont der polnischen Ambitionen nicht nur im Bereich der Außenpolitik, sondern auch hinsichtlich der „zivilisatorischen“

Entwicklung. Das schwache Polen wurde ein Teil des starken Westens: Dieses Bild prägte sich in den Köpfen der Eliten und der Bürger ein.

In den vergangenen Jahren kam es in Teilen der Gesellschaft zu einem Perspektivwandel: Der Eindruck der Stärke der EU hat unter ihren multiplen Krisen massiv gelitten. Auch sind Zweifel entstanden, was die Überlegenheit Westeuropas als Wertegemeinschaft angeht. Die angeblichen oder tatsächlichen Makel des Westens – Multikulturalismus, Säkularismus, Wertevergessenheit, Raubtierkapitalismus und vieles mehr – die seine Zukunft vermeintlich gefährden,⁰⁶ stachen desto mehr in die Augen, je selbstbewusster, krisenresistenter und erfolgreicher das ehemals rückständige Polen wurde. Das schwache Europa mit seinen Migranten, dem kollabierenden Sozialstaat und leeren Kirchen, dem ein stolzes Polen gegenüber steht: Dieses Bild mag überzeichnet und selbstgefällig sein. Es reflektiert aber das gewachsene Selbstbewusstsein der polnischen Elite und eine Kritik am Westen, die vor ein paar Jahren noch unvorstellbar war. Dieses Bild wird mit den Mitteln der staatlichen Propaganda gezielt verbreitet und instrumentalisiert. Aber auch sonst funktioniert die Gleichung „Europa = Wohlstand und Sicherheit“ nicht mehr. Das Europäisierungsmantra gehört damit auf den Prüfstand.

Diese Entwicklung wird auch dadurch begünstigt, dass das Paradigma der Europäisierung und Verwestlichung lange Jahre als unbestritten galt und jenseits aller Kritik war. In der Öffentlichkeit wurden die Vorzüge der Integration als dermaßen offenkundig gesehen, dass eine Diskussion über eventuelle Schattenseiten, schwierige Trade-offs oder Ambivalenzen der Stellung Polens in Europa entbehrlich schien. Dies hatte zur Folge, dass die hohe Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft auf einer generellen Zustimmung zum Integrationsprozess basierte, nicht aber auf einer offenen Auseinandersetzung um die Richtung der Integration und nüchternen Abwägung der polnischen Interessen. Seitdem der Mythos Europa zu verblassen begann, fungierte diese positive Einstellung zur EU immer weniger als Wegweiser für die polnische Politik.

Die Entzauberung Europas hängt auch mit der Krise des Liberalismus zusammen. Die liberale oder neoliberale Ära neigt sich ihrem Ende

01 Vgl. Wojciech Sadurski, *How Democracy Dies* (in Poland), Sydney Law School Research Paper 18/01, 18.1.2018, https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3103491.

02 Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CBOS hätten im Januar 2018 44 Prozent der Polen die Regierungspartei PiS gewählt. Die Unterstützung für die größte Oppositionspartei Bürgerplattform (PO) lag bei 15 Prozent. Vgl. Sondaż: Poparcie dla PiS niemal trzykrotnie większe, niż dla PO, 18.1.2018, www.newsweek.pl/-artykuly,422048,1.html.

03 Vgl. den Bericht von Maciej Gdula et al., *Dobra zmiana w Miastku*, Warszawa 2017. Zu dem Bericht siehe auch den Beitrag von Michał Sutowski in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

04 Im August 2017 unterstützten 88 Prozent der Polen die EU-Mitgliedschaft des Landes. Vgl. CBOS Newsletter 29/2017, <http://cbos.pl/PL/publikacje/news/2017/29/newsletter.php>.

05 Vgl. Adam Balcer/Piotr Buras et al., *Change in Poland but What Change?*, Stefan Batory Foundation, Mai 2016, www.batory.org.pl/upload/files/Programy%20operacyjne/Otwarta%20Europa/Change%20in%20Poland.pdf.

06 Exemplarisch für diese Sicht ist das Buch eines führenden PiS-Außenpolitikers und Chefs des Präsidialamtes: Krzysztof Szczerski, *Utopia europejska. Kryzys integracji i polska inicjatywa naprawy*, Kraków 2017.

zu, auch in Polen. Sie war nicht nur durch eine stramm marktwirtschaftliche Ideologie geprägt, sondern sie trug auch starke kulturelle Züge: Die Fragen nach Identität und Verankerung wurden der Apotheose der „flachen Welt“⁰⁷ hintangestellt, und der Glaube an einen alternativlos gewordenen Fortschritt zu mehr Wohlstand, Offenheit und Vernetzung beförderte die Vorstellung von der EU als Trägerin und Versprechen einer besseren Zukunft. „Die heutige massenhafte Rückwendung der Polen zu Geschichte, Patriotismus, zum Denken in nationalen Kategorien, ist eine Art verspätete Reaktion auf die Modernisierungstrends der 1990er Jahre“, schrieb kürzlich ein konservativer Publizist der Tageszeitung „Rzeczpospolita“.⁰⁸ Wenn die Gewissheiten der liberalen Ära nicht mehr unbestritten sind, bröckelt auch das Fundament der bisherigen Europapolitik. Ob damit der Weg der relativen Enteuropäisierung eingeschlagen wird, hängt nicht zuletzt davon ab, wie die polnischen Eliten und die Gesellschaft die Perspektiven der Integration in ihren wichtigsten Bereichen einschätzen.

EURO: ANGST VOR MARGINALISIERUNG

Die Liste der polnischen EU-Sorgen wirft auch die Frage nach der Zukunft der Eurozone auf. Polen ist nicht bereit, in absehbarer Zukunft die Gemeinschaftswährung einzuführen, obwohl es heute schon die meisten Beitrittskriterien erfüllt. Ein solcher Schritt würde allerdings eine Verfassungsänderung erfordern, für die eine Zweidrittelmehrheit im Parlament notwendig ist. Darüber hinaus lehnen die Polen den Euro mehrheitlich ab. Diese skeptische Haltung, deren wissenschaftliche Fundierung auch in Polen umstritten ist, hat aber einen Preis:

Erstens wird der „Brexit“ weitreichende Folgen für die Nicht-Euro-Länder haben und zu einer gravierenden Machtverschiebung zugunsten der Eurozone führen. Ohne das Vereinigte Königreich stehen die Nicht-Euro-Länder für nur 15 Prozent des Wirtschaftspotenzials der EU, und ihre Einflussmöglichkeiten drohen nach dem Austritt der Briten entsprechend zu schrumpfen.

⁰⁷ Vgl. Thomas L. Friedman, *The World is Flat. A Brief History of the Twenty-First Century*, New York 2005.

⁰⁸ Michał Szuldrzyński, *Przerwany europejski sen*, in: *Rzeczpospolita*, 20./21. 1. 2018.

Werden sich die Regeln des Binnenmarktes oder die Bestimmungen zur Sozialpolitik nicht zunehmend nach Interessen der Eurozone richten? Wird diese ihre Überlegenheit nicht dazu nutzen, die EU-Finanzmittel stärker nach ihrem eigenen Bedarf zu kanalisieren? Das Fehlen der starken Stimme der Briten, die sich in der Vergangenheit solchen Bestrebungen erfolgreich widersetzen konnten, kann für Polen und die wenigen anderen Nationalwährungshüter bittere Folgen haben.

Zweitens ist die Debatte über eine Reform der Eurozone voll im Gange, und sie birgt auch aus der Perspektive der Nicht-Euro-Länder Risiken. Es ist noch nicht abzusehen, wie der angekündigte deutsch-französische Reformvorschlag, der bis Juni 2018 vorliegen soll, aussehen wird, aber die meisten aktuell diskutierten Ideen laufen auf eine institutionelle Stärkung der Eurozone hinaus. Ob ein separater Haushalt für die Eurozone, ein Euro-Finanzminister oder eine Stärkung der Eurogruppe – die EU der zwei Geschwindigkeiten droht auf diese Weise Realität zu werden. Zwar ist auch Warschau daran interessiert, dass die Eurozone auf Dauer stabilisiert wird – paradoxerweise werden dabei die französischen Reformideen, die auf eine solidarische Transferunion und engere politische Zusammenarbeit zielen, selbst von PiS-nahen Experten für effizienter gehalten als der von Fiskaldisziplin geprägte deutsche Ansatz –, politisch aber steht Polen vor einem Dilemma: In einer EU, in der eine stärker integrierte Eurozone immer bestimmender würde, liefe es für Polen auf geringere Einflussmöglichkeiten hinaus.

EU-MARKT: GESPENST DES PROTEKTIONISMUS

Die politische Schwächung beziehungsweise Marginalisierung Polens, die bei einer Konsolidierung der Eurozone zu erwarten ist, kann die Interessen des Landes dort am stärksten treffen, wo der Nutzen der Integration am größten ist: auf dem gemeinsamen EU-Markt. Selbst wenn sich die PiS-Regierung nicht integrationsfreudig gibt, verteidigt sie mit Nachdruck die vier EU-Freiheiten (freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr), die für sie – im Gegensatz zur politischen Integration – den Kern des EU-Projektes ausmachen. Gleichzeitig sehen die Regierung sowie ein großer Teil der politischen Eliten ausgerechnet diese Freiheiten durch den Aufstieg des westeuropäischen Protektionismus immer mehr bedroht.

Einen Anlass für diese Befürchtung bot nicht zuletzt die jüngste Diskussion über die Reform der EU-Entsenderichtlinie. Sie führte zur Veränderung der EU-Regelungen, die unter anderem den Zugang polnischer Arbeitnehmer zu den Arbeitsmärkten in den westlichen EU-Mitgliedsstaaten einschränken. Während in Westeuropa die neuen Vorschriften als Maßnahmen gegen Sozialdumping dargestellt werden, gelten sie für die Mehrheit der Polen als Versuche, die westeuropäischen Märkte gegen Wettbewerb aus Mittel- und Osteuropa abzuschirmen. Es wird dabei oft argumentiert, die Öffnung der EU-Arbeitsmärkte für Niedriglohnarbeiter aus dem Osten sei eine Konzession für den uneingeschränkten Zugang für die westlichen Firmen zu den neuen Absatzmärkten nach der EU-Osterweiterung gewesen, die heute von Westeuropa gekündigt werde.

Die Reform der Entsenderichtlinie ist nur ein Beispiel für eine Tendenz, die in Polen als „protektionistische Wende“ kritisiert wird. Diese richtet sich vor allem gegen die Interessen der mittel- und osteuropäischen Länder, die ihr ökonomisches Modell von unterschiedlichen Initiativen bedroht sehen. Auch bereits eingeführte oder diskutierte Maßnahmen zur sozialen Dimension der EU (soziale Mindeststandards, europaweiter Mindestlohn), zum Schutz der strategischen Investitionen (der zum Beispiel die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China erschweren kann) oder zur Steuerharmonisierung werden in diesem Kontext bewertet.

Die kritische Wahrnehmung der wirtschaftspolitischen Integration wird dadurch verschärft, dass für die These einer Benachteiligung der mittel- und osteuropäischen Länder beziehungsweise Firmen auf dem EU-Markt immer neue Argumente herangeführt werden. Laut einem Bericht des Thinktanks Polityka Insight gehen die Wettbewerbshüter der Europäischen Kommission mit Firmen aus den „neuen“ EU-Ländern härter ins Gericht als mit westeuropäischen Unternehmen.⁹⁹

Auch die Rolle des ausländischen Kapitals, das die große Öffnung der mittel- und osteuropäischen Märkte noch vor der EU-Osterweiterung für eine Expansion nutzte, wird immer kritischer beurteilt. Dem Ökonomen Thomas Piketty zufolge betrug der jährliche Nettotransfer aus dem EU-Haushalt nach Polen in den Jahren 2010 bis 2016 2,7 Prozent des polnischen Bruttosozialprodukts, während die

jährlichen Gewinne ausländischer Firmen in Polen im gleichen Zeitraum 4,7 Prozent des polnischen Bruttosozialprodukts entsprachen.¹⁰ Es lässt sich trefflich argumentieren, dass das investierte Kapital zur Entwicklung der polnischen Wirtschaft beitrug und Arbeitsplätze schuf. Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass solche Zahlen oder auch Analysen der „Steuroptimierung“ durch ausländische Firmen einen Schatten auf die bisher kaum infrage gestellte positive Kosten-Nutzen-Bilanz der EU-Mitgliedschaft werfen.

Dass sich die Europäische Union weg von der (Markt-)Liberalisierung und hin zu mehr Protektionismus bewegt, stärkt in Polen die Wahrnehmung, dass der ökonomische Nutzen der Integration nachlassen und die Vertretung der polnischen Interessen in der Zukunft schwieriger sein wird. Dies geht mit der beginnenden Diskussion um den neuen EU-Finanzrahmen einher, die ebenfalls keinen Anlass für Optimismus bietet: Die bisher üppigen Finanztransfers für Polen werden, so die Erwartung, gekürzt – der Brexit, neue Ausgabenprioritäten und möglicherweise eine Konditionalität nach Maßstäben der Rechtsstaatlichkeit lassen dieses Szenario als sehr wahrscheinlich erscheinen. Es gibt aus polnischer Sicht also einen weiteren Grund, die wirtschaftliche Integrationsdynamik in der EU ohne große Euphorie zu betrachten.

ASYLPOLITIK: GEISEL DER INNENPOLITIK

Asyl- und Migrationspolitik werden, so darf man annehmen, die Zukunft der EU in den kommenden Jahren wie möglicherweise kein anderes Thema bestimmen. Die Frage, wie die europäische Solidarität bei der Aufnahme von Geflüchteten, beim Schutz der Außengrenzen sowie bei der Gestaltung der Beziehungen mit den Herkunftsländern gewährleistet werden kann, wird die Beziehungen unter den EU-Mitgliedern stark beeinflussen, zu neuen Koalitionen führen und für Spannungen sorgen. Für Polen, das bisher weder starken Zuwanderungswellen ausgesetzt war noch von einer ethnischen beziehungsweise religiösen Vielfalt gekennzeichnet ist, ist die neue Zentralität der Migrationsproblematik in der EU eine große Herausforderung. Dies zeigte sich bereits im Herbst 2015, als sich die liberale Regierung der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska,

⁹⁹ Vgl. Piotr Semeniuk, (Un)Fair Competition, Polityka Insight Research, 2017, www.politykainsight.pl.

¹⁰ Vgl. Thomas Piketty, 2018, The Year of Europe, 16. 1. 2018, www.piketty.blog.lemonde.fr/2018/01/16.

PO) erst widerwillig und unter Druck Berlins – und gegen die Stimmen der anderen Visegrád-Staaten Slowakei, Tschechien und Ungarn – für Flüchtlingsquoten nach einem verbindlichen Verteilungssystem aussprach. Die kurz darauf angetretene PiS-Regierung lehnte die Annahme von Flüchtlingen rundheraus ab, woraufhin die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen einleitete (wie auch gegen Tschechien und Ungarn).

Die Verpflichtung, sich an der Lösung der „Flüchtlingskrise“ zu beteiligen, traf Polen hart – weder die Eliten noch die Gesellschaft waren darauf vorbereitet. Als Polen der EU beitrug, spielten Asylfragen kaum eine Rolle, und es war nicht zu erwarten, dass die EU-Mitgliedschaft die Aufnahme von Zuwanderern aus nichteuropäischen Ländern nach sich ziehen würde. Dieses häufig genutzte Argument mag angesichts der geringen Zahlen – Polen sollte zunächst 7000 Flüchtlinge aufnehmen – vorgeschoben klingen. Es spiegelt aber das zentrale Problem wider: Wegen äußerer Umstände, die das Land nicht zu verantworten hat, verändert sich die Funktionsweise der Union in eine Richtung, die Polen nicht bereit ist, mitzutragen. Mit anderen Worten: Eine EU, in der die EU-Tauglichkeit nicht zuletzt an der Aufnahmebereitschaft der Mitgliedsstaaten bemessen wird, erfordert schwierige Anpassungen – oder droht ein weniger freundlicher Ort zu werden.

Diese objektiven Rahmenbedingungen ändern allerdings nichts an der Tatsache, dass die polnische Regierung in der Frage der Asylpolitik zur Geisel ihrer eigenen Strategie geworden ist. Die herablassenden und gelegentlich fremdenfeindlichen Äußerungen der PiS-Vertreter über Geflüchtete und die entsprechende Berichterstattung im staatlichen Fernsehen verfestigten die ablehnende Haltung der polnischen Gesellschaft gegenüber Migrantinnen und Migranten. Eine Wende hin zu einer Politik, die dem Gebot der Solidarität und Rechtstreue gerecht wäre, ist damit so gut wie undenkbar geworden.

Diese gezielt herbeigeführten Umstände – die Ressentiments und die Angst in der Gesellschaft – liegen als schwere Hypothek auf der polnischen Flüchtlingspolitik, was den Spielraum für eine EU-konforme Haltung einschränkt. Auch wenn die von der Regierung vertretene These, Polen mache für die Bekämpfung der Fluchtursachen mehr als viele andere EU-Länder und hätte darüber hinaus eine Million geflüchtete Ukrainer aufgenommen, Lügen gestraft wurde, steht Warschau mit Blick auf seine finanziellen Leistungen und seinen

Beitrag zum Schutz der EU-Außengrenzen den übrigen EU-Ländern in nichts nach. Entscheidend ist allerdings die Tatsache, dass die wichtigsten der aktuell in der EU diskutierten Maßnahmen – ein auf Freiwilligkeit und Anreizen basierender Verteilungsmechanismus, die direkte Umsiedlung der Flüchtlinge nach Europa (*resettlement*) und legale Migrationswege für Arbeitskräfte aus Afrika im Gegenzug für Rücknahmeverträge¹¹ – die polnische rote Linie überschreiten: das Nein zur Aufnahme von Migranten aus nichteuropäischen Staaten. Es ist daher abzusehen, dass die Fortschritte in der EU-Asyl- und Migrationspolitik Polen immer stärker unter Druck setzen werden.

VERTEIDIGUNG: DILEMMATA DES NACHZÜGLERS

Auch im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gibt es in Polen wenig Begeisterung für den eingeschlagenen Weg. Während für Frankreich die im November 2017 beschlossene PESCO (Permanent Structured Cooperation) ein Schritt in Richtung strategischer Autonomie Europas sein soll und Deutschland vor allem an der politischen Dimension dieser ständigen strukturierten Zusammenarbeit interessiert ist, trat Polen der Initiative erst nach langwierigen internen Kontroversen und trotz tiefer Bedenken bei. Die PESCO soll im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) zu einer besseren Koordinierung der Rüstungspolitik, stärkeren Verknüpfung der Rüstungsindustrien sowie gemeinsamen Finanzierung von Rüstungsprojekten führen. Sie gilt als Antwort auf die neue geostrategische Lage, in der sich Europa stärker selbst um die eigene Sicherheit kümmern soll. Das Brexit-Votum hat diesen Prozess beschleunigt, da sich das Vereinigte Königreich lange einer Vertiefung der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit widersetzte.¹²

Die polnische Zurückhaltung gegenüber diesem neuen Integrationsprojekt hat sowohl sicherheits- als auch industriepolitische Gründe.¹³ Warschau,

¹¹ Vgl. Mattia Toaldo, Don't Close Borders, Manage Them: How to Improve EU Policy on Migration Through Libya, European Council on Foreign Relations, ECFR Policy Memo, 15.6.2017, www.ecfr.eu/publications/C238.

¹² Außer den Briten beteiligen sich nur Dänemark und Malta nicht an der PESCO.

¹³ Vgl. Marcin Zaborowski, Poland and European Defence Integration, ECFR Policy Brief, 25.1.2018, www.ecfr.eu/publications/summary/poland_and_european_defence_integration.

das sich mehr als Westeuropa dem Risiko eines militärischen Konfliktes mit Russland ausgesetzt fühlt, setzt stark auf die NATO und die USA als Garanten seiner Sicherheit.¹⁴ Die Skepsis über die Dauerhaftigkeit des amerikanischen Engagements ist in Polen hingegen weniger ausgeprägt als in Westeuropa. So erfüllt Polen zum Beispiel das von den USA bei den Militärausgaben immer wieder eingeforderte „Zwei-Prozent-Ziel“ (bezogen auf den Anteil, den das Verteidigungsbudget am Haushalt ausmachen sollte). Der polnischen Regierung liegt viel daran, dass die Streitkräfte der EU-Mitgliedsstaaten, die gleichzeitig NATO-Partner sind, möglichst ausreichend auf den sogenannten Bündnisfall nach Artikel 5 des Nordatlantikpaktes vorbereitet sind. Nach der polnischen Interpretation kann die PESCO diesem Ziel in die Quere kommen.

Sollten sich die EU-Mitgliedsstaaten bei der Entwicklung ihrer militärischen Fähigkeiten demnächst zunehmend an den Vorgaben der EU-Planung statt der NATO-Planung orientieren, könnte dies, so die Befürchtung, ihre Einsatzfähigkeit zum Zwecke der kollektiven Verteidigung einschränken und sie stärker auf Krisenmanagement und Auslandseinsätze ausrichten. Dies würde vor allem den Interessen Frankreichs dienen, das den Schwerpunkt der europäischen Verteidigung auf den Mittelmeerraum und vor allem Afrika verlegen möchte.

Den gleichen Interessengegensatz gibt es in der Rüstungspolitik. Eine engere industrielle Zusammenarbeit, die zum Beispiel durch mit EU-Geldern subventionierte transnationale Projekte gefördert würde, entspräche vor allem den Interessen der großen westeuropäischen Firmen, die sich auf dem Markt viel leichter durchsetzen können. Polen mit seiner mittelgroßen Rüstungsindustrie fürchtet, dass die eigenen Ambitionen in diesem Bereich durch die EU-Politik konterkariert werden könnten. Joint Ventures mit europäischen Großkonzernen könnten zur faktischen Übernahme der polnischen Konkurrenten führen und nebenbei auch die strategisch wichtige Zusammenarbeit mit US-Firmen erschweren.

Hinter der Entscheidung, der PESCO letzten Endes doch beizutreten, stand also keine Begeis-

terung für das Projekt, sondern vielmehr das Kalkül, diese aus polnischer Sicht zweifelhafte Initiative von innen zu beeinflussen, um den Schaden zu begrenzen.

PERSPEKTIVEN

Die Kritik des westlichen Gesellschaftsmodells, die Rückkehr zur starken nationalen Identität, die Skepsis über die aktuelle Integrationsdynamik sowie das Hinterfragen der bisherigen Gewissheiten über den Nutzen der Integration: All das ist noch kein Vorbote eines „Polexit“. War aber die polnische Transformation nach 1989 von einer politisch gewollten und von Eliten forcierten Europäisierung geprägt, ist heute eine gegenteilige Tendenz spürbar. Die Enteuropäisierung stellt nicht die EU-Mitgliedschaft infrage, sondern sie bestimmt zunehmend die polnische Politik innerhalb der EU. Polen ist zu einem integrations skeptischen Land geworden.

Dies hängt nicht nur mit der ideologischen Verbohrtheit der PiS, sondern auch mit Interessengegensätzen zusammen. Diese stellen Polen vor ein Dilemma: Wird das Land den aktuellen Kurs fortsetzen und sich einer stärkeren Zusammenarbeit in den wichtigen Bereichen verweigern, droht Polen in die Rolle des Außenseiters zu fallen, die den Ambitionen des Landes nicht gerecht wird. Ohne die Gewinne der Integration aufs Spiel zu setzen, kann Warschau diesen Weg nicht einschlagen. Eine aktive und konstruktive Teilnahme an der Weiterentwicklung der EU würde allerdings ein Umdenken der nationalen Interessendefinition und ihre Hierarchisierung sowie die Aufgabe des politischen Maximalismus erfordern, demzufolge jeder Kompromiss praktisch eine Niederlage sei. Vor allem aber müsste die polnische Regierung die Relevanz der Europapolitik wiedererkennen, die in den vergangenen zwei Jahren zu einem bloßen Instrument der Innenpolitik degradiert worden ist. Nur dann wird eine neue Politik möglich sein, die den Herausforderungen der sich verändernden EU gerecht wird.¹⁵

¹⁴ Siehe hierzu auch den Beitrag von Kai-Olaf Lang in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

¹⁵ Für eine umfassende Analyse der Europapolitik der PiS-Regierung vgl. Adam Balcer/Piotr Buras et al., In a Clinch. The European Policy of the PiS Government, Stefan Batory Foundation, September 2017, www.batory.org.pl/upload/files/pdf/rap_otw_eu/In%20a%20clinch-report.pdf.

PIOTR BURAS

ist Politikwissenschaftler und Journalist sowie Leiter des Warschauer Büros des European Council on Foreign Relations (ECFR).
piotr.buras@ecfr.eu

DEN OSTEN REKONSTRUIEREN, DEN WESTEN KONSOLIDIEREN

Polens strategische Rolle im internationalen Umfeld

Kai-Olaf Lang

Über Jahrhunderte lag Polen in einer prekären Mitte Europas: keineswegs an der Peripherie, jedoch auch nicht im politischen Zentrum des Kontinents. Vielmehr befand es sich in einer Zwischenlage, in der insbesondere das Zusammenspiel der großen Nachbarn im Westen und Osten eine existenzielle Gefahr bedeuteten. Es wundert daher nicht, dass Polen nach dem Ende des Kalten Krieges an einer Neuordnung Europas interessiert war, die seine geopolitische Exponiertheit überwinden würde. Polens „Rückkehr“ in die Strukturen der europäischen Integration und seine Eingliederung in die transatlantische Gemeinschaft waren deswegen nicht nur kulturell-identitätsbasierte Generalziele aller Warschauer Regierungen seit 1989, sondern auch Ausdruck des Wunsches, die strategische Architektur Europas so zu verändern, dass diese Richtungs- und Zugehörigkeitsentscheidungen robust abgestützt werden würden gegen allfällige Revisionsbestrebungen aus dem Osten.

Blickt man auf Polens Außenhandeln des vergangenen Vierteljahrhunderts, so wird ersichtlich, dass sich die Erfahrungen der eigenen Geschichte und das Bewusstsein über die schwierige politisch-geografische Lage zu einer strategischen Identität verschmolzen haben, die sich in einen gefestigten außenpolitischen Konsens übersetzt hat, der sowohl vor als auch nach dem Beitritt zur Europäischen Union und zur Nordatlantischen Allianz Bestand hat. Vereinfachend ließe sich diese Disposition als versicherheitslichte Politik der euroatlantischen Westbindung mit einem Nahverhältnis zu den USA und einer spürbaren Fokussierung auf Entwicklungen im postsowjetischen Osten beschreiben. Im Einzelnen umfasst diese polnische strategische Konfi-

guration eine ganze Reihe von Kernelementen. Hierzu gehören ein hoher Stellenwert von Sicherheitspolitik, ein ausgeprägtes Risikoempfinden und ein Denken in geopolitischen Kategorien, eine starke Beschäftigung mit dem Verhalten Russlands und der Situation in der direkten östlichen Nachbarschaft Polens beziehungsweise der EU, die sicherheitspolitische Sensibilisierung von NATO und EU mit Blick auf Europas Osten, die Forderung effektiver und solidarischer Partnerschaften in den Strukturen des Westens, die Wahrnehmung der USA als entscheidender Sicherheitsanker, die langfristige Überwindung der polnischen Randlage in EU und NATO durch eine Verwestlichung von Nachbarländern wie der Ukraine sowie der Abbau von Verwundbarkeiten durch Russland.

Quer zu diesen außen- und sicherheitspolitischen Grundherausforderungen liegt die Frage nach der geostrategischen „Rolle“ Polens. Denn dass Polen eine solche Rolle – und noch dazu eine eigenständige – spielen kann, ist in historischem Maßstab keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Immerhin gab es tragische Phasen, in denen Polen als außenpolitischer Akteur überhaupt nicht vorkam. Und selbst wenn es einen polnischen Staat gab, war die Autonomie oftmals gering. Polen konnte sich seine Rolle auf Europas geostrategischem Schachbrett nicht selbstbestimmt auswählen, sondern sie wurde dem Land zugewiesen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion Ende 1991 sowie Polens Beitritt zur NATO 1999 und der EU 2004 markierten denn auch den Eintritt in eine Phase völlig neuer Qualität. Polen kann als gewichtiger Bestandteil dieser Verbünde deren innere Verfasstheit sowie deren außenpolitisches Wirken mitgestalten. Mit anderen Worten: Polen verwandelte sich endlich vom Spielball

der Mächte zum autonomen Spieler, kam aus seiner historischen Zwangs- und Zwischensituation heraus und ist nun statt eines *policy takers* ein *policy maker*.

POLEN UND DER OSTEN

Besonders deutlich wird dieser Übergang am Beispiel der polnischen Ostpolitik. Nach vier Jahrzehnten erzwungener Zugehörigkeit zum sowjetischen Osten setzte Polen nach 1989 alles daran, in den politischen Westen zu gelangen. Dennoch blieb der Osten für die polnische Außen- und Sicherheitspolitik von überragender Relevanz; Russland ist für Polen nach wie vor eine Quelle der Ungewissheit, ja der Bedrohung. Die Fragilität der neu entstandenen Staatsgebilde jenseits der polnischen Ostgrenzen und die offenen Flanken für russische Einflussnahme verstärkten derlei Sorgen. Polen geht es darum, von Russland ausgehende neoexpansive Tendenzen im postsowjetischen Raum abzuwehren und geopolitische Pluralität abzusichern. Die eigenen außenpolitischen Bemühungen zielen daher primär darauf ab, die Staaten zwischen Polen beziehungsweise dem Westen einerseits und Russland andererseits in ihrer Staatlichkeit zu stärken und perspektivisch zu europäisieren. Ein Großteil des polnischen Engagements richtet sich dabei auf die Ukraine, die ein Grundpfeiler des geopolitischen Arrangements in Osteuropa ist. Polen agiert dabei nach dem Motto, dass Russland ohne die Ukraine kein eurasisches Imperium sei.⁰¹

Insgesamt hat Polen stets daran gearbeitet, eine Ostpolitik umzusetzen, die der russischen Herausforderung durch Kooperationsvertiefung mit Partnern aus der Region begegnet. Dieser in Anlehnung an die multinationale polnisch-litauische Adelsrepublik (1569–1795), die *Rzeczpospolita*, auch als „jagiellonisch“ bezeichnete Ansatz setzt auf das Zusammenwirken mit Ländern wie der Ukraine oder Belarus: jetzt aber partnerschaftlich und nicht im gemeinsamen Staatsverbund – und natürlich weit über die Grenzen der alten Republik hinausgreifend.⁰²

⁰¹ Diese Einschätzung des in Polen allseits respektierten ehemaligen US-Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski verwendete sinngemäß auch der damalige polnische Präsident Aleksander Kwasniewski nach der Orangen Revolution 2004 in der Ukraine.

⁰² Inspiriert wurde diese „jagiellonische“ Ostpolitik nach 1989 insbesondere durch die Ideen von Denkern um die Exilzeitschrift „Kultura“ und deren Spiritus Rector Jerzy Giedroyc. Das entspre-

chen Polen sucht daher langfristig eine Neuordnung des strategischen Tableaus im Ostteil des Kontinents. Nach den Erweiterungsrunden von EU und NATO nach Mittel- und Südosteuropa möchte es eine veritable Rekonstruktion des Ostens. Der Beitritt zur EU öffnete Polen hierbei neue Möglichkeiten, denn der alte polnische Missionismus etwa gegenüber der Ukraine konnte nun auf die Unionsebene „hochgeladen“ werden: Nicht von ungefähr war es Polen, das (zusammen mit Schweden) 2009 die Östliche Partnerschaft (ÖP) lancierte, ein Kooperationskonzept zur Dynamisierung der Beziehungen zu den östlichen Nachbarn der EU innerhalb der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Auch wenn sich Polen nicht in allen Punkten durchsetzen konnte und in der Kompromissmaschine EU Vorschläge aus Warschau – wie etwa der einer langfristigen Beitrittsperspektive für Länder wie die Ukraine – keinen Widerhall fanden, trug Polens Eintreten für Osteuropa und den Südkaukasus dazu bei, diese Regionen auf der mentalen und politischen Landkarte der EU-Außenpolitik zu platzieren.⁰³

Die Ukraine-Krise ab 2014 und die Annexion der Krim durch Russland bekräftigten Polen in seinem pessimistischen Urteil. Polnische Politiker und Fachleute hatten immer wieder vor russischer Destabilisierung im ehemals sowjetischen Herrschaftsbereich gewarnt. Sie sahen sich nun bestätigt und forderten neben mehr Anstrengungen der NATO auch eine härtere Gangart der EU gegenüber Russland. Dass gerade Deutschland, dem man immer naives Russlandverstehertum unterstellt hatte, eine konsequente Sanktionspolitik in der EU durchsetzte und kein russisches Mitspracherecht über die außenpolitische Orientierung der Ukraine akzeptierte, war für viele polnische Beobachter eine positive Überraschung. Gleichwohl blieben Zweifel. Nachdem Polen auf dem Höhepunkt der Maidan-Proteste zusammen mit Frankreich und Deutschland eine

chende politische Konzept (auch ULB genannt – Ukraine, Litauen, Belarus) basiert unter anderem auf der Annahme, dass es ohne eine unabhängige Ukraine kein freies Polen geben könne. Zum Kontext vgl. Michał Urbańczyk, Idea ULB (Ukraina-Litwa-Białoruś) w myśli Jerzego Giedroycia i Juliusza Mieroszewskiego, in: Paweł Fiktuś/Henryk Malewski/Maciej Marszał (Hrsg.), „Rodzinna Europa“. Europejska myśl polityczno-prawna u progu XXI wieku, Wrocław 2015, S. 309–322.

⁰³ Auch in der NATO setzte sich Polen grundsätzlich für eine „Politik der offenen Tür“ für die Ukraine und Georgien ein. Mittlerweile werden derlei Forderungen aber nicht mehr offensiv formuliert.

wichtige Vermittlungsleistung erbracht hatte, fiel es aus den weiteren Gesprächen über die Regulierung des Konfliktes heraus: „Normandie statt Weimar“ löste in Warschau vielfach Enttäuschung aus, fühlte man sich nun von Berlin ignoriert.

Auch das geplante Gaspipelinesystem „Nord Stream 2“ durch die Ostsee, das von westlichen, darunter auch deutschen Firmen mit der russischen Gazprom verwirklicht werden soll, erweckt Misstrauen in Polen. Viele polnische Beobachter sehen in diesem Vorhaben ein Leuchtturmprojekt, das nicht nur der Ukraine schade – da diese als Transitland überflüssig werden könnte –, sondern auch Polen, weil es neue Wechselseitigkeit zwischen Deutschland und Russland mit sich bringe.

POLEN UND DIE NATO: „ZURÜCK ZU DEN WURZELN“

Als Polen 1999 Mitglied der NATO wurde, war dies für das Land eine sicherheitspolitische Zeitenwende. Mit den Sicherheitsgarantien des mächtigsten Verteidigungsbündnisses im Rücken schien Polen seiner geopolitischen Zangenlage endlich entkommen zu sein. Nicht nur war man nun mit Deutschland in derselben Allianz, vor allem hatte man sich aus einem möglichen strategischen Niemandsland zwischen der NATO und Russland herausbewegt. Der sicherheitspolitische Quantensprung aber resultierte aus dem Schutzversprechen des US-amerikanischen Bündnispartners mit seinem mächtigen militärischen Arsenal, seinem immer wieder bekräftigten und aus polnischer Sicht historisch verbrieften politischen Engagements für das östliche Europa und dessen Freiheit.

Trotzdem verbreitete sich in den Folgejahren ein Unbehagen. Spätestens nach dem 11. September 2001 veränderte sich der Betriebsmodus der NATO rapide. Nicht zuletzt auf Drängen der USA transformierte sich das Bündnis und bewegte sich hin zu einer fast schon weltweit agierenden Organisation zur Bekämpfung von Terrorismus und Tyrannen. Warschau widerstrebte diese Entwicklung, zog sie doch Aufmerksamkeit von den Bedrohungsszenarien ab, um die es Polen ging – nämlich um Russland und die Situation im weiteren Osteuropa. Polen blieb in dieser Situation nichts anderes übrig, als den Wünschen der USA zu entsprechen. Angesichts der amerikanischen Ansage „out of area or out of business“

befand sich Polen in einer geradezu dialektischen Situation: Um für Washington ein loyaler Partner zu bleiben, musste Warschau den Umbau der NATO, den man so eigentlich nicht wollte, aktiv unterstützen. Zu den Flaggschiffmissionen gehörte auch für Polen die Entsendung beachtlicher militärischer Kontingente nach Afghanistan.

Entsprechend regte sich in Polen auch Widerstand. Die „klassische NATO“ sollte nicht über den Haufen geworfen werden; aus polnischer Sicht galt es, eine Balance zwischen althergebrachter Territorialverteidigung und Stabilisierungsaufgaben jenseits des Bündnisgebietes zu finden. Warschau war zwar bereit, sich an *peace keeping* und ähnlichen Maßnahmen intensiv zu beteiligen, betonte aber, dass man dazu nur in der Lage sei, wenn gewiss sei, dass Artikel 5 des Nordatlantikvertrags, der Bündnissolidarität und Kollektivverteidigung in Aussicht stellt, auch weiter in Kraft bleibe.⁰⁴

Doch der Ruf nach einer Rückkehr zu den Wurzeln der NATO wurde im Grunde erst nach Ausbruch der Ukraine-Krise erhört. Erst jetzt war die Akzeptanz unter den Verbündeten groß genug, dass den Forderungen Polens und anderer NATO-Länder Geltung verschafft wurde.⁰⁵ Die NATO-Gipfel in Newport im September 2014 und in Warschau im Juli 2016 brachten dann das, was Polen seit Jahren angemahnt hatte: mehr Abschreckung und bessere Verteidigung. Unter anderem die Schaffung neuer hochreaktiver Eingreiftruppen (Very High Readiness Joint Task Force, VJTF, auch „NATO-Speerspitze“), die Intensivierung von gemeinsamen Manövern sowie vor allem die Stationierung von Bündnistruppen in Bataillonsstärke auf dem eigenen Staatsgebiet (Enhanced Forward Presence) sind aus polnischer Sicht entscheidende Schritte weg von einer NATO-Mitgliedschaft „zweiter Klasse“.⁰⁶

04 Vgl. Bogusław Winid, Artykuł 5. Traktatu waszyngtońskiego jako fundament NATO (Rede des Unterstaatssekretärs im polnischen Verteidigungsministerium auf einer Konferenz des Büros für Nationale Sicherheit zur Zukunft der NATO), in: Bezpieczeństwa Narodowego, Sondernummer 4/2007, S. 42–46, www.bbn.gov.pl/download/1/1025/arttykul5.pdf.

05 Polen beteiligt sich daher aktiv an den Treffen der sogenannten Bucharest Nine, einer losen Gruppe von neun Ländern aus dem östlichen Bereich der NATO (benannt nach dem ersten Treffen in Bukarest), die seit Juli 2014 die Anliegen vor allem der NATO-Ostflanke artikulieren.

06 Für eine offizielle Sicht auf die Gipfel vgl. Stanisław Koziej/Paweł Pietrzak, Szczyt NATO w Walii: uwarunkowania, rezultaty, wnioski dla Polski, in: Bezpieczeństwo Narodowe 3/2014,

Für Polen sind die Beschlüsse von Newport und Warschau zur Stärkung der NATO-„Ostflanke“ aber trotzdem nur ein wichtiger Zwischenschritt. Polen wird es künftig darum gehen, seine militärische Verwundbarkeit weiter zu reduzieren.⁰⁷ Neben der Verbesserung der eigenen Fähigkeiten durch eine Modernisierung der Streitkräfte und dem Anmahnen ausreichender Verteidigungsausgaben von allen Bündnispartnern wird Polen möglicherweise eine graduelle Vertiefung der Präsenz von Verbündeten, eine aufgestockte Präsenz von NATO-Luft- und Seestreitkräften im Ostseeraum oder eine Anpassung der NATO-Nuklearstrategie an Russlands Pläne zur Verwendung taktischer Atomwaffen anstreben.

ANKER AMERIKA

Zweifellos bildet die strategische Verkettung mit den Vereinigten Staaten das Rückgrat der polnischen Sicherheitspolitik. Polen wertschätzt die Bedeutung seiner europäischen Partner, empfand diese historisch aber immer wieder als unsichere Kantonisten. Gerade mit Blick auf Russland werden die USA mit ihrem Drohpotenzial daher als einziger effektiver Sicherheitsanker erachtet. Polen hat deswegen immer ein Interesse daran, die USA als Akteur der europäischen Sicherheitspolitik und als Akteur in Europa zu stärken sowie die Attraktivität der NATO für Washington aufrechtzuerhalten. Die spätestens mit der Präsidentschaft Barack Obamas deklarierte außenpolitische Hinwendung der USA nach Asien wurde in Polen ebenso besorgt verfolgt wie Präsident Donald Trumps anfängliche Infragestellungen der NATO. Eine grundlegende Ernüchterung über die USA ist infolgedessen aber keineswegs eingetreten. Nach wie vor gelten die USA in puncto Rückversicherung als Polens *indispensable partner*.

Die polnische Antwort auf US-Unilateralismus und Allianz Zweifel ist deswegen keine

Europäisierung der eigenen Sicherheitspolitik, sondern – ungeachtet der offiziell weiterverfolgten euroatlantischen Linie – die Stärkung eines polnisch-amerikanischen Bilateralismus. Schon Warschaus Schulterchluss mit der Bush-Administration im Irak-Krieg 2003 war aus polnischer Sicht eine „Investition in Reziprozität“.⁰⁸ Immer wieder manifestiert sich die polnisch-amerikanische Sonderbeziehung auch in rüstungspolitischen Entscheidungen: Bei Schlüsselbeschaffungen für die polnischen Streitkräfte erhielten US-amerikanische Bieter mehrfach den Zuschlag. Ein bedeutsamer Baustein ist auch das Raketenabwehrsystem der USA im pommerischen Redzikowo, das im Spätherbst 2018 einsatzbereit sein soll. Ein nicht zu unterschätzender Faktor in der beiderseitigen Zusammenarbeit sind auch die in Polen stationierten US-Landstreitkräfte. Die USA stellen somit nicht nur die sogenannte Rahmennation bei der NATO-Vornepräsenz in Polen, im Kontext der US-Initiative zur Unterstützung europäischer Partner (European Reassurance Initiative/European Deterrence Initiative) befinden sich seit Anfang 2017 auch wichtige Verbände einer schweren gepanzerten US-Kampfbrigade in dem Land.

EU ALS SICHERHEITSVERBUND

De facto verfolgt Polen eine dreigleisige Politik des Euroatlantizismus: mit der NATO als wichtigstem multilateralen Sicherheitsbündnis, mit den USA als effektiver Garantiemacht und mit der EU als aufsteigendem Sicherheitsakteur. Hielt man die EU in Polen in den 1990er Jahren primär für einen Wohlstandslieferanten, wandelte sich die Einstellung mit der eigenen EU-Mitgliedschaft rasch. Man erkannte, dass Polen über die EU-Außenpolitik eigene Interessen „hebeln“ kann – insbesondere in der Ostpolitik. Auch sah man, dass die Fortentwicklung der europäischen Energiepolitik Polen nützliche Instrumente zur Verbesserung seiner Versorgungspolitik in die Hand gab. Gegenüber der sicherheitspolitischen Dimension der europäischen Integration gab es indes lange Vorbehalte in Polen. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP, vormals ESVP) wurde als Werkzeug vor-

S. 11–29, www.bbn.gov.pl/ftp/dok/11-29%20koziej%20pietrzak.pdf; Paweł Soloch/Paweł Pietrzak, *Szczyt NATO w Warszawie: uwarunkowania, rezultaty, wnioski dla Polski*, in: *Bezpieczeństwo Narodowe* 1–4/2016, S. 13–33, www.bbn.gov.pl/ftp/dok/03/37-40_KBN_Soloch_Pietrzak.pdf.

⁰⁷ Vgl. Błażej Sajduk, *Tysiąc żołnierzy-zakładników niczego nie zmieni*, sowie Justyna Gołkowska, *Amerykańska obecność w Polsce – najwyższy poziom odstraszania*, in: *Biuletyn Instytutu Wolności* 6/2016, S. 4 ff., www.instytutwolnosci.pl/images/biuletyn/wnioski-ze-szczytu-nato.pdf.

⁰⁸ Poland and the EU: A Nervous New Arrival on the European Union's Block, www.economist.com/node/2020783, 30.8.2003.

nehmlich französischer und anderer „Europäisten“ betrachtet, die auf die Entkopplung Europas von den USA hinarbeiteten.

Nach und nach öffnete sich Polen aber auch für die ESVP/GSVP, in die man sich seinem Selbstverständnis nach als ambitionierte Regionalmacht einbrachte. Die Sicherheitszusammenarbeit auf der europäischen Ebene steht für Warschau jedoch stets unter dem Vorbehalt eines klaren Bekenntnisses zur transatlantischen Bindung: Die GSVP darf demnach keinesfalls dazu dienen, einen Keil zwischen Europa und die USA zu treiben. Angesichts des bevorstehenden Austritts des Vereinigten Königreiches aus der EU und der in einigen europäischen Hauptstädten lauter werdenden Rufe nach größerer „strategischer Autonomie“ von Trumps USA zeigt sich die polnische Außenpolitik unter der ohnedies stark US-affinen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) zuletzt wieder reservierter gegenüber der GSVP. Beim jüngsten Anlauf zur einschlägigen Kooperationsverdichtung in Europa, der sogenannten Permanenten Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) zauderte Warschau zunächst.⁹

PIS-EFFEKT IN DER AUßENPOLITIK?

Während über wesentliche Komponenten der außen- und sicherheitspolitischen Ausrichtung in Polen lange Zeit ein parteiübergreifender Konsens bestand, haben sich seit 2015 beträchtliche Neuerungen ergeben. Mit den Erfolgen der PiS bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen jenes Jahres rückte das Land zumindest in einigen außenpolitisch bedeutsamen Bereichen von der Politik der Vorgängerregierungen ab. Die souveränistische Europapolitik der PiS stellt sich dem Paradigma einer „immer engeren Union“ entgegen und strebt eine polyzentrische EU an, in der die Mitgliedsstaaten extensive Hoheitssphären wahren oder zurück-erhalten sollen. Statt einer besonders intensiven Partnerschaft mit Deutschland und des versuchten Andockens an das deutsch-französische Tandem – etwa im Rahmen des sogenannten Weimarer Dreiecks – wird Berlin und Paris mit Argwohn begegnet.

⁹ Vgl. Grzegorz Paluch, Macierewicz: nasz udział w PESCO obwarowany trzema warunkami, in: Rzeczpospolita, 13.11.2017.

Das Misstrauen Warschaus wird dabei insbesondere aus zwei Quellen gespeist: zum einen aus der Furcht vor einer deutsch-russischen Verständigung oder gar einem regelrechten deutsch-russischen „Kondominium“ zu Lasten Polens, zum anderen aus der Einschätzung, dass nach Frankreich nun auch Deutschland zunehmend US-kritisch werde und sich langfristig von den Vereinigten Staaten abkoppeln wolle. Deutschland wird deswegen ambivalent wahrgenommen – nach wie vor als Partner, aber auch als Rivale. Die Konsequenz, die daraus gezogen wird, besteht in einer Kombination aus Eindämmungspolitik und Diversifizierung: Deutschlands vermeintliche Suprematie in Europa soll eingehegt und durch neue Partnerschaften austariert werden.

So soll etwa die Zusammenarbeit mit Großbritannien ausgebaut werden. Zwar machte das Brexit-Votum ambitionierte Vorstellungen zunichte, denen zufolge das Vereinigte Königreich der vorrangige Partner Polens in der EU sein sollte, gleichwohl wurden mit Großbritannien substantielle bilaterale Vereinbarungen getroffen, allen voran Ende 2017 ein Vertrag über Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit.¹⁰

Viel Energie wird auch in die Zusammenarbeit mit Partnern aus Mitteleuropa und generell dem östlichen Teil der EU investiert. Dies soll eine informelle Führungsrolle Polens in der Region unterstreichen. Ein Forum dafür ist die sogenannte Visegrád-Gruppe, der außer Polen noch die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn angehören. Zwar konnte die Staatengruppe in einigen europapolitischen Fragen, namentlich der Migrationspolitik, bereits Relevanz entwickeln und sich gegen die deutsche Politik positionieren, in puncto Sicherheitspolitik ist sie aber recht heterogen. Die pragmatische Zusammenarbeit der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarns mit Russland sowie deren eher gedämpfter Enthusiasmus für die klassische polnische Ukrainepolitik zeugen von erheblichen strategischen Differenzen.

Ähnliches gilt für ein anderes vom gegenwärtigen polnischen Regierungslager vorangetrie-

¹⁰ Ein solches Abkommen hat Großbritannien bisher nur mit Frankreich unterzeichnet. Vgl. PM Announces Landmark New Package of Defence and Security Cooperation with Poland, Presseerklärung der britischen Regierung, 21.12.2017, www.gov.uk/government/news/pm-announces-landmark-new-package-of-defence-and-security-cooperation-with-poland.

benen Projekt, der „Dreimeeresinitiative“ (3SI, Trimarium). Diese umfasst zwölf EU-Mitgliedsstaaten aus Mittel-, Nordost- und Südosteuropa. Das Projekt ist inspiriert von einer alten geopolitisch motivierten Konstruktion, dem „Intermarium“, das die mittleren und kleineren Staaten zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer nach dem Ersten Weltkrieg zusammenbringen sollte, um eine Gegenmacht zu Berlin und Moskau aufzubauen. Nach offizieller Lesart ist die von Polen gemeinsam mit Kroatien angeschoebene 3SI frei von Geopolitik und befasst sich nur mit praktischen Fragen wie Verkehrsverbindungen oder Energieinfrastruktur.¹¹ Und da die 3SI-Signatarländer gerade bei sicherheitspolitischen Themen in der Tat äußerst divers sind, wird sich aus der Initiative wohl wirklich weder ein außenpolitisches Forum noch ein Gegengewicht zu Deutschland machen lassen. Dennoch schimmern immer wieder geostrategische Momente durch, so etwa beim Besuch Trumps in Warschau im Juli 2017 und dessen Teilnahme am 3SI-Gipfel.

Die USA schließlich sind ein weiterer Baustein bei den polnischen Bemühungen, Deutschland auszubalancieren und Polen in Europa neu aufzustellen. Für die PiS sind die Vereinigten Staaten nicht nur Sicherheitsgarant und effektiver Bundesgenosse in der Russland- und Ostpolitik, sondern auch externer Partner mit dem eine *special relationship* aufgebaut werden soll, die Polens Gewicht in der EU erhöhen und Handlungsspielräume erweitern soll. Die PiS ist daher in viel stärkerem Maße als die liberalkonservativen Kräfte in Polen bereit, den polnisch-amerikanischen Sicherheitsbilateralismus unter Vernachlässigung der EU zu intensivieren.

Es wäre irreführend, auch die in den vergangenen Jahren intensivierten Beziehungen zu China (etwa im Rahmen der von der Volksrepublik ins Leben gerufenen „16+1-Initiative“) in den Kontext der PiS-Europapolitik zu stellen. Gleichwohl verbindet sich mit der wachsenden Präsenz dieses großen äußeren Akteurs – abgesehen von angestrebten wirtschaftlichen Vorteilen – auch die Hoffnung auf mehr politischen Spielraum im Verhältnis zu europäischen Part-

nern.¹² Ob die PiS-Regierung mit ihrer emanzipatorischen Außenpolitik Erfolg haben wird und wie sich insbesondere die „kooperative Konkurrenz“ mit Deutschland konkretisieren wird, bleibt abzuwarten. So oder so wird Polen aber große Schwierigkeiten haben, seine außen- und sicherheitspolitischen Belange ohne oder gegen Berlin und ohne gewichtige Position in der EU wirkungsvoll zu verfolgen.

AUSBLICK

Europas sicherheitspolitische Architektur und Polens Selbstverortung haben seit dem Beitritt Polens zu NATO und EU neue Ausgangsbedingungen erhalten. Geopolitisch gehört Polen nun zum Westen, Europas neue, umstrittene Mitte hat sich nach Osten verschoben. Polens strategisches Rollenprofil hat dieser Entwicklung Rechnung getragen, umfasst aber weiter Konstanten, die mit geografischer Lage, außenpolitischer Identität und einem spezifischen Erfahrungsschatz zu tun haben. So versteht sich Polen als Verfechterin eines eng gestrickten transatlantischen Beziehungsgeflechts, dessen Kern die Sicherheitspartnerschaft mit den USA im Rahmen der NATO ist. Vor diesem Hintergrund hat Polen die EU als attraktiven Sicherheitsrahmen entdeckt. Seine traditionell auf die harten Garantien der nuklearen Supermacht USA ausgerichtete Sekuritätspräferenz wurde aber ergänzt, denn das Land hat insbesondere den Mehrwert europäischer *soft power* in der östlichen Nachbarschaft und die Schlagkraft effektiver Regeln (etwa bei Auseinandersetzungen mit dem russischen Energieunternehmen Gazprom) zu schätzen gelernt.

Gleichzeitig ist Polen stets an einem soliden Engagement des Westens in Europas Osten interessiert. Hier konzentrieren sich Polens Befürchtungen und Risikoprojektionen. Zugleich konnte sich das Land hier aber auch schon als Aktivposten der europäischen Ostpolitik profilieren. Polen agierte dabei als Sachwalterin von Ländern wie der Ukraine in der EU und als Unterstützerin von Demokratie sowie von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen. Die teils en-

¹¹ Vgl. Michał Szuldrzyński, Krzysztof Szczerski: Trójmorze nie jest alternatywą dla UE (Interview mit Krzysztof Szczerski, Staatsminister in der Kanzlei des polnischen Staatspräsidenten), in: Rzeczpospolita, 8.9.2016.

¹² Insbesondere soll die Zusammenarbeit mit China aber dazu beitragen, den „Fluch der Lage zwischen dem deutschen Westen und dem russischen Osten“ abzuschütteln. Vgl. Krzysztof Rak, Duda może wybrać Pekin zamiast Moskwy, 18.6.2015, <https://wiadomosci.onet.pl/kraj/duda-moze-wybrac-pekina-zamiast-moskwy/n03cwr>.

gere, teils losere Abstimmung mit Partnern aus dem östlichen Mitteleuropa ist für Polen zumindest indirekt immer auch als Kraftverstärkung gedacht: Auch wenn in der Praxis oftmals nicht viel daraus wurde, schwingt doch immer die Idee mit, dass ein um Polen gruppiertes mittel- und osteuropäisches Konglomerat von kleineren Ländern das Land im Optimalfall aber zur regionalen Führungsmacht macht.

Wie weit Polen hiermit kommt, wie sich also seine außenpolitische Prägekraft in NATO und EU entwickelt, hängt vor allem von drei Faktoren ab: von der Existenz funktionierender transatlantischer und europäischer Solidarstrukturen, also von einem effektiven und wertegeleiteten Westen; von Polens Position und Wirkmächtigkeit innerhalb dieser Organisationen; sowie von einer schlüssigen Konzeptualisierung der eigenen Interessen. In allen drei Bereichen haben die Unwägbarkeiten in den vergangenen Jahren zugenommen:

Erstens haben die Zerklüftungen und Ausdifferenzierungen in der EU, der drohende Ausstieg des Vereinigten Königreiches aus der Union, die Wahl Trumps zum US-Präsidenten und die sich schon länger abzeichnende globale Neuorientierung der Vereinigten Staaten gerade in Polen zu Nachdenklichkeit geführt.

Zweitens droht Polen durch seine Europa-politik seit 2015 mit immer neuen Verwicklungen im Verhältnis zu Brüssel, Berlin und Paris in der Union an den Rand des politischen Geschehens zu geraten. Debatten um den Zustand der Rechtsstaatlichkeit und eine mögliche Eröffnung eines Verfahrens aufgrund von Grundwerteverletzungen nach Artikel 7 des EU-Vertrages werden Polens Einfluss bei außen- und sicherheitspolitischen Fragen gewiss nicht zuträglich sein. Die alte polnische Devise etwa, der zufolge Polens Gestaltungsmöglichkeiten im Osten entscheidend von seiner Stellung im Westen abhängen, gilt nach wie vor.

Und *drittens* tun sich Unklarheiten bei der Formulierung einer konsistenten Außenpolitik auf. Polens Außen- und Sicherheitspolitik wird immer stärker von ideologischen und innenpolitischen Gesichtspunkten überlagert. Die wachsende Rehistorisierung etwa des Verhältnisses zur Ukraine ist ein charakteristischer Beleg für der-

lei Entwicklungen. So haben sich polnisch-ukrainische Differenzen etwa bei der Interpretation und Einordnung der Massaker durch ukrainische Nationalisten an der polnischen Bevölkerung, die während des Zweiten Weltkriegs in Wołyńen und anderen Regionen stattfanden, ins Zentrum der bilateralen Beziehungen geschoben. Geschichtspolitik droht die „strategische Partnerschaft“ zwischen beiden Ländern in Mitleidenschaft zu ziehen. Ein anderes Beispiel für die außen- und sicherheitspolitische Brisanz historischer Fragen ist die Diskussion, die sich Anfang 2018 über die Neufassung des Gesetzes über das polnische Institut für Nationales Gedenken entzündete, durch die jegliche Behauptung einer Mitverantwortung der polnischen Nation oder des polnischen Staates unter anderem an Verbrechen im Zusammenhang mit der Shoah unterbunden werden soll.¹³ Gegen die Gesetzesnovelle setzte heftige Kritik aus Israel und teils aus den USA ein – beides wichtige Verbündete Polens.

Problematisch sind auch Anzeichen für das Aufbrechen außenpolitischer Konsensfelder. Das Regierungslager und die Opposition richten sich an deutlich abweichenden europapolitischen Leitbildern aus. In der Ostpolitik steht für einige Beobachter der auf die Ukraine orientierte und auf Demokratisierung zielende Ansatz der zurückliegenden 25 Jahre auf dem Prüfstand. Sicherheitspolitisch scheint der euroatlantische Konsens auseinanderzudriften – in Anhänger einer stärkeren Pro-USA-Ausrichtung und solche, die nach wie vor auch der EU eine wichtige Funktion für Polens in einem weiten Sinne verstandenen Sicherheit zuweisen, etwa bei der Energieversorgung.

Insgesamt steht Polen daher nicht nur vor der Herausforderung, seine Interessen in einem unsicheren Umfeld zu behaupten, sondern ebenso die Voraussetzungen seiner Strategiefähigkeit zu sichern. Nur dann wird es in der Lage sein, seine strategischen Ziele zu erreichen, nämlich den Osten zu rekonstruieren und den Westen zu konsolidieren.

KAI-OLAF LANG

ist promovierter Politikwissenschaftler und Senior Fellow in der Forschungsgruppe EU/Europa der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.
kai-olaf.lang@swp-berlin.org

¹³ Siehe hierzu auch den Text von Marta Bucholc in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

DIE ZWEITE POLNISCHE REPUBLIK 1918–1939

Fakten, Mythen und Legenden

Wolfgang Templin

Die Feiern zur deutschen Wiedervereinigung erinnern in Bildern und Atmosphäre häufig eher an eine große Familienfeier als an einen mit Glanz und Leidenschaft begangenen Staatsfeiertag. Das ist vor allem der deutschen Geschichte geschuldet und auch gut so. Der Unabhängigkeitstag in den USA und der 14. Juli in Frankreich haben dagegen eine viel stärkere Symbolkraft und drücken den Stolz auf die Gründungsakte der jeweiligen Republiken und Demokratien aus. In anderer Weise gilt das fast noch stärker für Polen. Dort wird stets am 11. November an die Gründung der Zweiten Polnischen Republik 1918 erinnert: Nach 123 Jahren der Teilung durch Preußen, Österreich-Ungarn und Russland erlangte das Land damals endlich seine Unabhängigkeit, die zunächst jedoch nur zwei Jahrzehnte hielt.

In den Stolz hat sich zuletzt aber auch ein Gefühl der Zerrissenheit gemischt. In den vergangenen Jahren begleiteten Demonstrationen und Gegendemonstrationen, heftige Konfrontationen und Krawalle das offizielle Staatszeremoniell zum Unabhängigkeitstag und zeigten, wie kontrovers der Bezug auf die Zweite Republik ist, wie gespalten die Erinnerung daran. Tatsachen und reale Geschehnisse werden bisweilen von Legenden und Mythen überlagert. Dies gilt für die Vorgeschichte der Staatsgründung und die Gründungssituation selbst. Es gilt für Gefährdungen und Konflikte, denen die wiedererstandene polnische Republik in ihrer zwanzigjährigen Existenz ausgesetzt war. Es gilt schließlich für ihr Ende durch den doppelten Überfall Hitler-Deutschlands und der Sowjetunion 1939 und die Erinnerung daran.⁰¹

Versuche der Vermittlung scheiterten, wie der des damaligen polnischen Staatspräsidenten Bronisław Komorowski, der 2012 zu einem „Marsch für die Einheit Polens“ aufrief. Doch die Konfrontationen wurden nur heftiger und hefti-

ger, die Radikalisierung nahm zu. Im November 2017 marschierten in Warschau mehr als 60 000 Anhängerinnen und Anhänger der seit 2015 amtierenden Regierung der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) gemeinsam mit rechtsnationalistischen Gruppierungen zur Verteidigung des „wahren“ katholischen Polen auf. Zum hundertsten Jahrestag der polnischen Unabhängigkeit, der am 11. November 2018 stattfinden und bereits mit großem Aufwand vorbereitet wird, werden sich somit völlig gegensätzliche Visionen des polnischen Staates zeigen. Zum Verständnis dieser Gegensätze hilft ein Blick in die Geschichte.

URSPRÜNGE UND KONTINUITÄT „NEGATIVER POLENPOLITIK“

Drei Teilungen Polens in den Jahren 1772, 1793 und 1795 besiegelten das Schicksal der polnisch-litauischen Adelsrepublik, die jahrhundertlang als europäische Großmacht existiert hatte. Von Zeitgenossen und Nachgeborenen wurden die Teilungen entweder als historisches Verbrechen, als Tragik oder selbstverschuldeter Untergang eingestuft. So divergierend die Interessen der Teilungsmächte Russland, Preußen und Österreich auch sein mochten, in der Realisierung einer „negativen Polenpolitik“ trafen sie sich. In ihrer Sicht hatte Polen sich seinen Niedergang und Untergang durch innere Widersprüche, Anarchie und Schwäche selbst zuzuschreiben. Polnische, aber auch deutsche Historiker stellten später klar, dass Polen, bei allen selbstverantworteten Momenten des Niedergangs, zum Opfer einer expansionistischen Politik seiner Nachbarn, allen voran Russlands und Preußens, geworden war.⁰²

Mit der dritten Teilung war Polen als Staat von der Landkarte verschwunden und sollte nach dem Willen der Teilungsmächte nie wieder auftauchen. Diese sahen sich als Eckpfeiler der sogenannten

europäischen Pentarchie, der spätestens mit dem Wiener Kongress von 1814/15 begründeten Ordnungsarchitektur Europas. Russlands europäisches Hegemonialstreben hatte sich bereits seit Peter dem Großen (1672–1725) auf die Entmachtung, Schwächung und letztlich die staatliche Liquidierung Polens gerichtet, das sich mit der inneren Gestalt einer Adelsrepublik scharf vom asiatisch-despotischen Charakter des Moskauer Großreiches abhob. Nicht anders waren die Ziele Preußens im Zuge seiner Ostexpansion im 17. und 18. Jahrhundert zu sehen. Das habsburgische Österreich kam verspätet dazu und komplettierte das Bündnis der „drei schwarzen Adler“.

Die Reaktionen der Polen auf den Verlust der Unabhängigkeit nahmen verschiedene Formen an. Sie konnten mit einer romantischen Verklärung der Vergangenheit und den „Träumen vergangener Größe“ verbunden sein. Sie mündeten in Revolten und Aufständen, führten polnische Legionäre und Soldaten an die Seite Napoleon Bonapartes, der den Polen erneute Souveränität versprach. Es gab Phasen der Anpassung und Akzeptanz, in denen das Arrangement mit der jeweiligen Teilungsmacht und das Streben nach einem gewissen Maß an Autonomie im Vordergrund standen. Darin enthalten war ziviler und kultureller Widerstand gegen eine Politik der sprachlichen, kulturellen und religiösen Unterdrückung und Assimilation. Auch die Gründung legaler und konspirativer Vereinigungen und Parteien mit rechtsklerikalem, konservativem, liberalem, sozialistischem und kommunistisch-anarchistischem Profil gehörte dazu.

Dies alles nahm die Zerrissenheit der politischen Landschaft der Zweiten Republik ab 1918 vorweg. Rechte und konservative Kräfte hatten sich im 19. Jahrhundert mit den Umbrüchen und Auswirkungen der europäischen Moderne konfrontiert gesehen, mit dem Vordringen sozialistischer, liberaler und laizistischer Ideen. Ein erneut unabhängiges katholisches Polen, das ihnen nun vor Augen stand – in völliger Souveränität oder Anlehnung an eine der Teilungsmächte, deren Existenz unverrückbar schien – sollte als Verteidigungsmauer gegen die dekadenten, zersetzenden Tendenzen des Westens wirken. Die „wahren“ Polen wurden ethnisch und konfessionell

bestimmt; nationale Minderheiten, wie Ukrainer, Litauer und Vertreter anderer Konfessionen, so auch Juden, wurden bestenfalls geduldet, nicht jedoch als vollwertige Staatsbürger akzeptiert. Das überlegene Preußen beziehungsweise Deutschland schied als Erzfeind für die Rolle der künftigen Protektionsmacht aus. Für die Wortführer der damaligen polnischen Rechten, allen voran Roman Dmowski, blieb als Option nur die Anlehnung an das ungeliebte Russland, dem man sich zivilisatorisch überlegen fühlte.

Die polnischen Sozialisten unter ihrem langjährigen Anführer und späteren Staatschef Józef Piłsudski hingegen hatten entgegengesetzte Vorstellungen vom Weg in die Unabhängigkeit. In ihrem noch vor der Wende zum 20. Jahrhundert entstandenen Programm strebten sie volle Souveränität an und schlossen jede einseitige Abhängigkeit aus. Für sie sollte sich Polen auf die toleranten und liberalen, multiethnischen und multikonfessionellen Traditionen der alten Adelsrepublik beziehen und die Signale der europäischen Moderne auf eigenständige Weise aufnehmen und verarbeiten. Sie waren davon überzeugt, dass die von ihnen angestrebte soziale Emanzipation, ihr Gerechtigkeitsstreben nur im Rahmen eines souveränen, demokratischen Staatswesens gelingen könnte. Revolutionäre Methoden wollten sie nur im Kampf gegen die zaristische Despotie anwenden.

Damit standen sie dem reformistischen Teil der deutschen und internationalen Sozialdemokratie nahe, wurden von Rosa Luxemburg und ihren polnischen und deutschen Anhängern jedoch als anachronistische, fossile Nationalisten angesehen. Für Luxemburg und ihre protokommunistische Ausrichtung sollten sich polnische, jüdische, russische, ukrainische Arbeiter nicht mit ihren nationalen Unterschieden aufhalten, sondern gemeinsam kämpfen, sprachliche und kulturelle Autonomie in Anspruch nehmen und in einer künftigen internationalen Gemeinschaft aufgehen. In ihrer Wahrnehmung der nationalen Frage und des Nationalstaates irrte Luxemburg jedoch tief und grundsätzlich.

Hier bewiesen die polnischen Sozialisten um Piłsudski den größeren Realismus. Piłsudski war zwar weder Hellseher noch Prophet, aber er war bereits vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs davon überzeugt, dass nur der Zerfall und Sturz aller Teilungsimperien die Chance auf ein erneutes souveränes Polen im Herzen Europas eröffnen würde. Dafür mussten die Polen aber selbst kämp-

01 Für eine frühe Darstellung der Vorgeschichte des Paktes vgl. Sebastian Haffner, *Der Teufelspakt*, Berlin 1968.

02 Vgl. Klaus Zernack, *Polen und Rußland*, Berlin 1994.

fen und durften nicht nur Kanonenfutter in den Armeen der drei Teilungsmächte sein. Piłsudski setzte auf die Tradition der polnischen Aufstände, wollte aber den Mythos der Niederlage in eine Erfahrung des Sieges verwandeln und wurde mit Kriegsbeginn zum Schöpfer der Polnischen Legionen. Deren Angehörige, darunter häufig Akademiker und Intellektuelle, kämpften als Freiwillige zunächst auf der Seite Österreichs gegen das zaristische Russland. In den Brigaden der Legionen fanden sich Polen, Ukrainer, Litauer und Angehörige anderer Nationen zusammen, ebenso zurückgekehrte Emigranten und Juden.

1916 verschob sich die Waage des Krieges im Osten auf die Seite der Mittelmächte; die Deutschen besetzten Warschau und wollten die polnischen Einheiten als Teil der polnischen „Wehrmacht“ eingliedern. Damit konfrontiert, stellte Piłsudski eine Bedingung: Die Verbände sollten kein Teil des deutschen Heeres sein und als polnische Legionen weiterhin einem eigenen Kommando unterstehen. Folgerichtig lehnte er auch die Eidesleistung für den deutschen Kaiser ab und wurde im Sommer 1917 mit einem großen Teil seiner Offiziere und Mannschaften interniert. Eine von vielen Zeitgenossen als abenteuerlich und sinnlos angesehene Entscheidung machte ihn zum nationalen Volkshelden, der auch die Anerkennung der letztlich siegreichen Entente-Mächte gewann. Anderthalb Jahre später wurde er zu einem der entscheidenden Gestalter des neuen Polen.

STAATSGRÜNDUNG

Als Piłsudski am 10. November 1918 in Warschau eintraf, lag ihm die Macht nicht zu Füßen, wie in späteren Darstellungen suggeriert wurde (bereits hier setzte die Legendenbildung ein). Durch den Kriegseintritt der USA im April 1917 wurde der US-Präsident Woodrow Wilson zu einer entscheidenden Person der im Januar 1919 beginnenden Pariser Friedenskonferenzen. In seinen berühmten 14 Punkten vom Januar 1918 entwarf er die Umrisse einer künftigen europäischen Friedensordnung. Er forderte für Polen die Wiedererrichtung als unabhängigen Staat, mit einem freien Zugang zum Meer und international gesicherten Grenzen. Was diese Vorstellungen für die Größe und das Gewicht eines polnischen Staates bedeuteten, blieb jedoch vieldeutig und umstritten. Zu endgültigen Entscheidungen darüber kam es durch die abschließenden Vereinbarungen, deren

Aushandlung sich bis 1923 hinzog. Politische und militärische Tatsachen wurden von Beginn an in Polen selbst geschaffen.

Die deutsche Seite hatte Piłsudski am 9. November 1918 aus der Festung Magdeburg nach Warschau bringen lassen, da die Revolutionswirren und die Revolte der Truppen bereits auf die polnische Hauptstadt übergriffen. Im deutschen Oberkommando gab es die irrige Hoffnung, dass sich Piłsudski, der jede Loyalitätserklärung verweigerte, mit der Besatzungsmacht unter General Hartwig von Beseler arrangieren würde. Die noch im Osten stehenden deutschen Truppen sollten als Ordnungsfaktor und Faustpfand für die Waffenstillstandsverhandlungen erhalten bleiben. Von den drei Vertretern des polnischen Regentschaftsrates – der mit den Deutschen kooperierenden Pseudoregierung – wurde Piłsudski als weiteres Mitglied empfangen. Erst als er diese Rolle ablehnte und die Entwaffnung sowie den geordneten Abzug der deutschen Truppen in Gang setzte, wurde er vom Regentschaftsrat mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet. Er schuf vollendete Tatsachen und war zugleich nach allen Seiten zu Kompromissen genötigt.

Seine alten Weggefährten, die polnischen Sozialisten, hatten in Lublin bereits eine Gegenregierung gebildet, unterstellten sich ihm aber. Sie hofften, mit seiner Hilfe möglichst viele ihrer politischen und sozialen Forderungen durchsetzen zu können. Piłsudski kannte Polen zu gut, um nicht zu wissen, dass er mit einer einseitig sozialistischen Option alle Chancen auf die Einheit und den Zusammenhalt des Landes verspielt hätte. Er setzte sich jedoch dafür ein, dass bereits unter der ersten Übergangsregierung entscheidende soziale Rechtsakte und Gesetze verabschiedet wurden. Dazu gehörte die Einführung des Achtstundentages, bezahlter Urlaub und der Ausbau sozialer Sicherungssysteme. Ein demokratisches Wahlrecht mit dem allgemeinen Wahlrecht für Frauen folgte. In der im März 1921 verabschiedeten Verfassung wurde der Charakter Polens als säkulare, demokratische Republik festgeschrieben. Für den Staatsaufbau war die Anlehnung an Prinzipien der französischen Verfassung bedeutsam.

Der Wortführer der zersplitterten Rechten, Roman Dmowski, stand seit dem Sommer 1917 an der Spitze eines in Paris beheimateten polnischen Auslandskomitees. Ihm blieb nichts anderes übrig, als die Popularität und das Gewicht Piłsudskis anzuerkennen, er rechnete aber mit einer Mehrheit

für konservative und rechte Kräfte bei künftigen Wahlen. Die Verhandlungssituation in Paris und der schwierige Beginn der Republik machten einen Kompromiss zwischen Piłsudski und Dmowski nötig. Dieser kam mit Hilfe des weltbekannten Pianisten und Komponisten Ignacy Jan Paderewski zustande, der als Anhänger Dmowskis galt, aber loyal zu Piłsudski stand. Er selbst wurde in einer extrem schwierigen Situation zum Ministerpräsidenten und trug entscheidend dazu bei, dass die Vermittlung zwischen den verfeindeten Seiten im ersten Jahr der Republik halbwegs gelang.⁰³

Ohne die Akzeptanz und die Unterstützung der Entente-Mächte – obgleich diese nur zögerlich kam – wäre die Zweite Polnische Republik nicht zustande gekommen. Ein genauerer Blick auf die Vorgeschichte und die Umstände der Staatsgründung zeigt jedoch, wie bedeutsam die Momente der Selbstbefreiung waren. Man kann dem Publizisten Adam Krzeminski folgen, der davon spricht, die Zweite Polnische Republik sei „er kämpft, erschlichen und erzwungen“ worden.⁰⁴

DRUCK VON AUßEN UND INNEN

Die Fülle der Aufgaben, die sich vor dem jungen Staat auftürmten, war erdrückend. Der Weltkrieg hatte mit Zerstörungen, Verwüstungen und massenhaften Deportationen alle Teilungsgebiete überrollt. Es galt, aus den extrem unterschiedlich entwickelten und mit diversen Rechts- und Finanzsystemen ausgestatteten Regionen ein gesellschaftlich, ökonomisch und kulturell funktionierendes Staatswesen aufzubauen.

Am drängendsten war jedoch die militärische Herausforderung. Bis zur endgültigen Machtergreifung der Bolschewiki konnte Polen die Hoffnung haben, dass in Russland nach dem Sturz des Zarenreiches konstitutionell-demokratische Kräfte an die Macht kämen. Mit ihnen wären ein Ausgleich und Verhandlungen über die Gestaltung der Verhältnisse im östlichen Europa möglich gewesen. Mit Wladimir Iljitsch Lenin und seinen Genossen setzte sich der imperiale zaristische Herrschaftsanspruch jedoch unter rotem Vorzeichen fort. Die Ukraine, Belarus, die baltischen Staaten und der östliche Teil Polens muss-

ten mit einer militärischen Invasion der gerade erst entstehenden Roten Armee rechnen. Die Bolschewiki wollten die Fackel der sozialen Revolution über Polen nach Deutschland und Westeuropa tragen und bestenfalls ein Räte-Polen als Vasallenstaat neben sich dulden.

Auf der anderen Seite weigerte sich Deutschland als Kriegsverlierer, das Existenzrecht eines unabhängigen Polen anzuerkennen und territoriale Verluste zu akzeptieren. Die Deutsche Revisionspolitik, die mit diplomatischen und politischen Mitteln betrieben wurde, aber auch geheime Militärkooperation mit der Sowjetunion einschloss, wurde zur Bedrohung und permanenten Belastungsprobe für Polen.⁰⁵

In dieser Situation brachten Piłsudski und Offiziere der Polnischen Legionen das schier Unmögliche zustande: Aus dem Kern der rund 30 000 Legionäre und weiterer Freiwilliger entstand bis Ende 1919 eine einsatzfähige Armee mit 700 000 Soldaten. Die notwendige Bewaffnung und Ausrüstung konnte nur mit Hilfe der westlichen Alliierten beschafft werden. Eine eigene polnische Verteidigungsindustrie existierte noch nicht. Die alliierte Hilfe kam spärlich und verspätet, da maßgebliche Politiker in England und Frankreich in Polen einen Aggressor sahen, der die friedliebende Sowjetunion bedrohe. Bis 1922/23 gab es keine endgültigen Festlegungen zur polnischen Ostgrenze, sodass die militärischen Auseinandersetzungen auf den Territorien der Ukraine, der baltischen Staaten und Belarus anhielten. Unter Mithilfe des in allen Teilen Europas präsenten Propagandaapparates der Kommunistischen Internationale (Komintern) und der mit ihr verbundenen nationalen kommunistischen Parteien wirkte die Moskauer Friedenslegende bis weit in sozialdemokratische und bürgerlich-liberale Kreise des Westens hinein. Politiker wie Winston Churchill, die bereits zu dieser Zeit die Gefahr erkannten, die vom Expansionismus und Revolutionsexport der Moskauer Kommunisten ausging, waren die große Ausnahme.⁰⁶

Das Jahr 1920 zeigte, wie berechtigt die polnischen Befürchtungen waren. Nach militärischen Auseinandersetzungen während des gesamten Jah-

⁰³ Vgl. Adam Zamoyski, Paderewski, New York 1982.

⁰⁴ Adam Krzeminski, Polen im 20. Jahrhundert. Ein historischer Essay, Berlin 1997, S. 13.

⁰⁵ Vgl. Martin Broszat, Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, München 1963.

⁰⁶ Zur Gesamtgeschichte der Komintern vgl. Margarete Buber-Neumann, Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern, München 1967.

res 1919 und dem gescheiterten Versuch Piłsudskis, die ukrainische Staatsbildung unter Symon Petljura zu unterstützen, kam es im Sommer 1920 zur Großoffensive der Roten Armee. Die Reiterarmeen Semjon Michailowitsch Budjonnys und Michail Nikolajewitsch Tuchatschewskis drangen bis Warschau vor. Sie hätten bei weiteren Vorstößen sogar noch die Unterstützung der deutschen Reichswehr gehabt, deren Führung das Ende eines souveränen Polen herbeisehnte. Gegen Skeptiker, Zweifler und falsche Ratschläge westlicher Militärbeobachter setzten Piłsudski und ein Teil der polnischen Militärführung im Angesicht höchster Gefahr auf die Kampfkraft ihrer Armee, die Tapferkeit ihrer Soldaten und eine bespiellose gesellschaftliche Mobilisierung. Zu Hilfe kam ihnen die Konkurrenz unter den sowjetischen Militärführern, vor allem zwischen Tuchatschewski und Josef Stalin. In einer als „Wunder an der Weichsel“ in die Militärgeschichte eingegangenen Abwehrschlacht mit nachfolgendem Umfassungsmanöver wurden die Roten Truppen im August 1920 zum panikartigen Rückzug gezwungen.⁰⁷ Der Begriff des „Wunders“ wurde von rechten Gegnern Piłsudskis eingeführt und sollte durch die mystische Überhöhung der Ereignisse die tatsächliche militärische Leistung des Marschalls relativieren.

Trotz des militärischen Sieges und seiner Popularität in breiten Teilen der Gesellschaft musste Piłsudski in den Folgemonaten seine bitterste politische Niederlage hinnehmen. Im polnischen Parlament und in der Regierung waren rechte und nationalistische Kräfte so dominant, dass sie die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen mit der Sowjetunion bestimmten. Sie und Vertreter der westlichen Alliierten legitimierten die Kontrolle der sowjetischen Seite und der ukrainischen Kommunisten über den Großteil der ukrainischen Territorien. Ein Teil der westlichen Regierungen hoffte immer noch auf ein künftiges nichtbolschewistisches Russland als Partner, ein anderer Teil auf die zähmende Kraft eines „Wandels durch Handel“. Das Ergebnis dieser „Zähmung“ ließ sich wenige Jahre später im Terrorsystem Stalins besichtigen.

Polnische Nationalisten waren eher bereit, sich mit sowjetrussischen und sowjetukrainischen Gegenübern zu arrangieren, als den ukrainischen Unabhängigkeitskräften eine Chance zu geben.

Damit waren die Föderationspläne der polnischen Sozialisten und ihrer liberalen Verbündeten gescheitert. Der Konflikt zwischen einer Politik, die auf Assimilation und Unterordnung von Minderheiten setzte, und den Bemühungen von Sozialisten und Liberalen, für Ausgleich und die Durchsetzung von Minderheitenrechten zu sorgen, durchzog die Folgejahre und rückte die Zweite Republik ins Zwielicht.

AUTORITÄRE KONSOLIDIERUNG

Die Phasen der Konsolidierung und erfolgreicher Aufbauarbeit waren eng mit dem Wirken polnischer Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker verbunden. Zu ihnen zählte etwa Eugeniusz Kwiatkowski, als späterer Industrie- und Finanzminister der Vater des polnischen Wirtschaftswunders. Er verband erfolgreiche Modernisierungskonzepte und -strategien mit dem Bemühen, langfristig die soziale und regionale Zerklüftung des Landes zu überwinden und den zurückgebliebenen polnischen Osten an das Entwicklungsniveau der zentralen und westlichen Landesteile heranzuführen.

Die Überwindung gesellschaftlicher Gräben aber lag nicht im Interesse der politischen Extreme. Im Dezember 1922 wurde der gerade erst in sein Amt eingeführte erste Präsident der Republik, Gabriel Narutowicz, durch einen rechten Fanatiker ermordet. Der ehemalige Sozialist, der als Techniker und Unternehmer jahrzehntelang in der Schweiz gelebt und in mehreren Kabinetten als Minister gedient hatte, hatte sich stets für politischen und gesellschaftlichen Ausgleich und Vermittlung eingesetzt. Das Attentat traf auch Piłsudski schwer. Die Kugeln hatten eigentlich ihm gegolten, dem von „wahren“ Polen gehassten Litauer, Freigeist und „Judenfreund“. Er hatte Narutowicz zur Kandidatur für das Präsidentenamt geraten, weil ihm selbst die Fähigkeit zum Ausgleich fehlte. Verbittert zog er sich auf seinen Landsitz in der Nähe von Warschau zurück. So hart und brutal er in politischen Kämpfen auch agieren mochte, war er weder von diktatorischen Ambitionen beherrscht noch ein gewissenloser Zyniker, wie ihn seine Gegner sahen. Als Staatsgründer war er mit extremen äußeren Bedrohungen konfrontiert und hatte es im eigenen Land mit Realitäten und Kräften zu tun, die er nicht beliebig verändern konnte, die viele seiner Pläne und Visionen scheitern ließen.

⁰⁷ Vgl. Norman Davies, *White Eagle, Red Star. The Polish-Soviet War 1919–20*, London 2003.

Im Mai 1926 stand Polen durch die drohende parlamentarische Machtübernahme konservativer und rechter Kräfte am Rande eines Bürgerkrieges. Die Linke drohte mit einem Generalstreik. Auf beiden Seiten gab es bewaffnete Formationen. Als alle Verhandlungen mit der Staatsspitze scheiterten, rückte Piłsudski an der Spitze von Militärverbänden in Warschau ein und übernahm die Kontrolle über die Republik.

Das mit dem Begriff *Sanacja* (Erneuerung, Gesundung) verbundene autoritäre Ordnungsregime, das bis 1939 folgte, war zwar keine Diktatur im klassischen Sinne. Gestützt auf seine Autorität und ihm ergebene militärische und zivile Gefolgsleute, hielt Piłsudski die permanent auf Konfrontation zielenden und mit Bürgerkrieg drohenden radikalen Kräfte auf der rechten und linken Seite in Schach und garantierte die Stabilität Polens über Krisen und Bedrohungen hinweg. Mit den demokratischen Idealen der Gründungssituation war das aber kaum zu vereinbaren. Piłsudski hatte bei Weitem nicht die Machtfülle, die ihm von außen zugeschrieben wurde. Er musste das heterogene Spektrum seiner Anhänger zusammenhalten, hinter den Kulissen permanent taktieren und sah sich zu den widrigsten Kompromissen genötigt. Die Einschränkung und Aussetzung politischer Rechte der Opposition, die zeitweilige Internierung zahlreicher ihrer Anführer, darunter einstige sozialistische Weggefährten, entsprachen weit mehr der Natur seiner radikalen rechten und linken Gegner als seinem eigenen demokratisch-republikanischen Anspruch. Übergriffe, Repressionen und sadistische Ausschreitungen gegenüber den Internierten, die er letztlich mitverantwortete, obwohl er sie so nicht wollte, waren aber durch nichts zu rechtfertigen.

ENDE UND ERBE

Piłsudskis Tod im Mai 1935 bedeutete eine weitere Zäsur. Auf der einen Seite gewann die polnische Rechte weiter an Boden, bestärkt durch international immer stärker vordringende nationalistische und faschistische Tendenzen. Dennoch wurde das Polen der Zweiten Republik nicht zur Diktatur oder Militärdiktatur. Es gab eine breitgefächerte legale Opposition mit eigenen Optionen für die Zukunft des Landes, mit Parteien, die sie unterstützten und sich für kommende Wahlen Chancen ausrechnen konnten. Nachdem die Folgen der Weltwirtschaftskrise überwunden wa-

ren, setzte Polen zu einer regelrechten wirtschaftlichen Aufholjagd an. Nach Zerwürfnissen mit Vertretern der *Sanacja*-Formation rückten Kwiatkowski und andere Fachleute wieder in verantwortliche Ministerien ein und beförderten den ökonomischen Aufschwung erfolgreich.

Die entscheidenden Gefahren kamen von außen. Mit dem Machtantritt Adolf Hitlers in Deutschland, der Zwangskollektivierung, den Terrorwellen und der großen Säuberung Stalins in der Sowjetunion erreichte die „negative Polenpolitik“ beider totalitärer Systeme eine neue Stufe. Stalin sah in der ukrainischen und der polnischen Nation die größten Unruhe- und Widerstandspotenziale gegen sein auf Terror und Unterdrückung begründetes Imperium.⁰⁸ Und der „Polenfreund“ Hitler, wie er nach außen gern auftrat, machte in Gesprächen vor Angehörigen der Reichswehrführung und Vertretern von Wirtschaftskreisen deutlich, welches Schicksal er Polen zudachte. Sein Konzept der Gewinnung von „Lebensraum im Osten“, einer rücksichtslosen Germanisierung, ließ keinen Raum für einen eigenständigen polnischen Staat, sondern sah die physische Liquidierung polnischer Eliten und Versklavung weiter Teile der Bevölkerung vor. Bereits in Hitlers 1925/26 erschienener Schrift „Mein Kampf“ waren Grundzüge des späteren „Generalplan Ost“ enthalten, der Antislawismus und Antisemitismus miteinander verband.⁰⁹

Solange die forcierte und vom Westen geduldete massive Aufrüstung der Wehrmacht noch im Gange war, spielte Hitler nach außen den Verständigungspolitiker und Friedensengel. „Onkel Wolf“, wie sich Hitler von Kindern gern nennen ließ, war ein Meister der Camouflage. Piłsudski wiederum war niemand, der sich von Maskeraden und Schmeicheleien, die Hitler ihm entgegenbrachte, täuschen ließ. Von fortschreitender Krankheit gezeichnet, verwendete er die letzten Jahre seines Lebens darauf, sich der für Polen und Europa tödlichen Gefahr entgegenzustemmen. Unmittelbar nach dem Machtantritt Hitlers schlug er im März 1933 der französischen Regierung über vertrauliche Kanäle ein gemeinsames politisch-militärisches Vorgehen vor. Noch konnte die durch Festlegungen des Versailler Vertrages

⁰⁸ Vgl. Timothy Snyder, *Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin*, München 2011.

⁰⁹ Vgl. Ralph Giordano, *Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte. Die Pläne der Nazis nach dem Endsieg*, Köln 2015.

eingeschränkte Reichswehr der französischen und polnischen Armee kaum etwas entgegensetzen, noch hatte der forcierte Ausbau der Wehrmacht nicht eingesetzt. Das von Piłsudski vorgeschlagene Maßnahmenpaket hätte Hitler womöglich stoppen und den Zweiten Weltkrieg unter Umständen verhindern können. Doch diese Chance wurde durch das Zögern und die Ablehnung der französischen und dann auch der britischen Seite vertan.

Weitere Möglichkeiten in diese Richtung ergaben sich, als Hitler 1935 das demilitarisierte Rheinland besetzte und 1938 in den Verhandlungen zum Münchner Abkommen die Westmächte erpresste und anschließend betrog. Polen verfolgte in dieser Zeit, in Fortsetzung der Konzepte Piłsudskis, eine Äquidistanz zu beiden großen Nachbarn und widerstand allen Bündnisangeboten Hitlers. Der polnische Außenminister Józef Beck regte in ähnlicher Weise wie Piłsudski 1933 ein koordiniertes Vorgehen Polens und der Westmächte in den jeweiligen Krisen an – allerdings ebenso vergeblich. Nichtangriffspakte, die Polen mit der deutschen und der sowjetischen Seite abschloss, um Zeit zu gewinnen, wurden von Hitler und Stalin im geeigneten Moment aufgekündigt oder gebrochen. Im Spätsommer 1939 schloss sich die Zange.¹⁰ Mit dem Hitler-Stalin-Pakt und dem kurz darauf folgenden Überfall Deutschlands sowie der anschließenden Besetzung Ostpolens durch die Sowjetunion war das Schicksal der Zweiten Polnischen Republik besiegelt. Die polnische Regierung hatte zwar nicht immer glücklich agiert und sah sich diversen Vorwürfen ausgesetzt. Grundsätzlich hätte sie aber – auf sich allein gestellt – durch keine andere Politik ihren Untergang abwenden können.

Die Erinnerung an zwanzig Jahre souveräner staatlicher Existenz durchzog den polnischen Widerstand in den Jahren des Zweiten Weltkriegs, während der Emigration und der Nachkriegszeit. Sie existierte als Verklärung, äußerte sich aber auch in Distanz und Ablehnung. An der fortdauernden Legitimität der Republik hielt im inneren Widerstand und in der Emigration jedoch ein Großteil der Polen fest. Im Rückbezug darauf, was die Republik ausmachte, was an ihr zu verteidigen, infrage zu stellen und wieder zu begründen war, unterschieden sich die sozialistischen und liberalen Verteidiger eines säkularen, modernen Staates von den Verteidigern des traditionel-

len katholischen Polens und eines rechtsnationalistischen Ordnungsregimes weiter grundsätzlich und fochten diese Gegensätze im Exil aus.

Der vom Ursprung her linke Sozialist Piłsudski wurde in den ersten Jahrzehnten der Volksrepublik offiziell zur Unperson und galt als Verkörperung der zu bekämpfenden Reaktion. Sein Gewicht und seine Autorität waren jedoch so groß, dass ab den 1970er Jahren versucht wurde, sein Erbe für die Legitimität Volkspolens zu nutzen – was jedoch kaum gelang. Als erster frei gewählter Staatspräsident übernahm Lech Wałęsa 1990 die Insignien der Staatsmacht aus den Händen des letzten polnischen Exilpräsidenten und drückte damit den Übergang in die neue Legitimität der Dritten Polnischen Republik aus.

Die neuen Kräfte am polnischen Runden Tisch, der den friedlichen Übergang zustande brachte, mussten sich mit den Anhängern der unterlegenen polnischen Kommunisten auf die innere Verfasstheit des neuen Polen verständigen. Bald zeigte sich, dass die tief in der Geschichte verwurzelten unterschiedlichen Positionen, die bereits die Zweite Polnische Republik bestimmt und erschüttert hatten, in neuer Form fortexistierten. Unter dem gemeinsamen Anspruch eines souveränen Polens, dass einen wichtigen Platz in Europa einnimmt, ließ sich Verschiedenes verstehen. Nach fast drei Jahrzehnten seit der Konstituierung der Dritten Republik 1989 und der damit verbundenen Erlangung erneuter staatlicher Souveränität stellt sich die Frage, in welche Traditionslinie sich das heutige Polen stellt.

An jedem Vortag des Polnischen Unabhängigkeitstages, also am 10. November, rollt am frühen Morgen ein Zug in den Warschauer Hauptbahnhof ein. Ihm entsteigt im Rahmen eines historischen *reenactment* eine Verkörperung des aus der deutschen Festungshaft ankommenden Staatsgründers. Es wird interessant zu beobachten sein, wer ihn am 10. November 2018 auf dem mit Sicherheit übertollen Bahnsteig begrüßen und wem er sich zuwenden wird.

WOLFGANG TEMPLIN

ist Publizist und Sachbuchautor. Zu seinen Hauptthemen zählen die DDR-Geschichte, der deutsche Vereinigungsprozess und die Geschichte Osteuropas im 20. Jahrhundert. Sein neuestes Buch zur Geschichte der Zweiten Polnischen Republik erscheint in Kürze im Verlag Ferdinand Schöningh. www.wtemplin.eu

¹⁰ Vgl. Leszek Moczulski, *Wojna Prewencyjna. Czy Piłsudski planował najazd na Niemcy?*, Warszawa 2017.

NEU!
AB MITTE MÄRZ
BESTELLBAR
www.bpb.de/zeitbilder

Zeitbilder

bpb
Bundeszentrale für
politische Bildung

DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT

POLNISCHE SPUREN IN DEUTSCHLAND

EIN LESEBUCHLEXIKON

Dieter Bingen, Andrzej Kaluza, Basil Kerski, Peter Oliver Loew (Hrsg.)



Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. Februar 2018

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Christina Lotter (Volontärin)
Johannes Piepenbrink (verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne Seibring
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.

Im Ausland zzgl. Versandkosten.

FAZIT Communication GmbH

c/o InTime Media Services GmbH

fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter
einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine
Bearbeitung 3.0 Deutschland.

APuZ
Nächste Ausgabe
12/2018, 19. März 2018
BLACK AMERICA



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz